

# Rheinland-Pfalz



Statistisches Landesamt

## Statistische Monatshefte

# 1983

Januar  
Februar  
**März**  
April  
Mai  
Juni  
Juli  
August  
September  
Oktober  
November  
Dezember

## INHALT

---

<b>Volkszählung 1983</b>	43	Über die Einzelfragen der Volkszählung unterrichtet der Wohnungs- und Haushaltsbogen und der Telefondienst des Statistischen Landesamtes unter Telefon 0 26 03/7 12 49.
<b>Datenschutz und amtliche Statistik</b>	49	Die Regelungen des Datenschutzes finden sich in den Datenschutzgesetzen von Bund und Ländern sowie im Bundesstatistikgesetz.
<b>Insolvenzen 1982</b>	50	Die wirtschaftliche Schwächephase 1982 führte in Rheinland-Pfalz ebenso wie im Bundesgebiet zu einem starken Anstieg der Insolvenzfälle.
<b>Beherbergungskapazität 1983</b>	53	In Rheinland-Pfalz werden die Daten über die in den Beherbergungsstätten verfügbaren Fremdenzimmer und -betten jeweils zum Jahresbeginn auf den neuesten Stand gebracht.
<b>Zensus im Baugewerbe</b>	56	Aus dem Zensus liegen nach 1968 erstmals wieder neue Strukturdaten für das rheinland-pfälzische Baugewerbe vor. Der Bruttoproduktionswert ist nahezu identisch mit der Bau- bzw. Ausbauleistung.
<b>Milch- und Fleischproduktion 1982</b>	60	Im Jahre 1982 hat die rheinland-pfälzische Landwirtschaft mehr Milch produziert. Gleichzeitig waren bei den Schlachtungen Einbußen zu verzeichnen.
<b>Obst- und Gemüseernte 1982</b>	64	Neben einer sehr guten Getreideernte und einer außergewöhnlich hohen Weinmosternte brachte das Jahr 1982 sehr reichliche Obstmengen und eine gute Gemüseernte.
<b>Anhang</b>	17*	Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz
	23*	Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

---



#### **Weiter zunehmende Auftragseingänge im Januar**

Die lebhaft entwickelte Entwicklung der Geschäftstätigkeit bei Industrie und Handwerk von Rheinland-Pfalz hat sich im Januar fortgesetzt. Mit einem + von 9,1% lagen die Auftragseingänge erneut deutlich über dem Vormonatsergebnis. Bei anhaltend guter Inlandsnachfrage (+ 14,8%) stagnierten allerdings die Auslandsbestellungen (- 0,9%).

Überdurchschnittliche Zunahmen bei den Aufträgen aus dem In- und Ausland verzeichneten der Straßenfahrzeugbau einschließlich Reparaturdienst (+ 29%), die chemische Industrie (+ 16%), die Herstellung von Eisen-, Blech- und Metallwaren (+ 14%), die Elektrotechnik (+ 10%) und die Schuhindustrie (+ 9,5%).

Im Vergleich zum Januar 1982 erhöhte sich die Ordertätigkeit um 15%, wobei die Binnennachfrage sogar um 31% zunahm. Die Bestellungen ausländischer Auftraggeber gingen aber um 7,6% zurück. fn

#### **Insolvenzen erreichten Höchststand**

Die wirtschaftliche Schwächephase führte 1982 in Rheinland-Pfalz ebenso wie im Bundesgebiet zu einem Ansteigen der Insolvenzfälle. Im Jahre 1982 stellten 792 Betriebe und Privatpersonen Antrag auf Eröffnung eines Konkurses und 8 einen Vergleichsantrag. Dies entspricht einer Steigerung um 29% gegenüber dem Vorjahr (Bundesgebiet + 36%).

In erster Linie ist der Anstieg der Insolvenzfälle auf die Entwicklung bei den Erwerbsunternehmen zurückzuführen. 629 Unternehmen mußten ihre wirtschaftliche Tätigkeit aufgrund von Illiquidität oder Überschuldung aufgeben. Das sind 39% mehr als im Vorjahr, während die übrigen Gemeinschaftsdarlehensnehmer, die in 171 Fällen einen Konkursantrag stellten, eine Steigerung um 3,6% verzeichneten.

Von der Rezession waren in erster Linie junge Unternehmen betroffen. Der Anteil der insolventen Unternehmen, die weniger als acht Jahre bestanden, nahm von 71% im Jahre 1979 auf 77% im Jahre 1982 zu. Neben der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung dürfte dazu auch das hohe Zinsniveau beträchtlich beigetragen haben, da Unternehmen in der Grün-

dungsphase häufig mit einem hohen Fremdkapital arbeiten.

Im Baugewerbe gaben 176 (+ 36%) Unternehmen auf. Mehr als die Hälfte von ihnen waren als Gesellschaft mit beschränkter Haftung geführt worden. Insbesondere der Handel war von der nachlassenden Konsumgüternachfrage betroffen. Die Zahl der Insolvenzfälle erhöhte sich hier um 55% auf 158, was insbesondere auf den starken Anstieg bei den Einzelhändlern zurückzuführen ist, deren Zahl sich verdoppelte. Im verarbeitenden Gewerbe wurden 133 (+ 34%) Insolvenzen registriert, wobei der Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau (34 Insolvenzen) sowie das Holz-, Papier- und Druckgewerbe (36 Insolvenzen) dominierten. la

Mehr über dieses Thema auf Seite 50

#### **Statistisches Jahrbuch 1982/83 erschienen**

Soeben ist das Statistische Jahrbuch für Rheinland-Pfalz 1982/83, das Standardnachschlagewerk der amtlichen Statistik des Landes, erschienen. Die Ausgabe 1982/83 informiert auf 455 Seiten umfassend über alle Bereiche des wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lebens in Rheinland-Pfalz. So kann man beispielsweise nachlesen, daß

- 4% der Gesamtinvestitionen des verarbeitenden Gewerbes auf Umweltschutzmaßnahmen entfielen,
- das durchschnittliche Heiratsalter der ledigen Männer seit 1950 von 27,6 auf 25,7 gesunken ist,
- 25% der vollbeschäftigten Beamten des Landes Frauen waren.

Besonderer Wert wurde auf die Darstellung langer Zeitreihen und den Nachweis regional tief gegliederter Angaben gelegt. Veränderungsraten, Anteilssätze und Pro-Kopf-Werte ermöglichen einen schnellen Überblick. Ein ausführliches Sachregister erleichtert den Gebrauch dieses Werkes.

Das Statistische Jahrbuch für Rheinland-Pfalz 1982/83 kann zum Preis von 25 DM beim Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz, Postfach, 5427 Bad Ems oder über den Buchhandel bezogen werden. Subskriptionspreis bis Mitte April 1983: 20 DM. lu

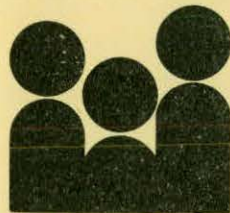
### **Telefondienst zur Volkszählung**



**02603/71249**

**Statistisches Landesamt  
Rheinland-Pfalz, Bad Ems**

Wissen für die Zukunft



**Volkszählung  
27. April 1983**



**Steueraufkommen 1982 um 3,6% gestiegen**

Im Jahre 1982 betrug das kassenmäßige Aufkommen an staatlichen und kommunalen Steuern in Rheinland-Pfalz vor Steuerverteilung insgesamt 18,5 Mrd. DM. Das entspricht einem Zuwachs von 3,6% gegenüber 1981.

Von dem staatlichen Steueraufkommen, das sich auf 16,7 Mrd. DM (+ 4,3%) belief, entfielen 13,9 Mrd. DM auf die Gemeinschaftssteuern. Aus der Lohnsteuer kamen 6,7 Mrd. DM (+ 6,6%), aus den Steuern vom Umsatz 4,4 Mrd. DM (+ 5,5%) auf. Die Einnahmen aus den reinen Bundessteuern erhöhten sich um 1,2% auf knapp 2 Mrd. DM, wobei das Mineralölsteueraufkommen in Höhe von 863 Mill. DM leicht rückläufig war (- 0,7%). Unter den reinen Landessteuern, die um 3,2% auf 870 Mill. DM anstiegen, erbrachte die Kraftfahrzeugsteuer 422 Mill. DM (+ 3,5%) und die Vermögensteuer 202 Mill. DM (+ 1,7%).

Das Aufkommen der gemeindlichen Steuern war 1982 mit knapp 1,8 Mrd. DM um 2,4% niedriger als ein Jahr zuvor. Während die Grundsteuern (333 Mill. DM) und die sonstigen Gemeindesteuern (45 Mill. DM) Zuwächse um 2,9 bzw. 5,9% verzeichneten, ging das Aufkommen der Gewerbesteuer um 3,5% auf 1,3 Mrd. DM zurück. Das Grunderwerbsteueraufkommen verringerte sich um 8,1% auf 105 Mill. DM.

Nach Steuerverteilung ergibt sich ein Zuwachs der Steuereinnahmen des Bundes um 4,6% auf 9,3 Mrd. DM und des Landes um 4,8% auf 7,1 Mrd. DM. Den Kommunen verblieben nach Abführung der Gewerbesteuerumlage Steuereinnahmen von netto 2,7 Mrd. DM. Das sind 0,5% mehr als im Vorjahr. he

**Die wenigsten Verkehrstoten seit mehr als 20 Jahren**

Auf den rheinland-pfälzischen Straßen ereigneten sich im Jahre 1982 insgesamt 643 Verkehrsunfälle mit tödlichem Ausgang. Dabei kamen 722 Menschen ums Leben, 19 weniger als im Jahre 1981. Dies ist die geringste Zahl an Verkehrstoten seit mehr als zwei Jahrzehnten. Bei 91% der tödlichen Unfälle verlor jeweils ein Verkehrsteilnehmer das Leben.

Die Zahl der getöteten Insassen von Personenkraftwagen verringerte sich um 40 auf 349. Weiterhin starben 38 Fahrer und Mitfahrer von Mofas bzw. Mopeds und 47 Radfahrer bei Verkehrsunfällen. Auf Motorrädern verunglückten 118 Personen tödlich, das sind 18 mehr als im Vorjahr. Außerdem kamen 22 Insassen von Lastkraftwagen und 135 Fußgänger ums Leben.

Weniger Verkehrstote waren unter den 15- bis 17jährigen zu verzeichnen (- 14). Dagegen ergab sich eine kräftige Zunahme bei Personen von 21 bis 24 Jahren (+ 20). gz

**Heizöl- und Benzinpreise gehen weiter zurück  
Verbraucherpreise im Februar**

100 Liter Heizöl kosteten im Februar in Rheinland-Pfalz 68,83 DM. Im Vergleich zum Januar bedeutet dies einen Preisrückgang um 8,6%. Die Preise für Normal- und Superbenzin verminderten sich um 1,7 bis 2,2%. Diesel wurde um 1,9% billiger verkauft.

Gegenüber Februar 1982 lagen die Benzinpreise um bis zu 3,6% höher, während Heizöl um 8,4% billiger angeboten wurde.

Bei den Lebensmitteln verbilligten sich im Vergleich zu Februar 1982 frisches Rotbarschfilet (- 8,3%), Brathähnchen (- 2,8%) und Eier (- 2,6%). Teurer wurden frischer Kabeljau (+ 15%), Deutsche Markenbutter (+ 7,6%), Margarine (+ 6,7%) und Zucker (+ 6,3%). Die Kohlarten unterschritten die Vorjahrespreise bis zu 16% (Wirsingkohl), Möhren um 17% und Äpfel um 28%, während Bananen in diesem Jahr um 13% teurer sind. br

**Spareinlagen gestiegen****Die höchsten Spareinlagen im Rhein-Hunsrück-Kreis, die niedrigsten in Zweibrücken**

Bei den rheinland-pfälzischen Kreditinstituten wurden Ende 1982 Spareinlagen in Höhe von 28,9 Mrd. DM registriert. Dies bedeutet gegenüber dem Vorjahr einen Anstieg um 2,5 Mrd. DM oder 9,5%. Der Zuwachs beruht überwiegend auf den Zinsgutschriften, die in Höhe von 1,6 Mrd. DM den Sparern zuflossen.

Die Einzahlungen auf die Sparkonten einschließlich Zinsen waren in allen Monaten des Jahres 1982 - mit Ausnahme im Juli - größer als die Abhebungen. Im Jahre 1981 überwogen dagegen die Lastschriften die Gutschriften, da die Sparer Umschichtungen in höher verzinsliche Anlageformen vorgenommen hatten. Infolge des im Jahresverlauf 1982 abbröckelnden Zinses wurde das traditionelle Sparbuchsparen wieder bevorzugt.

Rund 60% der Spareinlagen befinden sich auf Konten bei den rheinland-pfälzischen Sparkassen. Hier unterhielten die 3,6 Mill. Einwohner fast 4 Mill. Sparbücher mit einem durchschnittlichen Guthaben von 4 300 DM. Gegenüber 1981 hat sich die Zahl der Spareinlagen je Buch um 300 DM (+ 7,7%) erhöht.

Die Sparkassenbücher mit den im Durchschnitt höchsten Guthaben befanden sich im Rhein-Hunsrück-Kreis (4 939 DM) und in der Stadt Koblenz mit dem Landkreis Mayen-Koblenz (4 917 DM). Vergleichsweise niedriger waren die Sparguthaben in der Stadt Zweibrücken (3 851 DM), im Stadt- und Landkreis Pirmasens (3 899 DM), im Donnersbergkreis (3 913 DM), im Landkreis Birkenfeld (3 950 DM) und in der Stadt Speyer (3 989 DM). la





### Zur Volkszählung am 27. April 1983

Das lebhafteste Interesse an den Einzelfragen der Volkszählung veranlaßt uns zu einer Veröffentlichung des Fragebogens in der Erwartung einer möglichst breiten Unterrichtung der Bevölkerung. Das Statistische Landesamt möchte zu den einzelnen Fragen ausführlich informieren und hat deshalb einen Telefondienst eingerichtet. Über die Telefon-Nummer 02603/71249 werden jedem Bürger täglich zwischen 9.00 und 16.00 Uhr Fragen zur Volkszählung und zum Inhalt des Fragebogens fernmündlich beantwortet.

Es ist vielfach nicht geläufig, daß die Volkszählung nur für statistische Zwecke durchgeführt wird. Ohne genaue Unterlagen ist eine sachgerechte Planung für die Daseinsvorsorge nicht möglich. Die vorhandenen Zahlen über die Bevölkerung, das Erwerbsleben, die Wohnungen, die Arbeitsstätten und alle damit zusammenhängenden wichtigen statistischen Informationen sind veraltet und bedürfen einer Aktualisierung.

Persönliche Angaben, wie Name und Telefon-Nummer, werden nicht auf maschinelle Datenträger übernommen; die Fragebogen werden nach Abschluß der statistischen Aufbereitung vernichtet. Eine Weitergabe von Einzeldaten, zum Beispiel an Kriminalämter, Ämter des Verfassungsschutzes oder an Finanzämter für steuerliche Zwecke, ist gesetzlich unzulässig und für das Statistische Landesamt ausgeschlossen.

Die Daten der Volks-, Berufs-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung werden aus organisatorischen und Kostengründen zusammen erhoben. Sie sind eine wichtige Grundlage für folgende Aufgaben, die beispielhaft zeigen sollen, daß diese Statistik für den Bürger von Nutzen und für Planungen zugunsten unserer Volkswirtschaft notwendig ist.

- **Wohnungsversorgung:** Es gibt in der Bundesrepublik etwa soviele Wohnungen wie Haushalte, es gibt aber Gebiete mit Wohnungsnot und Gebiete mit leerstehenden Wohnungen. Diese sind zahlenmäßig nicht bekannt, denn die letzten verlässlichen Zahlen stammen aus dem Jahre 1968. Wie kann man also am richtigen Platz die richtigen Wohnungen bauen? Wie läßt sich beurteilen, wo Wohnungen zu günstigen Mietpreisen erforderlich sind, wenn keine aktuellen Planungsdaten verfügbar sind? Überlegen Sie einmal, was sich in den 15 Jahren seit 1968 alles geändert hat!

- **Berufsberatung:** Wie soll man den Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit, wie Probleme der Umschulung, der Berufs- und Studienberatung, der Ausbildungsförderung oder des Schulbaus anpacken ohne Kenntnisse über die Zahl der Personen nach Geschlecht, Alter, Bildungsstand und Beruf?
- **Verkehrsplanung:** Ohne zu wissen, wieviele Erwerbstätige, Lehrlinge, Schüler und Studenten täglich zur Arbeit oder Ausbildung fahren, womit sie fahren, wie lange sie unterwegs sind, wird es nicht möglich sein, öffentliche Verkehrsmittel richtig einzusetzen oder Straßen und Fahrradwege dort zu bauen, wo sie gebraucht werden.
- Ja nicht einmal die genaue Einwohnerzahl ist bekannt: Fachleute schätzen, daß 13 Jahre nach der letzten Zählung die Bevölkerung der Bundesrepublik um ungefähr eine Million Menschen zu hoch ausgewiesen ist. Nach der Einwohnerzahl werden aber beträchtliche öffentliche Mittel verteilt, zum Beispiel die Gelder, die Städten und Gemeinden für Schulen, Straßen usw. zufließen.
- Ohne die genaue Zahl der abhängigen Erwerbspersonen, das sind die Erwerbstätigen plus Arbeitslose, kann das wichtigste Kriterium des Arbeitsmarktes, die Arbeitslosenquote nicht korrekt berechnet werden. Aus dem gleichen Grund sind genaue Renten- und Beitragsberechnungen erschwert.

Die durch die Statistik erfaßten Einzeldaten werden zusammengefaßt, in Tabellen dargestellt und ohne irgendeinen Personenbezug verwendet. Persönliche Angaben wie Name und Adresse sind für die Statistiker nur während der kurzen Zeit der Befragung zur Sicherstellung der Vollständigkeit der Angaben von Belang. Auch die auf jedem der drei Blätter des Wohnungs- und Haushaltsbogens aufgedruckte Kenn-Nummer dient nicht als Personencode, wie häufig vermutet, sondern nur als technische Hilfe, da die Blätter beim Lesen der Daten mit elektronischen Lesegeräten getrennt werden. Die Statistik lebt von der Zusammenfassung von Einzeldaten zu großen Massen. Richtige Einzeldaten sind die Grundlage für gute Statistiken, interessieren den Statistiker als Ziel der Arbeit aber nicht mehr.

Die Statistik sucht das Vertrauen der Bevölkerung, sie schützt den Einzelnen durch strenge Geheimhaltungsbestimmungen, die weit über das hinausgehen, was der moderne Datenschutz an Geheimhaltungsvorschriften zu präsentieren hat.



# Volkszählung 1983



Kenn-Nr.

53 640 221

## Wohnungs- und Haushaltsbogen mit Gebäudeangaben

Bitte beachten Sie folgende Hinweise:

**Stichtag** für die Zählung ist der **27. April 1983**.

**Für jeden Haushalt** ist ein Wohnungs- und Haushaltsbogen anzulegen. Zu einem Haushalt zählen alle Personen, die in einer Wohn- und Wirtschaftsgemeinschaft zusammen leben. Einen eigenen Haushalt bilden auch Personen, die für sich allein wohnen und wirtschaften, sowie Mieter.

Der **Wohnungsbogen** enthält im unteren, **grün umrandeten** Abschnitt auch noch **Fragen zum Gebäude**. Diese Fragen sind nur für Gebäude mit Wohnraum zu beantworten.

**Bei Haushalten mit mehr als 5 Personen** ist ein **weiterer Wohnungs- und Haushaltsbogen** anzulegen. Vergessen Sie bitte nicht, auch dort die Anschrift sowie die Anzahl aller Personen im Haushalt einzutragen. Sie brauchen aber den Wohnungsbogen nicht noch einmal auszufüllen. Im Haushaltsbogen tragen Sie bitte die 6. Person als 1. Person, die 7. Person als 2. Person ein usw..

**Für jede zum Haushalt gehörende Person** ist im Haushaltsbogen **eine eigene Spalte** auszufüllen, beispielsweise auch für Säuglinge, Hausgehilfen und Personen mit weiterer Wohnung oder Unterkunft/Zimmer (z. B. auswärtig wohnende Erwerbstätige, Schüler, Studenten, Wehrdienstleistende, Zivildienstleistende), auch wenn sie am Tage der Zählung nicht anwesend sind.

**Personen mit mehr als einer Wohnung oder Unterkunft / Zimmer** in der Bundesrepublik Deutschland einschl. Berlin (West) sind an **jedem Wohnsitz** in einen Wohnungs- und Haushaltsbogen einzutragen.

**Bewohner von Wohnheimen** füllen sowohl einen **Wohnungs-** als auch einen **Haushaltsbogen** aus.

**Personen in Anstalten**, die keinen eigenen Haushalt führen, brauchen **nur** die Fragen im **Haushaltsbogen** zu beantworten.

Wird eine Wohnung **ausschließlich gewerblich** genutzt, so ist **kein** Wohnungs- und Haushaltsbogen auszufüllen.

**Der Zähler** ist verpflichtet festzustellen, ob alle erforderlichen Angaben gemacht worden sind.

### Rechtsgrundlage:

Gesetz über eine Volks-, Berufs-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung (Volkszählungsgesetz 1983) vom 25. 3. 1982 (Bundesgesetzblatt I S. 369) in Verbindung mit dem Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (BStatG) vom 14. 3. 1980 (Bundesgesetzblatt I S. 289). Die Auskunftspflicht ergibt sich aus § 5 Volkszählungsgesetz 1983 in Verbindung mit § 10 BStatG.

Dem Datenschutz und der statistischen Geheimhaltung wird voll Rechnung getragen. Die erhobenen Einzelangaben werden nach § 11 BStatG grundsätzlich geheimgehalten und dürfen nur den in § 9 Volkszählungsgesetz 1983 genannten Stellen zugänglich gemacht werden. Weitere Informationen zur Auskunftspflicht und zur statistischen Geheimhaltung entnehmen Sie bitte der letzten Seite des Fragebogens.

Anzahl der Personen im Haushalt

**Anschrift des Haushalts**

Name

Vorname

Straße/Hausnummer

Postleitzahl (PLZ) Gemeinde

Telefon-Nr. mit Vorwahl

Bitte nur  
Bleistift  
benutzen!

Bitte die Blätter nicht  
knicken und nicht  
voneinander trennen!  
(Die Blätter werden  
maschinell gelesen!)



systemform 8210 P/ten 8/82



# Wohnungsbogen

mit Gebäudeangaben

BA 2

EK-Nr.

Kenn-Nr. 53 640 220

**Untermieter** haben auf dieser Seite nur die Fragen 1c und 2 zu markieren. Ist jedoch die gesamte Wohnung an mehrere Untermieter vermietet (**total untervermietete Wohnung**), so müssen von einem dieser Untermieter auch die Fragen 5-10 beantwortet werden. Von jedem Untermieter ist außerdem ein Haushaltsbogen auszufüllen.

**Wohnheim:** Sind Räume von mehreren Personen belegt, die keinen gemeinsamen Haushalt führen, so beantwortet auf dieser Seite **eine** Person die Fragen 1-10, die **übrige(n)** nur die Fragen 1 und 2. Von jedem Bewohner eines Wohnheimes ist außerdem der Haushaltsbogen auszufüllen.

Für eine **leerstehende Wohnung** sind vom Gebäudeeigentümer oder dessen Vertreter die Fragen 5, 6a, 7, 8, 9 und folgende Frage zu beantworten:

Selt wie vielen Monaten steht die Wohnung leer? bis 3 4-6 7-12 13 od. mehr

## Wohnungsangaben

### FÜR ALLE HAUSHALTE

#### 1 Bewohnen Sie die Wohnung/Räume als

- a) Eigentümer, Miteigentümer oder Kaufanwärter  
b) Hauptmieter, Altenteiler, Wohnheimbewohner  
c) Untermieter

#### 2 Sind Sie Angehöriger ausländischer Streitkräfte oder diplomatischer, berufs-konsularischer Vertretungen?

### FÜR EIGENTÜMER, HAUPTMIETER

#### 3 Ist die Wohnung eine Frelzeitwohnung?

- 4 Wann ist der Haushalt in diese Wohnung eingezogen?  
Bitte Angaben für das am längsten hier wohnende Haushaltsmitglied  
5 Hat die Wohnung  
Küche/Wohnküche  
Kochnische/Kochschrank  
Toilette (innerhalb der Wohnung)  
Bad/Dusche

#### 6 a) Wird die Wohnung überwiegend beheizt mit

- Fern-, Blockheizung  
Zentralheizung  
Etagenheizung  
Einzel- od. Mehrraumöfen (auch Elektropeicher)

#### b) Welcher Brennstoff, welche Wärmequelle wird verwendet?

- Gas  
Heizöl  
Strom  
Kohle, Holz usw.  
Fernwärme  
Solarzellen, Wärmepumpe

Mehrfache Antworten möglich!

### FÜR EIGENTÜMER, HAUPTMIETER

#### 7 Wie viele Räume haben mindestens 6 Quadratmeter?

(ohne Küche, Bad, Toilette, Flur)

- 1 2 3 4 5 6 7 8 9 od. mehr

#### Falls darunter untervermietete oder gewerblich genutzte Räume sind:

- a) Anzahl der untervermieteten Räume  
b) Anzahl der gewerblich genutzten Räume

#### 8 Wie groß ist die Fläche der gesamten Wohnung?

(einschl. Küche, Bad, Toilette, Flur, Mansarden u. ä. sowie untervermieteter oder gewerblich genutzter Räume in der Wohnung)

volle m<sup>2</sup>

#### 9 Ist die Wohnung mit Mitteln aus öffentlichen Haushalten gefördert?

- nein ja

#### 10 Ist in der Wohnung Telefonanschluß?

- nein ja

### FÜR HAUPTMIETER

#### 11 Wie hoch ist die Monatsmiete?

Zur Miete rechnen auch die monatlich aufzuwendenden Beträge für Wasser, Kanalisation, Straßenreinigung, Müllabfuhr, Treppenhausebeleuchtung, Schornsteinreinigung.

Nicht zur Miete rechnen Umlagen für Zentralheizung, Warmwasserversorg., Garagenmiete, Untermieterzuschlag, Zuschlag für Möblierung.

volle DM

#### 12 a) Handelt es sich um eine Dienst-, Werks-, Hausmeister-, Stiftswohnung, Berufs- oder Geschäftsmietwohnung?

- nein ja

b) Ist die Wohnung vom Eigentümer verbilligt, kostenlos überlassen oder ist die Miete wegen finanzieller Vorleistungen (z. B. Mieterdarlehen) ermäßigt?

- nein ja

Bitte nur Bleistift benutzen!

Bei \* bitte Erläuterungen auf der gegenüberliegenden Seite beachten!

**Gebäudeangaben:** Bitte nur ausfüllen, wenn Sie Eigentümer, dessen Vertreter oder Verwalter dieses Gebäudes sind!

### 1 Gebäudeart

- Wohngebäude  
(Gebäude mindestens zur Hälfte für Wohnzwecke genutzt)  
sonstiges Gebäude mit Wohnraum  
bewohnte Unterkunft  
(z. B. Baracke)

### 2 Wer ist Eigentümer, Kaufanwärter bzw. Erbbauberechtigter des Gebäudes?

- Einzelperson oder Ehepaar, Erbengemeinschaft oder ähnliche Personengemeinschaft  
Gemeinschaft von Wohnungseigentümern  
(nur bei Eigentumswohnungen)  
gemeinnütziges Wohnungsunternehmen, Wohnungsbaugenossenschaft oder Organ der staatl. Wohnungspolitik  
freies Wohnungsunternehmen  
sonstiger Eigentümer

### 3 Baujahr des Gebäudes

(Jahr der Bezugsfertigstellung)

- bis 1900 1901-18 1919-48 1949-57 1958 59 60 61 62 63 64 65 66 67 68 69 70 71 72 73 74 75 76 77 78 79 80 81 82 83

Bei Erweiterungs- und Umbauten ist das ursprüngliche Baujahr anzugeben, bei Wiederaufbau nach Totalschaden das Jahr des Wiederaufbaus.

### 4 Sind Wohnungen im Gebäude mit Mitteln aus öffentlichen Haushalten gefördert?

(nur Erster Förderungsweg)

- keine alle nur ein Teil

Nur vom Statistischen Landesamt auszufüllen!

0

Fläche (8)

Miete (11)

Gebäude



# Haushaltsbogen

BA 3

EK-Nr.

Kenn-Nr. 53 640 221

## Verzeichnis aller zum Haushalt gehörenden Personen:

1. Person Name	2. Person Name	3. Person Name	4. Person Name	5. Person Name
Vorname	Vorname	Vorname	Vorname	Vorname
<b>1 Geburtsdatum</b> Tag Monat Jahr	Tag Monat Jahr	Tag Monat Jahr	Tag Monat Jahr	Tag Monat Jahr

FÜR ALLE PERSONEN

	1. Person	2. Person	3. Person	4. Person	5. Person
<b>2 Geschlecht</b>	männlich	*	*	*	*
	weiblich	*	*	*	*
<b>3 Familienstand</b>	ledig	*	*	*	*
	verheiratet	*	*	*	*
	verwitwet	*	*	*	*
	geschieden	*	*	*	*
<b>* 4 Rechtliche Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft</b>	Römisch-katholische Kirche	*	*	*	*
	Evangelische Kirche	*	*	*	*
	Evangelische Freikirche	*	*	*	*
	Jüdische Religionsgemeinschaft	*	*	*	*
	andere Religionsgemeinschaft	*	*	*	*
	keiner Religionsgemeinschaft zugehörig	*	*	*	*
<b>* 5 Staatsangehörigkeit</b>	deutsch	*	*	*	*
	nicht deutsch	*	*	*	*
<b>* 6 Wird außer der hiesigen Wohnung noch eine weitere Wohnung (Unterkunft/ Zimmer) in der Bundesrepublik Deutschland einschl. Berlin (West) bewohnt?</b>	nein	*	*	*	*
	ja	*	*	*	*
<b>Falls ja: a) Für Verheiratete, die nicht dauernd getrennt leben: Ist die hiesige Wohnung die vorwiegend benutzte Wohnung der Familie?</b>	nein	*	*	*	*
	ja	*	*	*	*
<b>b) Für alle übrigen Personen: Ist die hiesige Wohnung die vorwiegend benutzte Wohnung?</b>	nein	*	*	*	*
	ja	*	*	*	*
<b>c) Außerdem für Erwerbstätige, Schüler/Studenten: Gehen Sie vorwiegend von der hiesigen Wohnung aus zur Arbeit oder Schule/Hochschule?</b>	nein	*	*	*	*
	ja	*	*	*	*
<b>* 7 Welche Person ist</b>	erwerbstätig <sup>1)</sup>	über 36 Std. <sup>2)</sup> in der Woche (Vollzeit)	*	*	*
		bis zu 36 Std. <sup>2)</sup> in der Woche (Teilzeit)	*	*	*
	arbeitslos, arbeitssuchend		*	*	*
	nicht erwerbstätig		*	*	*
	Hausfrau		*	*	*
	Schüler, Student		*	*	*
<b>* 8 Überwiegender Lebensunterhalt jeder Person</b>	Erwerbs-, Berufstätigkeit	*	*	*	*
	Arbeitslosengeld, -hilfe	*	*	*	*
	eigene Rente, Pension	*	*	*	*
	Unterhalt durch Eltern, Ehegatten usw.	*	*	*	*
	eigenes Vermögen, Vermietung, Zinsen, Altenteil	*	*	*	*
	sonstige Unterstützungen (z. B. Sozialhilfe, BAföG)	*	*	*	*
<b>* 9 Zur Zeit tätig als</b>	Facharbeiter, Geselle, Vorarbeiter	*	*	*	*
	sonstiger Arbeiter	*	*	*	*
	Angestellter	*	*	*	*
	Auszubildender (Lehrling)	gewerblich	*	*	*
		kaufm./techn.	*	*	*
	Beamter, Richter, Beamtenanwärter, Soldat, Zivildienstleistender		*	*	*
	Selbständiger	ohne bezahlte Beschäftigte	*	*	*
		mit bezahlten Beschäftigten	*	*	*
	mithelfender Familienangehöriger		*	*	*
<b>* 10 Falls noch eine weitere Erwerbstätigkeit ausgeübt wird, handelt es sich um eine</b>	landwirtschaftliche Tätigkeit	*	*	*	*
	sonstige Erwerbstätigkeit	*	*	*	*
<b>* 11 Allgemeiner Schulabschluß</b>	Volksschule, Hauptschule	*	*	*	*
	Realschule oder gleichw. Abschluß (z.B. Mittlere Reife, Fachschulreife)	*	*	*	*
	Hochschulreife (Abitur), Fachhochschulreife	*	*	*	*
<b>* 12 Abschluß an einer berufsbildenden Schule/Hochschule</b>	Berufsschule	*	*	*	*
	Berufsfachschule (z. B. Handels-, Verwaltungsschule)	*	*	*	*
	Fachschule	*	*	*	*
	Fachhochschule (Ing.-Schule, höhere Fachschule)	*	*	*	*
	Hochschule (einschl. Lehrerbildung)	*	*	*	*

Bitte nur Bleistift benutzen!

Bei \* bitte Erläuterungen auf dem Einlegeblatt beachten!

FÜR ERWERBSTÄTIGE

FÜR PERSONEN mit Schulabschluß



# Haushaltsbogen

BA 4

EK-Nr.

Kenn-Nr. 53 640 221

1. Person Vorname 2. Person Vorname 3. Person Vorname 4. Person Vorname 5. Person Vorname

FÜR PERSONEN  
über 14 Jahre

**\* 13 Falls eine praktische Berufsausbildung (z. B. Lehre) abgeschlossen wurde:**

a) Auf welchen Lehrberuf bezog sich diese Ausbildung?

b) Dauer dieser Ausbildg.:  Jahre

b) Dauer dieser Ausbildg.:  Jahre

b) Dauer dieser Ausbildg.:  Jahre

b) Dauer dieser Ausbildg.:  Jahre

b) Dauer dieser Ausbildg.:  Jahre

**\* 14 Falls ein Abschluß an einer Berufsfach-, Fach-, Fachhoch-, Hochschule vorliegt: Hauptfachrichtung des letzten Abschlusses (siehe auch Frage 12)**

**\* 15 Geschäftszweig/Branche:** Zu welchem Geschäftszweig (Wirtschaftszweig, Branche, Behörde) gehört der Betrieb (Firma, Dienststelle), in dem Sie tätig sind?

**\* 16 Ausgeübte Tätigkeit:** Welche Tätigkeit, welchen Beruf (bei Beamten zusätzlich Amtsbezeichnung) üben Sie aus?

Stichwortartige Beschreibung dieser Tätigkeit:

**\* 17 Name und Anschrift der Arbeitsstätte/Schule/Hochschule:** (Bitte vollständige Angaben einschl. Gemeindeteil, Straße/Hausnummer)

Name:

Name:

Name:

Name:

Name:

Straße/Hausnummer:

Straße/Hausnummer:

Straße/Hausnummer:

Straße/Hausnummer:

Straße/Hausnummer:

PLZ Gemeinde:

PLZ Gemeinde:

PLZ Gemeinde:

PLZ Gemeinde:

PLZ Gemeinde:

Gemeindeteil:

Gemeindeteil:

Gemeindeteil:

Gemeindeteil:

Gemeindeteil:

FÜR ERWERBSTÄTIGE  
sowie SCHÜLER/STUDENTEN

**\* 18 Hauptsächlich benutztes Verkehrsmittel auf dem Hinweg zur Arbeit oder Schule/Hochschule (längste Wegstrecke)**

kein Verkehrsmittel (zu Fuß), Fahrrad  
Pkw, Motorrad, Moped, Mofa  
U-Bahn, S-Bahn, Straßenbahn  
Eisenbahn  
Bus, sonstige öffentl. Verkehrsmittel

1. Person 2. Person 3. Person 4. Person 5. Person

**\* 19 Normalerweise für den Hinweg zur Arbeit oder Schule/Hochschule benötigte Zeit**

entfällt, da auf gleichem Grundstück  
unter 15 Minuten  
15 bis unter 30 Minuten  
30 bis unter 45 Minuten  
45 bis unter 60 Minuten  
60 Minuten und mehr

FÜR PERSONEN in Anstalten,  
Heimen, Wohnheimen u. ä.

**\* 20 Gehören Sie zum Personal (einschl. Angehörige) oder sind Sie Insasse**

Nur vom Statistischen Landesamt auszufüllen!

1  
2  
3  
4  
5

V/N Geb. (1) Erl. Beruf (13) Dauer H.-FR. (14) G.-Z. (15) Ausgeübte Tätigkeit (16) A. LD Gemeinde (17) Straße/Gdeteil Hausnummer



## \* Erläuterungen zu den Wohnungsangaben

- 3** Eine **Freizeitwohnung** dient dem zeitweiligen Aufenthalt von Personen in deren Freizeit (Wochenende, Urlaub usw.). Sie kann vom Eigentümer selbst genutzt oder an Dritte vermietet oder kostenlos überlassen werden; die Vermietung kann sowohl über den Eigentümer als auch über einen Hotelbetrieb oder eine sonstige Organisation erfolgen.  
Freizeitwohnungen kann es in jedem beliebigen Gebäude geben (z. B. Wochenend- und Ferienhaus, Mehrfamilienhaus).
- 6 a)** Bei **Fern- und Blockheizung** werden die Wohnungen mehrerer Gebäude von einer zentralen Heizquelle aus beheizt.  
Bei **Zentralheizung** versorgt die zentrale Heizquelle die Wohnungen nur eines Gebäudes.  
Bei **Etagenheizung** werden die Räume einer Wohnung von einer nur für diese Wohnung bestimmten Heizquelle beheizt.
- b)** Zur Frage nach dem **Brennstoff, der Wärmequelle** können mehrere Angaben gemacht werden, z. B. wenn verschiedene Brennstoffe (u. a. Kohle, Strom) verwendet werden oder wenn zu einer mit Heizöl betriebenen Heizanlage zusätzliche Wärmequellen verwendet werden.  
Zu der Kategorie „Kohle, Holz usw.“ zählen auch Koks, Torf und ähnliche feste Brennstoffe.  
Bei Fernheizung ist immer „Fernwärme“ zu markieren.
- 7** Zur Wohnung zählen auch außerhalb des eigentlichen Wohnungsabschlusses liegende Räume (z. B. Mansarden) sowie zu Wohnzwecken ausgebauter Keller- und Bodenräume.
- 8** Unter einer Schräge liegende Flächen sind nur halb zu rechnen, Balkone nur zu einem Viertel. Keller- und Bodenräume (Speicher), soweit sie nicht zu Wohnzwecken ausgebaut worden sind, bleiben unberücksichtigt. Mieter können die Fläche der Wohnung im allgemeinen dem Mietvertrag entnehmen.
- 9** Als **öffentlich gefördert** gelten nur solche Wohnungen, die nach der Währungsreform (20. Juni 1948) fertiggestellt worden sind und für die öffentliche Mittel (des Bundes, des Landes oder der Gemeinde) zur Errichtung von Sozialwohnungen, also im Rahmen des sogenannten Ersten Förderungsweges, bewilligt wurden.  
Zu den öffentlichen Mitteln des Ersten Förderungsweges zählen u. a.  
- Darlehen zur Deckung der Baukosten (in der Regel öffentliche Baudarlehen oder Landesbaudarlehen genannt)  
- Darlehen oder Zuschüsse zur Deckung der laufenden Aufwendungen (Annuitätshilfen, Aufwendungszuschüsse oder -darlehen, Zinszuschüsse).  
Für eine öffentlich geförderte Wohnung muß - im Falle einer Neuvermietung der Wohnung - der Mieter einen **Wohnberechtigungsschein** der zuständigen Gemeinde- oder Kreisbehörde (z. B. Wohnungsamt, Sozialamt) vorlegen.  
**Nicht** zu den öffentlichen Mitteln im obengenannten Sinn zählen  
- Mittel des sog. Zweiten Förderungsweges, z. B. Aufwendungsdarlehen nach dem Regionalprogramm des Bundes  
- Aufbaudarlehen nach dem Lastenausgleichsgesetz  
- Wohnungsfürsorgemittel für öffentlich Bedienstete des Bundes, der Länder oder Gemeinden  
- Mittel zur Förderung der Modernisierung oder für Maßnahmen zur Einsparung von Heizenergie  
- 7b Abschreibungen und sonstige Steuervergünstigungen, Bausparprämien.  
Sind die Förderungsmittel vorzeitig zurückgezahlt oder abgelöst worden, so gelten die Wohnungen am Zählungstichtag - von Ausnahmefällen abgesehen - nur noch dann als öffentlich gefördert, wenn die Rückzahlung oder Ablösung nach dem 1. 1. 1975 erfolgte.

## \* Erläuterung zu den Gebäudeangaben

- 4** Siehe die Erläuterungen zu Frage **9** oben.

## \* Erläuterungen zum Haushaltsbogen

- 4** Zur **Evangelischen Freikirche** zählen u. a. die Vereinigung der deutschen Methodistenkirchen, der Bund freier evangelischer Gemeinden in Deutschland, die Vereinigung der deutschen Mennonitengemeinden.
- 5** Besteht neben der deutschen noch eine weitere **Staatsangehörigkeit**, so ist „deutsch“ zu markieren. Staatenlose oder Personen mit ungeklärter Staatsangehörigkeit markieren „nicht deutsch“.
- 6** Unter **hieriger Wohnung** ist diejenige Wohnung zu verstehen, für die dieser Wohnungs- und Haushaltsbogen ausgefüllt wird.  
Bei einer **weiteren Wohnung** (Unterkunft/Zimmer) kann es sich auch um möblierte Zimmer am Arbeits- oder Ausbildungsort, um Baracken, Arbeiterwohnheime, Internate und Anstalten mit langfristiger Unterbringung und behördlicher Meldung (z. B. Nervenheilanstalten, Justizvollzugsanstalten) handeln.  
Für **Wehrdienstleistende** zählt die **Kaserne nicht** als weitere Wohnung. Personen, die auf einem **Schiff** noch eine weitere Wohnung oder Unterkunft haben, markieren bei Frage 6 „nein“.  
Für **Verheiratete**, auch wenn sie aus wirtschaftlichen oder beruflichen Gründen nicht ständig zusammenleben (z. B. Wochenend- oder Monatspendler, Arbeitnehmer auf Montage), ist nach dem neuen Melderecht die Wohnung der Familie die vorwiegend benutzte Wohnung (Hauptwohnung). Für alle **übrigen Personen** (Ledige, Verwitwete, Geschiedene sowie Verheiratete, die dauernd getrennt leben) ist nach dem neuen Melderecht die vorwiegend benutzte Wohnung (Hauptwohnung) diejenige, die mehr als die Hälfte des Jahres bewohnt wird.
- 7** **Erwerbstätige** sind Personen, die in einem Arbeits-/Dienstverhältnis stehen, selbständig ein Gewerbe betreiben, einen freien Beruf ausüben oder als mithelfende Familienangehörige tätig sind. Teilnehmer an Fortbildungs-, Umschulungs- und Rehabilitationsmaßnahmen mit Arbeitsvertrag markieren ebenfalls „erwerbstätig“.  
Ehrenamtliche Tätigkeiten gelten nicht als Erwerbstätigkeit.  
„Erwerbstätig bis zu 36 Std. in der Woche“ wird auch markiert, wenn nur stundenweise, halbtags oder nur an bestimmten Tagen in der Woche gearbeitet wird.  
**Arbeitslose/Arbeitsuchende**, die sich noch etwas dazu verdienen, haben zusätzlich zu „arbeitslos, arbeitsuchend“ noch „erwerbstätig bis zu 36 Std. in der Woche“ zu markieren.  
**Jugendliche im Berufsgrundbildungsjahr** ohne Arbeits-/Ausbildungsvertrag markieren „nicht erwerbstätig“ und „Schüler, Student“.
- 8** **Stipendien** sind bei „sonstige Unterstützungen (z. B. Sozialhilfe, BAföG)“ zu markieren; desgleichen **Unterhaltsgeld** nach dem Arbeitsförderungs-gesetz für Umschulung und Fortbildung sowie für Arbeits- und Berufsförderung Behinderter.

- 9** **Heimarbeiter** markieren entsprechend ihrer ausgeübten Tätigkeit „sonstiger Arbeiter“ oder „Facharbeiter“.  
**Praktikanten und Volontäre** gelten als Auszubildende. Handwerklich und landwirtschaftlich Auszubildende zählen zu den gewerblich Auszubildenden.  
**Hausgewerbetreibende, Zwischenmeister oder Werkvertragspartner** markieren „Selbständiger“.
- 10** Hierzu zählt jede weitere Erwerbstätigkeit (auch Mithilfe im Betrieb eines Familienangehörigen), die derzeit - auch wenn nur gelegentlich - ausgeübt wird, z. B. die Nebentätigkeit eines hauptberuflichen Schlossers in der eigenen Landwirtschaft. Die Hausrauentätigkeit zählt jedoch nicht zu den weiteren Erwerbstätigkeiten.
- 11** Bei dieser Frage ist jeweils nur die erfolgreich **abgeschlossene Schulausbildung** zu markieren. Schüler, die noch eine allgemeinbildende Schule besuchen, brauchen die Frage 11 nicht zu beantworten.  
Wurde eine Realschule oder ein Gymnasium vor Erreichen der Mittleren Reife verlassen, so ist „Volksschule, Hauptschule“ zu markieren. Bei Abgang nach Erreichen der Mittleren Reife, aber vor dem Abitur, ist „Realschule“ zu markieren.  
Personen, die den Besuch an einer entsprechenden Schule des Zweiten Bildungsweges (z. B. Abendgymnasium/Kolleg) beendet haben, markieren je nach erreichtem Abschluß „Realschule (Mittlere Reife)“ oder „Hochschulreife (Abitur)“.
- 12** **Berufsfachschulen** sind berufsvorbereitende Vollzeitschulen. Zu ihnen gehören u. a. Handelsschulen, höhere Handelsschulen, Verwaltungsschulen, Sprachen- und Dolmetscherschulen, Haushaltsschulen, Schulen für Kinderpflegerinnen, Schulen für Arzthelferinnen, Kunstschulen und Schauspielschulen.  
**Fachschulen** vermitteln eine weitergehende fachliche Ausbildung im Beruf. Sie können Vollzeit- oder Teilzeitschulen sein.  
Die Fachschulen werden in der Regel als „Fachschulen für ... (Berufsziel bzw. Fachrichtung)“ bezeichnet, z. B. Fachschulen für Technik (auch Technikerschulen), Fachschulen für Wirtschaft, für Landwirtschaft, für Hauswirtschaft, für Textil- und Bekleidung, für Sozialpädagogik. Hierzu zählen auch Meisterschulen, Wirtschafts- oder Fachakademien sowie Kunst- oder Musikhochschulen (z. B. Orchesterreife), sofern an ihnen ein entsprechender Abschluß erworben worden ist. Zu den Fachschulen zählen auch Verwaltungs-, Post-, Sparkassenfachschulen sowie ähnliche Einrichtungen.
- 13** Zur abgeschlossenen praktischen Berufsausbildung zählt neben einer mit **Erfolg** abgeschlossenen Lehre/Anlernzeit auch die **erfolgreiche** praktische Ausbildung als Krankenschwester oder als Krankenpfleger, Berufsförderungslehrgänge für Soldaten, die mit einer Facharbeiter-, Gesellen- oder Gehilfenprüfung abgeschlossen wurden, sind ebenfalls anzugeben.  
Volontärzeiten, ein Praktikum sowie die praktische Ausbildung eines Beamten sind **nicht** anzugeben, ebensowenig der Abschluß an einer berufsbildenden Schule oder Hochschule.  
Bei einer praktischen Berufsausbildung für mehr als einen Beruf ist nur die **letzte** Ausbildung und deren Dauer maßgebend.  
Die Dauer der Ausbildung ist stets auf volle Jahre aufzurunden.  
z. B. 2 Jahre und 10 Monate = 3 Jahre  
3 ½ Jahre = 4 Jahre  
2 Jahre und 1 Monat = 3 Jahre
- 14** Hier ist der **fachliche Schwerpunkt** anzugeben, auf den der Abschluß an einer Berufsfach-, Fachhoch-, Hochschule ausgerichtet war, z. B. Landwirtschaft, Maschinenbau, Elektrotechnik, Betriebswirtschaftslehre, Volkswirtschaftslehre, Hochbau, Tiefbau, Warenhandel, Verkehr, Bank- und Versicherungswesen. Bei Abschluß an einer Handelsschule bitte „Handelschule“ eintragen.
- 15** Hierbei kommt es auf eine möglichst genaue Angabe des Geschäftszweiges (Wirtschaftszweig, Branche, Behörde) an, zu dem der Betrieb gehört, z. B. **Werkzeugmaschinenfabrik** (nicht Maschinenfabrik), **Eisenhütte** (nicht Hüttenwerk), **Lebensmittel-Einzelhandel** (nicht Handel), **Grundschule** (nicht Öffentlicher Dienst), **Krankenhaus** (nicht Stadtverwaltung).  
Umfaßt der Betrieb mehrere Abteilungen mit unterschiedlichem Produktionsprogramm (z. B. Gießerei und Straßenzugbau) oder ist er in anderer Beziehung gegliedert (z. B. Autohandel und -reparatur), so ist der überwiegende Geschäftszweig (Betriebsschwerpunkt) einzutragen.
- 16** Hier ist nicht etwa der Ausbildungsabschluß oder der Rang bzw. die Dienstbezeichnung, sondern möglichst genau die Bezeichnung des gegenwärtig **ausgeübten** Berufs anzugeben, z. B. **Bauschlosser** (nicht Schlosser), **Kaltpresser** (nicht Presser), **Lüftungsinstallateur** (nicht Installateur), **Staplerfahrer** (nicht Fahrer), **Bilanzbuchhalter** oder **Maschinenbuchhalter** (nicht Buchhalter), **Verfahrensingenieur** (nicht Ingenieur), **Kernphysiker** (nicht Physiker), **Sparkassenleiter** (nicht Diplom-Kaufmann), **Versicherungsberater** (nicht Diplom-Volkswirt), **Post-schaffner** (nicht Beamter).  
**Stichwortartige Beschreibung** des wichtigsten Arbeitsvorganges und Arbeitszieles (ggf. auch Maschine, Gerät, Werkstoff).  
z. B. Pressen von Blechen für Karosseriebau  
Bedienen eines Buchungsautomaten  
Wissenschaftliche Forschung auf dem Gebiet der Kernphysik  
Auswertung von Daten für betriebliche Absatzpolitik
- 17** Hier ist die **vollständige Anschrift der Arbeitsstätte** anzugeben, an der der Befragte seiner täglichen Beschäftigung nachgeht (unabhängig vom etwaigen Sitz der Verwaltung oder vom Hauptsitz des Betriebes). Schüler und Studenten geben die Anschrift ihrer Ausbildungsstätte an.  
**Beschäftigte mit häufig oder ständig wechselndem Arbeitsort** (z. B. Vertreter, Reisende) geben die Anschrift ihrer Wohnung an, dies gilt auch für Landwirte.  
Falls mehrere Erwerbstätigkeiten ausgeübt werden, ist der Betrieb anzugeben, in dem die befragte Person überwiegend arbeitet. Im Haushalt beschäftigte Personen, wie Haushälterinnen und Kindermädchen, geben als Arbeitsstätte den Haushalt an.  
Berufsschüler, die in keinem Arbeits- oder Ausbildungsverhältnis stehen, geben die Anschrift der Berufsschule an.
- 18** Für Personen mit **wechselndem Arbeitsort** (z. B. Vertreter, Reisende) ist in Frage 18 „kein Verkehrsmittel ...“ und in Frage 19 „entfällt ...“ zu markieren.



## Weitere Hinweise zur Auskunftspflicht und Geheimhaltung

Gemäß § 10 BStatG besteht die Pflicht zur Beantwortung der mit dem Volkszählungsgesetz 1983 angeordneten Fragen. Auskunftspflichtig sind gemäß § 5 Volkszählungsgesetz 1983

- bei der Volks- und Berufszählung:  
Alle Volljährigen oder einen eigenen Haushalt führenden minderjährigen Personen, auch für minderjährige oder behinderte Haushaltsmitglieder; für Personen in Gemeinschaftsunterkünften, Anstalten u. ä. Einrichtungen auch die Leiter dieser Einrichtungen, soweit Umstände, die in der Person des Auskunftspflichtigen liegen, dies erforderlich machen;
- bei den gebäudestatistischen Fragen:  
Die Gebäudeeigentümer oder an deren Stelle die sonstigen rechtlich Verfügungsberechtigten Personen (Nießbrauchberechtigte, Inhaber eines Anspruchs auf Überweisung oder auf Einräumung oder Übertragung eines Erbbaurechts) sowie deren Vertreter oder die Gebäudeverwalter;
- bei den wohnungsstatistischen Fragen:  
Die Wohnungsinhaber oder deren Vertreter sowie die oben benannten Auskunftspflichtigen.

Nach § 11 BStatG sind die erhobenen Einzelangaben grundsätzlich geheimzuhalten. Die Verpflichtung zur Geheimhaltung gilt auch für Personen, die bei Stellen beschäftigt sind, denen die Angaben zugeleitet werden. Eine Übermittlung statistischer Einzelangaben ist nur in den folgenden, in § 9 Volkszählungsgesetz 1983 ausdrücklich genannten Fällen gestattet:

- Angaben der Volkszählung können, soweit sie sich auf Vor- und Familiennamen, Anschrift, Telefonanschluß, Geschlecht, Geburtstag, Familienstand, rechtliche Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zu einer Religionsgesellschaft, Staatsangehörigkeit, Nutzung der Wohnung als alleinige Wohnung, Haupt- oder Nebenwohnung beziehen, mit den Melderegistern verglichen und zu deren Berichtigung verwendet werden.

— Einzelangaben ohne Namen dürfen an die fachlich zuständigen obersten Bundes- und Landesbehörden übermittelt werden, soweit sie zur rechtmäßigen Erfüllung der in ihrer Zuständigkeit liegenden Aufgaben erforderlich sind. Mit Ausnahme des Merkmals rechtliche Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zu einer Religionsgesellschaft gilt dies auch für die Übermittlung an die von den fachlich zuständigen obersten Bundes- und Landesbehörden bestimmten Behörden, sonstigen öffentlichen und nichtöffentlichen Stellen, soweit die Übermittlung zur Durchführung der von den fachlich zuständigen obersten Bundes- und Landesbehörden übertragenen Aufgaben erforderlich ist.

— Für Zwecke der Regionalplanung, des Vermessungswesens, der gemeindlichen Planung und des Umweltschutzes dürfen den Gemeinden und Gemeindeverbänden die erforderlichen Einzelangaben der Auskunftspflichtigen ihres Zuständigkeitsbereiches, mit Ausnahme des Merkmals rechtliche Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zu einer Religionsgesellschaft, ohne Namen übermittelt werden. Für eigene statistische Aufbereitungen können den Gemeinden und Gemeindeverbänden Einzelangaben zur Verfügung gestellt werden.

— Für wissenschaftliche Zwecke dürfen die erforderlichen Einzelangaben, mit Ausnahme des Merkmals rechtliche Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zu einer Religionsgesellschaft, ohne Namen und Anschrift an Amtsträger und für den öffentlichen Dienst besonders Verpflichtete übermittelt werden.

**Aus diesen Angaben gewonnene Erkenntnisse dürfen nicht zu Maßnahmen gegen den einzelnen Auskunftspflichtigen verwendet werden.**

**Die übermittelten Einzelangaben dürfen von den Empfängern nur für die vom Gesetz vorgesehenen Zwecke verwendet werden.**

## Datenschutz und amtliche Statistik

### Regelung durch Spezialgesetze

Der Datenschutz ist für den Bereich der amtlichen Statistik besonders geregelt. Die dort geltenden Vorschriften gehen den allgemeinen Bestimmungen zum Beispiel des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) vor. Alle Einzelangaben, die für eine Bundesstatistik gemacht werden, unterliegen dem Statistikgeheimnis nach § 11 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke (Bundesstatistikgesetz – BStatG) vom 14. März 1980 (BGBl. I S. 289). Bereits der Vorläufer dieses Gesetzes, das Bundesstatistikgesetz von 1953, enthielt die wesentlichen Elemente der heute geltenden Geheimhaltungsbestimmungen. Das gesetzlich verankerte Statistikgeheimnis ist damit um mehr als zwei Jahrzehnte älter als die Datenschutzgesetze des Bundes und der Länder. Die Regelung für Landesstatistiken in § 26 des Landesdatenschutzgesetzes ist dem § 11 BStatG weitgehend vergleichbar. Da die Bundesstatistik anteilmäßig erheblich überwiegt, sollen die folgenden Ausführungen auf dieses Gebiet beschränkt werden.

### Sinn und Zweck der statistischen Geheimhaltung

§ 10 BStatG verpflichtet zu wahrheitsgemäßen und vollständigen Auskünften. Dieser Eingriff des Staates in die private Rechtssphäre erfordert als notwendiges und untrennbares Gegengewicht eine strenge Geheimhaltung. Das Statistikgeheimnis dient daher in erster Linie dem Schutz des einzelnen vor der Offenlegung seiner persönlichen und sachlichen Verhältnisse. Seine lückenlose Einhaltung liegt aber auch im Interesse der amtlichen Statistik. Bereits ein einziger Fall von Datenmißbrauch würde das Vertrauensverhältnis zwischen Befragten und statistischen Behörden empfindlich belasten. Ein verständliches und nicht zu verhinderndes Absinken der Berichtswilligkeit und der Zuverlässigkeit der gemachten Angaben wäre die Folge.

### Inhalt und Umfang des Statistikgeheimnisses

Einzelangaben sind grundsätzlich von allen mit der Durchführung der Statistik betrauten Personen – auch



gegenüber anderen Behörden – geheimzuhalten. Eine Weiterleitung ist nur im Ausnahmefall zulässig und zwar nur dann, wenn und soweit dies in einer speziellen Rechtsvorschrift ausdrücklich erlaubt ist. An die Ausgestaltung dieser Einzelvorschriften stellt das Gesetz folgende Anforderungen:

- genaue Bezeichnung der übermittlungsfähigen Daten
- Angabe des Empfängerkreises und der Art des Verwendungszweckes
- Entscheidung der Frage, ob die Übermittlung mit oder ohne Nennung von Namen oder von Namen und Anschrift zulässig sein soll.

Um den Berichtspflichtigen über die Weiterverwendung seiner Angaben zu unterrichten und ihm so eine bessere Kontrolle zu ermöglichen, sind Ausnahmeregelungen vollständig in den Erhebungsvordrucken bekanntzugeben. Sensible Daten, zum Beispiel über Einkommens- oder Gesundheitsverhältnisse, bleiben regelmäßig von einer Weiterleitung ausgeschlossen. Die Empfänger statistischer Einzelangaben unterliegen der gleichen Geheimhaltungspflicht wie die übermittelnden Stellen und Personen. Verstöße gegen das Statistikgeheimnis sind mit Strafe bedroht. Insgesamt ist der Kreis derjenigen, die mit Einzelangaben in Berührung kommen können, so begrenzt, daß er dem möglichen Täterkreis der einschlägigen Strafgesetze entspricht.

Die Pflicht zur Geheimhaltung endet dort, wo die einwandfreie Anonymisierung der Einzelangaben beginnt. An den Grad der Nichtbestimmbarkeit werden strenge Anforderungen gestellt. Gemäß § 11 Abs. 5 BStatG muß eine Rückführung der Daten auf den Betroffenen ausgeschlossen sein. An der Entwicklung automatisierbarer Verfahren zur Anonymisierung wird gearbeitet. Die Möglichkeiten der automatischen Datenverarbeitung sollen der Statistik nicht zur Schaffung gläserner Verhältnisse sondern gegenteiligen Zwecken dienen.

#### **Vergleich mit dem Bundesdatenschutzgesetz**

Im Gegensatz zum Bundesdatenschutzgesetz schützt das Statistikgeheimnis auch juristische Personen. Wäh-

rend das Bundesdatenschutzgesetz die Übermittlung von Einzelangaben dann zuläßt, wenn sie der rechtmäßigen Aufgabenerfüllung oder einem berechtigten Informationsbedürfnis dient und schutzwürdige Belange des Betroffenen nicht beeinträchtigt (§ 10, 11 BDSG), verlangt das Bundesstatistikgesetz die besondere Erlaubnis durch eine spezielle Rechtsvorschrift. Diese Vorschriften werden gemäß § 6 Abs. 1 BStatG in der Regel als Gesetz erlassen. Die Prüfung der Frage, ob und inwieweit ein berechtigtes Informationsbedürfnis anderer Stellen vorliegt, erfolgt im Bereich der amtlichen Statistik somit nicht durch die Behörden, sondern durch den Gesetzgeber.

Trotz strenger Geheimhaltungsbestimmungen und ungeachtet der Tatsache, daß die lange Geschichte der amtlichen Statistik frei von Datenmißbrauch ist, wächst das Mißtrauen gegenüber statistischen Erhebungen. Dieses Unbehagen ist in jeder Hinsicht unbegründet. Eine personenbezogene Verarbeitung oder Verknüpfung statistischer Einzelangaben findet nicht statt. Aufgabe der Statistik ist es nicht, verschiedene Daten über eine Person, sondern gleichartige Daten über eine Vielzahl von Personen oder Verhältnissen zusammenzustellen. Auch zulässigerweise übermittelte Einzelangaben dienen den empfangenden Stellen nach den gesetzlich festgelegten Verwendungszwecken ausschließlich für eine statistisch-planerische Auswertung. Befürchtungen, wahrheitsgemäße Angaben könnten gegen den Betroffenen verwendet werden, sind unbegründet. Dem wirkt schon die traditionelle Trennung zwischen vollziehender Verwaltung und den eigens für die Statistik eingerichteten Behörden entgegen. Hinzu kommt das gesetzliche Verbot des § 11 Abs. 3 Satz 3 BStatG. Aus übermittelten Angaben gewonnene Erkenntnisse dürfen nicht zu Maßnahmen gegen den Betroffenen verwendet werden. Dementsprechend bestehen auch keine Beistands- und Auskunftspflichten gegenüber anderen Behörden. Soweit solche gesetzlich vorgesehen sind, wurde der Bereich der amtlichen Statistik ausdrücklich ausgenommen (vgl. § 11 Abs. 1 Satz 2 BStatG).

H.-M. Rademaker

## **Insolvenzen 1982**

Erhebungseinheit der Statistik der Konkurse und Vergleichsverfahren ist das insolvente Erwerbsunternehmen, die natürliche Person und der Nachlaß. Ein Antrag auf Eröffnung eines Konkurses kann bei dem zuständigen Amtsgericht vom Gläubiger oder Schuldner gestellt werden, wenn das Unternehmen oder die natürliche Person zahlungsunfähig ist, das heißt der Schuldner seinen Zahlungsverpflichtungen andauernd nicht nachkommen kann. Darüber hinaus liegt bei juristischen Personen und Nachlässen ein Konkursgrund vor, wenn der Schuldner überschuldet ist, das heißt die Passiva größer sind als die Aktiva.

Demgegenüber kann ein Antrag auf Eröffnung eines Vergleichs nur vom Schuldner gestellt werden. Der Vergleichsvorschlag muß mindestens 35% der Forderungen decken und gilt als angenommen, wenn ihm die Mehrheit der Gläubiger zustimmt und sie

mindestens drei Viertel der Gesamtsumme der Forderungen repräsentieren. Der Vergleich hat zum Ziel, den drohenden Konkurs abzuwenden und damit bestimmte Werte wie Arbeitsplätze oder Firmennamen zu erhalten.

Von den Amtsgerichten werden monatlich die in ihrem Bezirk eröffneten und die mangels Masse abgelehnten Konkurse sowie die Vergleichsverfahren dem Statistischen Landesamt mitgeteilt. Hier werden sie dann nach verschiedenen Gliederungskriterien, so nach Rechtsform des Gemeinschuldners, Alter und Wirtschaftszweig des Erwerbsunternehmens, aufbereitet.

#### **Sprunghafter Insolvenzanstieg**

Die wirtschaftliche Schwächephase führte 1982 in Rheinland-Pfalz wie im Bundesgebiet zu einem An-



steigen der Insolvenzfälle. Das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen erhöhte sich 1982 in Rheinland-Pfalz um 1% und im Bundesgebiet um 0,9%, jedoch reduzierte sich das reale Bruttoinlandsprodukt in Rheinland-Pfalz um 0,9% und im Bundesgebiet um 1%. Insgesamt 792 Betriebe und Privatpersonen stellten Antrag auf Eröffnung eines Konkurses und 8 einen Vergleichsantrag. Dies entspricht einer Steigerung um 29% gegenüber dem Vorjahr (Bundesgebiet 36%).

Das Nachlassen der wirtschaftlichen Aktivität ist jedoch nicht allein ausschlaggebend für den Anstieg der Insolvenzen. In einer Abschwungphase werden zunächst innerbetriebliche Anpassungsmaßnahmen, wie Kurzarbeit, Straffung des Produktionsprogramms, Reduzierung des Personalstandes und Rationalisierung der Produktionsabläufe, unternommen. Darüber hinaus können zwischenbetriebliche und innerbetriebliche Faktoren Zahlungsschwierigkeiten verursachen. Aufgrund der starken Verflechtungen können sich Insolvenzen großer Unternehmen nachteilig auf die Existenz kleiner Zulieferfirmen auswirken. Insolvenzzursachen sind auch Fehler in der Unternehmensführung und in der Finanzierung, die in Rezessionsphasen in den Vordergrund treten und die Existenz des Unternehmens gefährden.

Die mangelnde Eigenkapitalausstattung wird insbesondere jungen Unternehmen zum Verhängnis. Das atypische Konjunkturmuster der vergangenen Jahre, als in einer Abschwungphase ein überwiegend außenwirtschaftlich motiviertes Zinsniveau realisiert wurde, führte zu einem Liquiditätsentzug durch hohe Fremdkapitalzinsen, der rasch eine Illiquidität und damit Konkurs von neugegründeten Unternehmen

Konkurse und Vergleichsverfahren 1970 - 1982

Jahr	Insolvenzen insgesamt 1)	Konkurse			Vergleichsverfahren
		eröffnete und mangels Masse abgelehnte Konkurse		angemeldete Forderungen in 1 000 DM	
		insgesamt	mangels Masse abgelehnte Verfahren		
1970	222	199	100	44 016	27
1971	208	190	110	72 490	19
1972	224	208	125	43 670	17
1973	268	259	122	216 943	10
1974	385	367	204	297 878	27
1975	499	483	327	324 842	25
1976	545	539	424	604 204	10
1977	444	444	350	152 122	2
1978	466	462	370	209 893	5
1979	426	425	322	120 063	2
1980	446	441	366	166 597	5
1981	619	617	477	306 065	3
1982	800	792	646	420 959	8

1) Konkurse und Vergleichsverfahren ohne Anschlußkonkurse, denen ein eröffnetes Vergleichsverfahren vorausgegangen ist.

zur Folge haben kann. Der Anteil der insolventen Unternehmen, die weniger als acht Jahre bestanden, nahm von 71% im Jahre 1979 auf 77% im Jahre 1982 zu. Im Bundesgebiet erhöhte sich der Wert im gleichen Zeitraum um 0,5 Prozentpunkte auf fast 80%.

#### Insolvenzquote stark gestiegen

Der Anstieg der Insolvenzfälle ist in erster Linie auf die Entwicklung bei den Erwerbsunternehmen zurückzuführen. 629 Unternehmen gaben ihre wirtschaftliche Tätigkeit wegen Illiquidität oder Über-

Konkurse und Vergleichsverfahren von Erwerbsunternehmen nach Wirtschaftszweigen und Alter der Unternehmen 1982

Wirtschaftszweig Alter der Unternehmen	Insolvenzen 1)					Konkurse			Vergleichsverfahren	Insolvenzquote 2)
	insgesamt		Einzelunternehmen	Personengesellschaften	GmbH	insgesamt	mangels Masse abgelehnt			
	Anzahl	%	Anzahl					% der Konkurse		
<u>Wirtschaftszweig</u>										
Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei 3)	13	2,1	10	1	2	13	12	92,3	-	13
Verarbeitendes Gewerbe	133	21,1	48	23	60	128	87	68,0	5	66
Baugewerbe	176	28,0	75	9	92	175	146	83,4	1	152
Bauhauptgewerbe	129	20,5	58	8	63	129	105	81,4	-	256
Ausbau- und Bauhilfsgewerbe	47	7,5	17	1	29	46	41	89,1	1	72
Handel	158	25,1	62	16	80	156	129	82,7	2	51
Großhandel und Handelsvermittlung	82	13,0	19	10	53	80	62	77,5	2	82
Einzelhandel	76	12,1	43	6	27	76	67	88,2	-	36
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	37	5,9	21	4	12	37	37	100,0	-	77
Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	5	0,8	-	1	4	5	4	80,0	-	77
Dienstleistungen	107	17,0	52	2	53	107	85	79,4	-	34
<u>Alter der Erwerbsunternehmen</u>										
Unter 8 Jahre	484	76,9	207	20	256	480	404	84,2	4	.
8 und mehr Jahre	145	23,1	61	36	47	141	96	68,1	4	.
Insgesamt	629	100,0	268	56	303	621	500	80,5	8	57

1) Konkurse und Vergleichsverfahren ohne Anschlußkonkurse, denen ein eröffnetes Vergleichsverfahren vorausgegangen ist. - 2) Insolvenzen je 10 000 Unternehmen, berechnet anhand der Ergebnisse der Umsatzsteuerstatistik 1980. - 3) Einschl. Energiewirtschaft, Wasserversorgung und Bergbau.



Eröffnete und mangels Masse abgelehnte Konkursverfahren ausgewählter Wirtschaftszweige  
nach Größenklassen der angemeldeten Forderungen 1982

Wirtschaftszweig Alter der Unternehmen	Kon- kurse ins- gesamt	Mit Angaben über Höhe der geltendgemachten Forderungen von ... DM						Ohne Angaben	Höhe der Forde- rungen bei Konkursen mit Angaben
		unter 10 000	10 000 – 50 000	50 000 – 100 000	100 000 – 500 000	500 000 – 1 Mill.	1 Mill. und mehr		
		Anzahl							1 000 DM
<u>Wirtschaftszweig</u>									
Land- und Forstwirtschaft, Tier- haltung und Fischerei 1)	13	2	2	2	2	3	2	–	7 363
Verarbeitendes Gewerbe	128	15	12	16	32	18	35	–	184 798
Baugewerbe	175	35	31	23	53	18	15	–	54 318
Bauhauptgewerbe	129	26	24	15	39	12	13	–	43 736
Ausbau- und Bauhilfsgewerbe	46	9	7	8	14	6	2	–	10 582
Handel	156	21	18	18	62	15	21	1	70 751
Großhandel und Handelsver- mittlung	80	5	6	7	34	12	15	1	47 649
Einzelhandel	76	16	12	11	28	3	6	–	23 102
Verkehr und Nachrichtenüber- mittlung	37	6	5	4	16	5	1	–	9 020
Kreditinstitute und Ver- sicherungsgewerbe	5	–	2	–	2	1	–	–	1 177
Dienstleistungen	107	25	19	13	28	13	8	1	53 342
<u>Alter der Erwerbsunternehmen</u>									
Unter 8 Jahre	480	91	75	62	160	51	39	2	159 373
8 und mehr Jahre	141	13	14	14	35	22	43	–	221 396
<u>Übrige Gemeinschuldner</u>	171	57	41	26	39	4	4	–	40 190
I n s g e s a m t	792	161	130	102	234	77	86	2	.
Angemeldete Forderungen insgesamt (1 000 DM)	420 959	633	2 915	6 579	53 364	54 649	302 819	.	.

1) Einschl. Energiewirtschaft, Wasserversorgung und Bergbau.

schuldung auf. Ihre Zahl nahm damit um 39% zu, während für die übrigen Gemeinschuldner, die in 171 Fällen einen Konkursantrag stellten, eine Steigerung um 3,6% verzeichnet wurde. Im Bundesgebiet verlief die Entwicklung mit einem Zuwachs um 40% bzw. 25% ausgeprägter.

Von 10 000 bestehenden Unternehmen stellten 57 ihre Geschäftstätigkeit wegen Illiquidität oder Überschuldung ein. Dies sind 16 mehr als im Vorjahr, in dem der bisherige höchste Wert registriert wurde. Gemessen an der Insolvenzquote war die Zunahme der aufgebenden Unternehmen in Rheinland-Pfalz größer als im Bundesgebiet. Neben Baden-Württemberg (51), Bayern (55) und Hamburg (57) lag Rheinland-Pfalz bezüglich der Insolvenzhäufigkeit jedoch deutlich unter dem Bundesdurchschnitt (71). In allen anderen Ländern wurden zum Teil wesentlich mehr Konkurse und Vergleichsverfahren je 10 000 bestehende Unternehmen erfaßt, wobei für Berlin (West) mit 102 der höchste Wert nachgewiesen wurde.

#### Schwerpunkt der Insolvenzen im Baugewerbe

Die Insolvenzen konzentrierten sich relativ stark auf einige Wirtschaftsbereiche. Das Baugewerbe stellte mit 28% den größten Anteil insolventer Unternehmen, obgleich es lediglich über 10,5% der am Wirtschaftsprozess beteiligten Firmen verfügte. Die Insolvenzquote war mit 152 die höchste von allen Wirtschaftshauptbereichen. Der Anstieg der Insolvenzen lag im Baugewerbe aber mit + 36% unter

dem Landesdurchschnitt und auch unter dem Zuwachs im Bundesgebiet, wo 40% mehr Baufirmen insolvent wurden.

Mehr als die Hälfte der Baubetriebe firmierten unter der Rechtsform einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Gerade diese Rechtsform hat sich in der Vergangenheit als besonders insolvenzanfällig erwiesen. Die geringe Kapitalausstattung - mehr als 60% aller GmbH haben nur ein haftendes Stammkapital bis zu 20 000 DM und sie haben einen unterdurchschnittlichen Eigenkapitalanteil von 36% - erschwert den Betrieben die Überbrückung eines Nachfrageausfalls. So reduzierte sich beispielsweise gegenüber 1981 die Zahl der Baugenehmigungen für Wohngebäude um 19% und die für Nichtwohngebäude um 7,2%. Auch die Zahl der Fertigstellungen von Wohngebäuden (– 11,2%) und Nichtwohngebäuden (– 2,1%) war rückläufig, so daß ein Kapazitätsabbau, der durch die Zahl der Konkurse nur unzureichend beschrieben wird, zwangsläufig war. Die in den letzten Monaten festzustellende Belebung der Bautätigkeit wirkt dem Einbruch entgegen.

Neben dem Baugewerbe wurde insbesondere der Handel von der nachlassenden Konsumgüternachfrage betroffen. Die Einzelhandelsumsätze verringerten sich in den ersten zehn Monaten 1982 gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum real um 5,7%. Die Zahl der Insolvenzfälle wuchs im Handel um 55% auf 158, was auf den starken Anstieg der zah-



lungsunfähigen Einzelhändler zurückzuführen ist, deren Zahl sich verdoppelte. Im Einzelhandel ist aber die Insolvenzhäufigkeit mit 36 erheblich geringer als für die Unternehmen insgesamt (57).

Jedes fünfte insolvente Unternehmen war 1982 im verarbeitenden Gewerbe tätig, einem Bereich, der im Jahre 1981 mit 46% den größten Beitrag zur Bruttowertschöpfung leistete und damit die wirtschaftliche Entwicklung des Landes maßgeblich beeinflusst hat. Das verarbeitende Gewerbe profitierte stark von der großen Auslandsnachfrage, die aber letztlich nicht verhindern konnte, daß die Zahl der Insolvenzen um 34% zunahm. Dies führte auch dazu, daß die Insolvenzhäufigkeit mit 66 je 10 000 Unternehmen relativ hoch ist. Innerhalb des verarbeitenden Gewerbes konzentrierten sich die Insolvenzen auf das Holz-, Papier- und Druckgewerbe (36 Insolvenzen) und auf den Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau (34 Insolvenzen).

Im Wirtschaftszweig Dienstleistungen wurden 107 Insolvenzen registriert, 17 mehr als im Vorjahr. Im Dienstleistungsbereich war eine Häufung der Insolvenzfälle im Gastgewerbe (41 Insolvenzen) und in der Rechts- und Steuerberatung, Wirtschaftsprüfung und -beratung, technische Beratung und Planung, Werbung und sonstige Dienstleistungen für Unternehmen (20 Insolvenzen). Unter den übrigen Dienstleistungen stellte das Wohnungswesen mit 11 Insolvenzen den größten Anteil.

#### 86 Millionenkonkurse

Einen Anhaltspunkt über das Gewicht und die Größe der Konkurse gibt die Untergliederung nach Größenklassen der angemeldeten Forderungen. Zu beachten ist, daß häufig bei der Konkursbeantragung

die Höhe der gesamten Forderungen noch nicht exakt bekannt ist. Dennoch zeigt die Aufschlüsselung der Konkurse nach der Höhe der angemeldeten Forderungen, daß es sich bei einem Großteil von ihnen um kleinere und mittlere Fälle handelt. So blieben bei 37% der Konkurse die voraussichtlichen Forderungen unter 50 000 DM, wobei sie lediglich 0,8% der gesamten Forderungssumme auf sich vereinigten. In 52% der Fälle beliefen sich die Forderungen gegenüber dem Gemeinschuldner auf Beträge zwischen 50 000 und 1 Mill. DM.

Die Konkurse mit Millionenforderungen stellen zahlenmäßig zwar nur einen geringen Anteil (11%), repräsentieren aber 72% der Forderungssumme. Im verarbeitenden Gewerbe waren mit 35 die meisten Millionenkonkurse angemeldet worden. Hier lag auch die Forderungshöhe mit 1,4 Mill. DM je Konkurs deutlich über dem Durchschnitt.

In der weit überwiegenden Mehrzahl müssen die Gläubiger einen Totalverlust hinnehmen, denn in über 80% der Fälle wurde das beantragte Konkursverfahren von vornherein mangels Masse abgelehnt, nachdem die vorab geschätzte Teilungsmasse nicht einmal ausreichte, um die Kosten des gerichtlichen Verfahrens zu decken. Darüber hinaus stellt sich bei den eröffneten Konkursen oftmals heraus, daß eine kostendeckende Abwicklung nicht möglich ist, so daß ein weiterer Teil der Konkursverfahren mangels Masse eingestellt werden muß. Auch bei den vollständig abgewickelten eröffneten Verfahren betrug die Deckungsquote für die nicht bevorrechtigten Forderungen im Schnitt der letzten Jahre nur 1%, während die bevorrechtigten Gläubiger immerhin 24% ihrer Ansprüche erfüllt bekamen.

Diplom-Volkswirt R. Lamping

## Beherbergungskapazität für den Fremdenverkehr am 1. Januar 1983

In Rheinland-Pfalz kommt dem Fremdenverkehr eine überdurchschnittliche Bedeutung, was nicht zuletzt auf die geographischen Vorzüge des Landes zurückzuführen ist. Für die laufende Beobachtung des heimischen Tourismus sind aktuelle Daten über die vorhandenen Übernachtungsmöglichkeiten außerordentlich wichtig.

Nach dem Beherbergungstatistikgesetz vom 14. Juli 1980 werden aber ausführliche Kapazitätserhebungen, welche auch qualitative Merkmale berücksichtigen, nur in sechsjährigem Abstand durchgeführt. Um diese Daten zu aktualisieren, werden die Angaben über die in den Beherbergungsstätten verfügbaren Fremdenzimmer und -betten in Rheinland-Pfalz jeweils zum Beginn eines Jahres unter Mithilfe der örtlichen Erhebungsstellen ermittelt. Zur Sicherstellung einer möglichst bürgerfreundlichen Meldeweise wird folglich auf die im Beherbergungstatistikgesetz vorgesehene monatliche Befragung des Bettenbestandes verzichtet, weil eine hinreichend exakte kurzfristige Fortschreibung gesichert ist. Das rheinland-

pfälzische Verfahren korrespondiert somit bereits mit einem gegen Ende 1982 vom Bundesrat im Zuge der zweiten Statistikbereinigung eingebrachten Antrag zur Novellierung des Beherbergungstatistikgesetzes, wonach für die Zukunft wieder eine bundeseinheitliche jährliche Erhebung der Fremdenbetten befürwortet wird.

In Anlehnung an den Erlaubnisvorbehalt des Gaststättengesetzes sind seit dem 1. Januar 1981 im gesamten Bundesgebiet alle Beherbergungsbetriebe mit neun und mehr Betten in allen Gemeinden zu erfassen. Darüber hinaus werden in Rheinland-Pfalz auch die gewerblichen Kleinbetriebe mit weniger als neun Betten einschließlich der Privatquartiere in die Fremdenverkehrsstatistik einbezogen, allerdings beschränkt auf die bis zum Jahre 1980 befragten 643 ausgewählten Fremdenverkehrsgemeinden. Eine einwandfreie jährliche Aktualisierung des Berichtskreises ist daher auch bezüglich der Beherbergungsstätten sicherzustellen, die im Jahresverlauf den bundeseinheitlichen Schwellenwert von neun und mehr



Fremdenverkehrsgebiet Gemeindegruppe	Betriebe 1)	Zimmer 1)	Betten 2)	Betriebe 1)	Zimmer 1)	Betten 2)
	Anzahl			%		
Rheintal	574	9 974	21 424	13,2	13,8	11,9
Rheinhausen	163	3 720	6 834	3,7	5,1	3,8
Eifel/Ahr	918	16 127	39 639	21,0	22,3	22,1
Mosel/Saar	896	13 050	42 555	20,5	18,0	23,7
Hunsrück/Nahe/Glan	565	9 309	21 173	13,0	12,9	11,8
Westerwald/Lahn/Taunus	567	8 728	18 714	13,0	12,0	10,5
Pfalz	681	11 511	28 904	15,6	15,9	16,2
Großstädte	239	5 225	11 708	5,5	7,2	6,5
Heilbäder	672	16 459	31 937	15,4	22,7	17,8
Luftkurorte	345	6 772	17 263	7,9	9,3	9,6
Erholungsorte	715	11 365	31 683	16,4	15,7	17,7
Fremdenverkehrsorte	1 892	27 778	77 034 <sup>3)</sup>	43,3	38,4	43,0 <sup>3)</sup>
Übrige Gemeinden	501	4 820	9 618 <sup>3)</sup>	11,5	6,7	5,4 <sup>3)</sup>
Rheinland-Pfalz	4 364	72 419	179 243	100,0	100,0	100,0

1) Ohne Kleinbetriebe und Privatquartiere. - 2) Einschließlich Kleinbetriebe und Privatquartiere. - 3) Nur Betriebe mit neun und mehr Betten.

Betten überschritten haben oder unter diesen zurückgefallen sind.

#### Annähernd 180 000 Fremdenbetten vorhanden

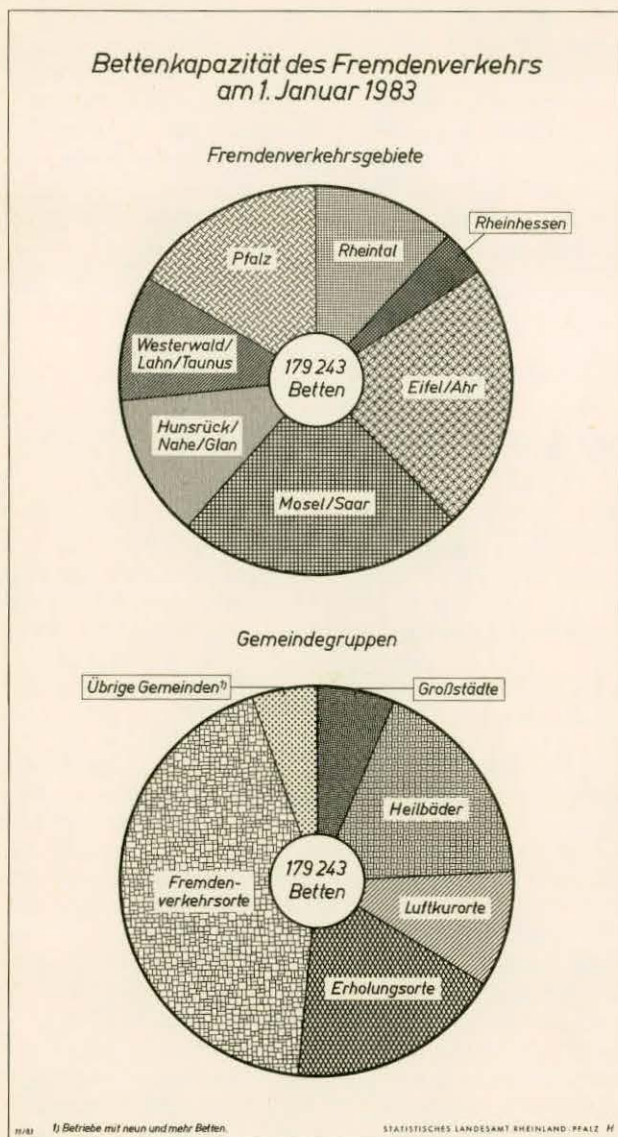
Am 1. Januar 1983 gab es in Rheinland-Pfalz 4 364 Fremdenverkehrsbetriebe mit neun und mehr Betten. Diese verfügten zusammen über 72 420 Gästezimmer. Einschließlich der Übernachtungsmöglichkeiten in gewerblichen Kleinbetrieben und bei Privatzimmervermietern wurden auf Landesebene insgesamt 179 250 Fremdenbetten angeboten. Gegenüber dem 1. Januar 1981 ergibt sich ein Plus von 8 500 Betten, dies entspricht einer Steigerung um 5%. Zur Zeit werden etwa 23% aller Fremdenbetten von Kleinbetrieben und Privatquartieren bereitgestellt.

Von den am 1. Januar 1983 im Land insgesamt verfügbaren Übernachtungsmöglichkeiten entfiel jeweils annähernd ein Viertel auf die Fremdenverkehrsgebiete Mosel/Saar und Eifel/Ahr. Es folgen die Pfalz (16%), das Rheintal und der Raum Hunsrück/Nahe/Glan (je 12%), das Gebiet Westerwald/Lahn/Taunus (11%) und Rheinhausen (4%).

Nach Gemeindegruppen differenziert, befanden sich 43% aller Gästebetten in den Fremdenverkehrsorten. Die Heilbäder und Erholungsorte hatten jeweils etwa 18%, die Luftkurorte 10%, die Großstädte knapp 7%. Unter den Gemeinden führten Bad Neuenahr-Ahrweiler, Cochem, Mainz, Bernkastel-Kues und Koblenz mit zusammen rund einem Zehntel aller Fremdenbetten. Insgesamt 409 erfaßte Gemeinden zählten nicht zu den bis zum Jahre 1980 befragten Fremdenverkehrsorten; diese bestritten ein Zwanzigstel der am 1. Januar 1983 ermittelten Bettenkapazität. Ausführlichere Daten, auch in der Gliederung nach Betriebsarten und -größenklassen, enthält ein ergänzender Statistischer Bericht.

#### Höchste Bettendichte im Regierungsbezirk Trier

Von den auf Landesebene erfaßten 179 250 Gästebetten entfiel knapp die Hälfte auf den Regierungsbezirk Koblenz. Der Regierungsbezirk Trier hatte 30%, Rheinhausen-Pfalz 21% der Übernachtungsmöglichkeiten. Daraus ergibt sich eine vergleichsweise starke Konzentration der heimischen Beherbergungskapazitäten auf die nördlichen Landesteile.





Kapazität der Beherbergungsstätten in den Verwaltungsbezirken am 1. Januar 1983

Verwaltungsbezirk	Betriebe 1)	Zimmer 1)	Betten 2)	Betriebe 1)	Zimmer 1)	Betten 2)	Betten je 1 000 Einwohner
	Anzahl			%			Anzahl
Kreisfreie Stadt Koblenz	90	1 618	3 162	2,1	2,2	1,8	28
Landkreise							
Ahrweiler	309	6 019	11 576	7,1	8,3	6,5	105
Altenkirchen (Ww.)	118	1 466	3 380	2,7	2,0	1,9	28
Bad Kreuznach	184	4 174	8 152	4,2	5,8	4,5	56
Bad Kreuznach, St	52	1 779	3 019	2,2	4,7	3,4	74
Birkenfeld	115	1 651	4 689	2,6	2,3	2,6	54
Idar-Oberstein, St	32	453	1 075	1,4	1,2	1,2	31
Cochem-Zell	400	5 576	17 068	9,2	7,7	9,5	280
Mayen-Koblenz	230	3 674	9 431	5,3	5,1	5,2	50
Andernach, St	22	425	836	0,9	1,1	1,0	31
Mayen, St	21	338	1 261	0,9	0,9	1,4	62
Neuwied	228	3 598	7 683	5,2	5,0	4,3	50
Neuwied, St	19	307	563	0,8	0,8	0,6	9
Rhein-Hunsrück-Kreis	249	3 452	7 746	5,7	4,8	4,3	85
Rhein-Lahn-Kreis	231	4 042	9 111	5,3	5,5	5,1	77
Lahnstein, St	19	595	1 329	0,8	1,6	1,5	70
Westerwaldkreis	181	2 785	5 849	4,1	3,8	3,3	35
RB Koblenz	2 335	38 055	87 847	53,5	52,5	49,0	64
Kreisfreie Stadt Trier	65	208	3 029	1,5	0,3	1,7	32
Landkreise							
Bernkastel-Wittlich	432	6 695	19 205	9,9	9,3	10,7	179
Bitburg-Prüm	243	3 572	9 731	5,6	4,9	5,4	109
Daun	196	4 648	12 560	4,5	6,4	7,0	224
Trier-Saarburg	208	3 577	9 767	4,7	4,9	5,5	78
RB Trier	1 144	18 700	54 292	26,2	25,8	30,3	115
Kreisfreie Städte							
Frankenthal (Pfalz)	8	291	510	0,2	0,4	0,3	12
Kaiserslautern	28	658	1 031	0,6	0,9	0,6	10
Landau i.d.Pfalz	13	237	423	0,3	0,3	0,2	12
Ludwigshafen a.Rhein	18	795	1 265	0,4	1,1	0,7	8
Mainz	38	1 946	3 221	0,9	2,7	1,8	17
Neustadt a.d.Weinstr.	26	409	1 215	0,6	0,6	0,7	24
Pirmasens	10	321	467	0,2	0,4	0,3	10
Speyer	13	176	411	0,3	0,2	0,2	9
Worms	27	475	920	0,6	0,7	0,5	13
Zweibrücken	9	186	317	0,2	0,3	0,2	9
Landkreise							
Alzey-Worms	22	301	554	0,5	0,3	0,3	6
Bad Dürkheim	112	2 082	4 961	2,6	2,9	2,9	43
Donnersbergkreis	29	435	918	0,7	0,6	0,5	14
Germersheim	26	366	610	0,6	0,5	0,3	6
Kaiserslautern	63	846	1 928	1,4	1,2	1,1	20
Kusel	33	508	1 197	0,8	0,7	0,7	16
Südliche Weinstraße	154	2 478	7 737	3,5	3,4	4,3	81
Ludwigshafen	16	222	342	0,4	0,3	0,2	3
Mainz-Bingen	116	1 428	3 389	2,7	2,0	1,9	21
Bingen, St	30	380	947	0,7	0,5	0,5	41
Ingelheim am Rhein, St	6	80	144	0,1	0,1	0,1	7
Pirmasens	124	1 504	5 688	2,8	2,1	3,2	58
RB Rheinhessen-Pfalz	885	15 664	37 104	20,3	21,7	20,7	21
Kammerbezirk							
Rheinhessen	203	4 150	8 084	4,7	5,7	4,5	16
Pfalz	682	11 514	29 020	15,6	16,0	16,2	23
Rheinland-Pfalz	4 364	72 419	179 243	100,0	100,0	100,0	49
Kreisfreie Städte	345	7 320	15 971	7,9	10,1	9,0	16
Landkreise	4 019	65 099	163 272	92,1	89,9	91,0	61

1) Ohne Kleinbetriebe und Privatquartiere. - 2) Einschließlich Kleinbetriebe und Privatquartiere.



Fremdenverkehrsgebiet Gemeindegruppe	Gäste			Übernachtungen			Mittlere Aufent- halts- dauer	Kapa- zitäts- aus- nutzung
	ins- gesamt	Aus- länder	Ver- änderung zum Vorjahr	ins- gesamt	Aus- länder	Ver- änderung zum Vorjahr		
	Anzahl	%		Anzahl	%			
Rheintal	812 863	22,7	- 0,8	2 223 425	18,6	- 2,2	2,7	29,3
Rheinhessen	389 394	18,1	- 4,3	847 384	26,0	0,2	2,2	34,1
Eifel/Ahr	846 434	14,2	0,6	3 895 545	15,9	- 1,3	4,6	28,4
Mosel/Saar	1 129 738	17,6	3,1	3 883 619	15,9	1,5	3,4	25,8
Hunsrück/Nahe/Glan	414 013	12,6	- 1,5	2 248 441	10,7	- 4,5	5,4	30,4
Westerwald/Lahn/Taunus	465 995	5,4	1,1	1 969 637	3,9	- 5,9	4,2	27,9
Pfalz	948 185	16,0	- 0,8	3 258 515	10,8	0,5	3,4	32,2
Großstädte	885 129	29,8	0,1	1 684 236	26,4	2,2	1,9	41,1
Heilbäder	684 955	10,2	2,1	4 371 290	4,5	- 6,3	6,4	39,1
Luftkurorte	377 236	14,0	- 4,2	1 825 621	16,4	0,6	4,8	30,7
Erholungsorte	620 366	11,4	1,5	2 716 050	12,1	- 4,1	4,4	29,1
Fremdenverkehrsorte	2 246 714	16,9	- 0,2	7 146 551	17,0	1,7	3,2	} 23,6
Übrige Gemeinden 1)	192 201	7,6	1,0	582 797	8,9	- 0,6	3,0	
Rheinland-Pfalz	5 006 622	17,0	0,1	18 326 566	13,8	- 1,4	3,7	28,9

1) Nur Betriebe mit neun und mehr Betten.

Bei 49 Fremdenbetten je 1 000 Einwohner im Landesmittel zeigten die Regierungsbezirke Trier (115) und Koblenz (64) eine überdurchschnittliche Betten-dichte. Dagegen waren in Rheinhessen-Pfalz je 1 000 Einwohner nur 21 Übernachtungsmöglichkeiten vor-handen.

Unter den Verwaltungsbezirken verfügten die Landkreise Bernkastel-Wittlich und Cochem-Zell je-weils über rund ein Zehntel aller Fremdenbetten. Es folgten die Kreise Daun (7,0%), Ahrweiler (6,5%), Trier-Saarburg (5,5%), Bitburg-Prüm (5,4%) und Mayen-Koblenz (5,2%). In Rheinland-Pfalz werden mehr als neun Zehntel der Gästebetten in den Land-kreisen angeboten. Daraus läßt sich ein sehr ausge-prägter Urlaubs- und Erholungsverkehr ableiten, während der Städtetourismus nicht so bedeutend ist.

#### Kapazität zu annähernd 30% ausgenutzt

Im Jahre 1982 verzeichneten die rheinland-pfälzi-schen Beherbergungsstätten mehr als 5 Mill. Gäste

mit rund 18,3 Mill. Übernachtungen. Die Ausländer-anteile stellten sich auf 17 bzw. 13,8%. Während im Vergleich zu 1981 die Zahl der Gäste gehalten wurde, gingen die Übernachtungen um 1,4% zurück. Daraus läßt sich eine entsprechend geringere mittlere Auf-enthaltssdauer der Gäste ableiten (1982: 3,7 Tage). Wachsende Übernachtungszahlen gegenüber 1981 erzielten die Fremdenverkehrsgebiete Mosel/Saar (+ 1,5%), Pfalz (+ 0,5%) und Rheinhessen (+ 0,2%).

Bezogen auf den zum 1. Januar 1983 ermittelten Bettenbestand, wurde im Jahre 1982 die in Rhein-land-Pfalz vorhandene Beherbergungskapazität zu annähernd 30% ausgenutzt. Die höchsten Relationen ergaben sich für die Fremdenverkehrsgebiete Rhein-hessen (34%), Pfalz (32%) und Hunsrück/Nahe/Glan (30%). Indessen wurden für die - gemessen am Bettenbestand und am Fremdenverkehr - bedeutend-sten Räume Eifel/Ahr (28%) und Mosel/Saar (26%) unterdurchschnittliche Auslastungen errechnet.

Diplom-Wirtschaftsingenieur H. Peifer

## Produktionswerte im Baugewerbe

### Grundlagen und Ergebnisse des Zensus im Baugewerbe

#### Rechtsgrundlage

Nach dem Gesetz über die Statistik im Produzie-renden Gewerbe vom 6. November 1975 werden alle vier bis sechs Jahre Zensen in den Bereichen Elek-trizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung, Bergbau und verarbeitendes Gewerbe und im Bau-gewerbe durchgeführt. Die letzte derartige Erhebung fand 1968 für das Jahr 1967 statt.

Das Erste Gesetz zur Änderung statistischer Rechtsvorschriften (1. Statistikbereinigungsgesetz) vom 14. März 1980, das vor allem eine Straffung des amtlichen Statistikprogramms und entsprechend eine Entlastung der Auskunftspflichtigen bewirkte, legte

unter anderem fest, daß 1980 für 1979 eine neue Bestandsaufnahme im Rahmen eines Zensus erfol-gen sollte. Für den Zensus galt es, den Katalog der Erhebungstatbestände, wie er im Gesetz über die Statistik im Produzierenden Gewerbe in der Fassung vom 6. November 1975 enthalten war, auf den bei früheren Zensen üblichen Umfang zurückzuführen. Sofern Unternehmen im Rahmen der jährlichen als Stichprobe durchgeführten Kostenstrukturerhebung meldepflichtig waren, wurden die erforderlichen Da-ten aus dieser Statistik übernommen. So wurde für eine Großzahl von Firmen eine Doppelbefragung und eine zusätzliche Belastung vermieden.



## Aufgabe des Zensus

Aufgabe des Zensus ist es, die Struktur und Leistung des produzierenden Gewerbes in einem bestimmten Berichtsjahr darzustellen. Eine umfassende Zählung dieser Art war auch dringend geboten, weil der vorhergehende Zensus noch vor der Umstellung auf die Mehrwertsteuer stattgefunden hatte und zwischenzeitlich ein beträchtlicher Strukturwandel eingetreten ist. Nur mit Hilfe einer Erhebung, die alle Bereiche des produzierenden Gewerbes nach einheitlichen Kriterien abdeckt, lassen sich die eingetretenen Veränderungen untersuchen und die zu ihrer Beurteilung wichtigen Kennziffern ermitteln und fortschreiben.

Innerhalb dieser Zielsetzung war die wichtigste Aufgabe des Zensus, Wertschöpfungsgrößen, das heißt Nettoproduktionswerte, für die in die Erhebung einbezogenen Wirtschaftsbereiche zu gewinnen, da die wirtschaftliche Leistung einer Branche oder einer Region exakt nur mit dem Nettoproduktionswert dargestellt werden kann. Die Nettoproduktionswerte bilden außerdem die Grundlage für die Gewichtung der Produktionsindizes. Da 1980 als neues Basisjahr für die Indexberechnung bestimmt wurde, bietet der Zensus die Möglichkeit, diese Indizes der aktuellen Wirtschaftsstruktur anzupassen.

Um zeitnahe Daten über die wirtschaftliche Leistung, die Wertschöpfung, vorlegen zu können, muß auf Hilfsgrößen zurückgegriffen werden, die für die Messung von Nettoproduktionswerten aber erhebliche Mängel aufweisen.

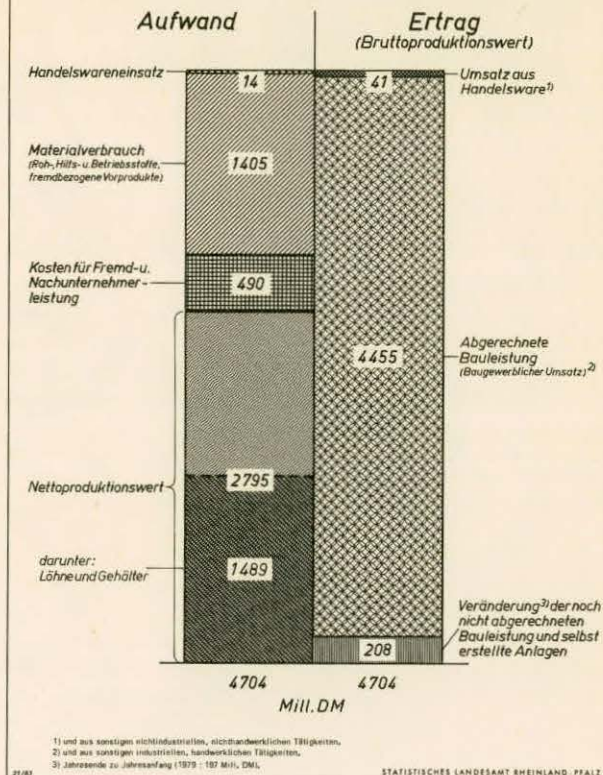
Aus den monatlichen und jährlichen Erhebungen im produzierenden Gewerbe bietet sich hier der Umsatz an. Er ist aber schon wegen der Preisveränderungen nur mit Einschränkungen zu verwenden. Auch die realen, also preisbereinigten Umsätze sind nur im kurzfristigen Vergleich zur Messung der Veränderung der Leistung, nicht aber der absoluten Wertschöpfung geeignet. Mittel- und langfristig ist zu berücksichtigen, daß die Wertschöpfung bei gleichbleibenden Realumsätzen sinken kann, wenn durch zunehmende Arbeitsteilung höhere Umsatzanteile auf der Vorleistungsstufe zugekauft werden. Im Baugewerbe ist ferner zu beachten, daß die Umsätze wegen der langen Produktionsdauer von Großbaumaßnahmen oft nicht in der Periode anfallen, der die zugrundeliegende Leistung zuzuordnen ist.

Eine weitere Möglichkeit wäre, statt des Umsatzes die geleisteten Arbeitsstunden zu verwenden. Dies hätte zwar den Vorteil, daß damit eine Real- und keine Geldgröße genutzt würde, aber auch dabei kann nur die Veränderung der Leistung gemessen werden. Außerdem wären bei diesen Verfahren die unterschiedliche Arbeitsproduktivität zu berücksichtigen, wie sie vor allem durch Innovationen in der Maschinen- und Geräteausrüstung bewirkt werden.

Die Rechtsgrundlage für den Zensus 1979 verlangte die Erfassung sämtlicher Unternehmen des Bauhauptgewerbes mit 20 und mehr Beschäftigten, im Ausbaugewerbe aller Unternehmen mit mindestens zehn Beschäftigten. In Rheinland-Pfalz waren folglich 850 Unternehmen des Bauhaupt- und 745 des Ausbaugewerbes meldepflichtig.

## Produktionskonto der Unternehmen des Bauhauptgewerbes 1979

Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten



## Bauleistung nahezu identisch mit dem Bruttoproduktionswert

Im Bauhauptgewerbe wurde für 1979 ein Bruttoproduktionswert von 4,7 Mrd. DM ermittelt. Hieran waren die 715 Handwerksbetriebe dieses Wirtschaftszweiges mit rund 2,9 Mrd. DM beteiligt. Wie branchenbezogen der Bruttoproduktionswert ist, zeigt sich daran, daß rund 4,5 Mrd. DM auf den baugewerblichen Umsatz entfallen, was einem Anteil von 95% entspricht. Das verarbeitende Gewerbe hatte 1979 zum Vergleich einen Umsatz aus produzierender Tätigkeit von rund 42 Mrd. DM. Gemessen am Bruttoproduktionswert (50 Mrd. DM) entspricht dies nur einem Anteil von 83%.

Die sogenannten übrigen Umsätze nehmen im Bauhauptgewerbe mit 41 Mill. DM aus Handelsware und aus sonstigen nichtindustriellen bzw. nichthandwerklichen Tätigkeiten einen vergleichbar geringen Stellenwert ein. Sie tragen zu 0,9% zum Bruttoproduktionswert bei. Der Wert der selbsterstellten Anlagen belief sich auf 11 Mill. DM oder 0,2% des Bruttoproduktionswertes. Die verbleibende Restgröße von 4,2% ergibt sich aus den angefangenen, noch nicht abgerechneten Bauleistungen, die Ende 1979 um rund 197 Mill. DM höher waren als zu Jahresbeginn.

Auch im Ausbaugewerbe besteht die wirtschaftliche Leistung in hohem Maße aus produzierender Tätigkeit. Nach den Zensusergebnissen resultierten 91% des Bruttoproduktionswertes in Höhe von 1,2 Mrd. DM aus Umsätzen, die sich aus eigenen Erzeugnis-



sen und aus industriellen handwerklichen Dienstleistungen (1,1 Mrd. DM) ergaben. Den höchsten Anteil, gemessen am Bruttoproduktionswert, hatten das Glasergerwerbe und die Estrichlegereien (jeweils 99%) sowie die Installateure (98%).

Der Gesamtumsatz des rheinland-pfälzischen Ausbaugewerbes ist mit 1,22 Mrd. DM nahezu identisch mit dem Bruttoproduktionswert von 1,24 Mrd. DM (98%). Die Differenz ergibt sich fast ausschließlich aus den angefangenen aber noch nicht abgerechneten Ausbauleistungen, die Ende des Jahres 1979 gegenüber Jahresanfang um 21,9 Mill. DM zunahmen.

#### Elemente des Bruttoproduktionswertes

Aus dem Bruttoproduktionswert lassen sich unterschiedliche Wertgrößen ableiten, je nachdem, in welchem Umfang Vorleistungen anderer Unternehmen abgesetzt werden. Wichtigstes Merkmal ist der Nettoproduktionswert, der sich aus der Differenz von Bruttoproduktionswert und Materialverbrauch ergibt.

Brutto- und Nettoproduktionswert werden nach dem folgenden Schema berechnet:

Wert der Jahresbauleistung

+ Handelsumsatz

+ Sonstiger Umsatz

Bruttoproduktionswert

– Materialeingang und Aufwendungen für durch andere Unternehmen (Subunternehmer) durchgeführte Arbeiten

± Lagerbestandsveränderung an Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen und an Handelsware

Nettoproduktionswert

Der Materialverbrauch des Baugewerbes umfaßt neben den Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen für die Produktion und den Bau eigener Anlagen (selbsterstellte Anlagen) alle Baustoffe und bezogene Fer-

tigteile (ohne Handelsware), die im Unternehmen be- oder verarbeitet oder verbraucht werden, so den Bedarf an Brenn- und Treibstoffen, Strom, Gas, Wasser, Ersatzteile, Büro-, Werbe- und Verpackungsmaterial. Der Wert dieses Materialverbrauches betrug im Jahre 1979 im Bauhauptgewerbe 1,4 Mrd. DM bzw. 30% des Bruttoproduktionswertes. Die höchsten Materialanteile hatten die Dachdeckerei mit 35%, der Straßenbau mit 34% sowie die Zimmerei mit 32%.

Im Ausbaugewerbe stellten 441 Mill. DM Materialverbrauch einen Anteil von 36% am Bruttoproduktionswert dar. Dabei traten erwartungsgemäß die Installateur- und Klempnereibetriebe mit Anteilen von 45% bzw. 41% hervor, da in diesen Wirtschaftszweigen die zu verarbeitenden oder einzubauenden Materialien oft recht teuer sind.

Im Jahre 1979 verzeichneten die Betriebe im rheinland-pfälzischen Bauhauptgewerbe einen Einsatz an Handelsware von rund 14 Mill. DM, das entspricht einem Anteil am Bruttoproduktionswert von 0,3%. Das Ausbaugewerbe setzte für rund 57 Mill. DM Handelsware ein, was einem Anteil am Bruttoproduktionswert von 4,5% gleichkommt.

Im Bauhauptgewerbe werden häufig Aufträge bzw. Teilaufträge an Subunternehmer weitergegeben. Daraus resultieren die Kosten für Fremd- und Nachunternehmerleistungen. Bei den Unternehmen des Bauhauptgewerbes betrugen 1979 diese Kosten 490 Mill. DM. Das sind 10% des Bruttoproduktionswertes. Im Ausbaugewerbe machten sie mit 14 Mill. DM nur 1% des Bruttoproduktionswertes aus.

#### 3,5 Mrd. DM Nettoproduktionswert

Der Nettoproduktionswert belief sich im Jahre 1979 im Baugewerbe auf 3,5 Mrd. DM. Davon entfielen rund 2,8 Mrd. DM auf das Bauhaupt- und 733 Mill. DM auf das Ausbaugewerbe. Die Relation Nettoproduktionswert je Beschäftigten ist für die Beurteilung

Bruttoproduktionswert des Bauhauptgewerbes nach Wirtschaftszweigen 1979

(Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten)

Wirtschaftszweig	Bruttoproduktionswert <sup>1)</sup>				Anteil am Bruttoproduktionswert		
	insgesamt	Gesamtumsatz	Bestandsveränderungen <sup>2)</sup>	selbsterstellte Anlagen	Gesamtumsatz	Bestandsveränderungen <sup>2)</sup>	selbsterstellte Anlagen
	1 000 DM				%		
Hoch- und Tiefbau	3 923 421	3 704 359	208 065	10 998	94,4	5,3	0,3
Hochbau	2 589 801	2 480 683	99 515	9 604	95,8	3,8	0,4
Hoch- und Tiefbau (ohne ausgeprägten Schwerpunkt)	1 133 723	1 065 579	66 637	1 507	94,0	5,9	0,1
Hoch- und Gerüstbau (ohne Fertigteilbau)	1 007 625	987 021	16 559	4 045	98,0	1,6	0,4
Herstellung und Montage von Fertigteilbauten	448 452	428 082	16 319	4 051	95,5	3,6	0,9
Tiefbau	1 333 620	1 223 676	108 550	1 394	91,8	8,1	0,1
Straßenbau	858 945	783 720	74 554	671	91,2	8,7	0,1
Sonstiger Tiefbau	474 675	439 956	33 996	723	92,7	7,2	0,1
Spezialbau	.	.	- 10 467	.	.	- 1,8	.
Stukkateurgewerbe, Gipserei und Verputzerei	.	.	.	.	.	.	.
Zimmerei und Dachdeckerei	127 997	124 969	.	.	97,6	.	.
Zimmerei	58 008	57 817	.	.	99,7	.	.
Dachdeckerei	69 989	67 152	.	.	95,9	.	.
<b>Insgesamt</b>	<b>4 704 093</b>	<b>4 496 231</b>	<b>196 659</b>	<b>11 204</b>	<b>95,6</b>	<b>4,2</b>	<b>0,2</b>

1) Ohne Umsatzsteuer. – 2) Zu- bzw. Abnahme der Bestände an unfertigen und fertigen Erzeugnissen aus eigener Produktion.



Brutto- und Nettoproduktionswert des Ausbaugewerbes in den Verwaltungsbezirken 1979  
(Unternehmen mit 10 und mehr Beschäftigten)

Verwaltungsbezirk	Unter- nehmen	Bruttoproduktionswert <sup>1)</sup>		Material- verbrauch, Einsatz an Handelsware, Kosten für Lohnarbeit	Nettoproduktionswert <sup>1)</sup>		
		ins- gesamt	je Beschäf- tigten		ins- gesamt	je Beschäf- tigten	Anteil am Brutto- produk- tionswert (Nettoquote)
	Anzahl	1 000 DM	DM	1 000 DM	DM	%	
Kreisfreie Stadt Koblenz	39	64 367	62 920	25 891	38 476	37 611	59,8
Landkreise							
Ahrweiler	13	16 068	70 474	6 851	9 217	40 425	57,4
Altenkirchen (Ww.)	8	11 440	74 771	6 025	5 415	35 392	47,3
Bad Kreuznach	27	56 256	76 539	25 055	31 201	42 450	55,5
Birkenfeld	24	35 516	70 749	14 343	21 173	42 177	59,6
Cochem-Zell	11	17 037	81 909	7 998	9 039	43 457	53,1
Mayen-Koblenz	33	41 573	63 373	18 129	23 444	35 738	56,4
Neuwied	33	57 744	72 361	24 784	32 960	41 303	57,1
Rhein-Hunsrück-Kreis	16	21 786	62 068	9 324	12 461	35 501	57,2
Rhein-Lahn-Kreis	29	36 572	60 650	14 980	21 592	35 808	59,0
Westerwaldkreis	37	73 099	80 594	30 815	42 284	46 620	57,8
RB Koblenz	270	431 458	69 996	184 195	247 262	40 114	57,3
Kreisfreie Stadt Trier	35	54 459	64 601	24 179	30 280	35 919	55,6
Landkreise							
Bernkastel-Wittlich	26	30 964	59 205	13 521	17 443	33 352	56,3
Bitburg-Prüm	16	19 354	66 281	9 438	9 917	33 962	51,2
Daun	8	13 598	97 129	7 058	6 540	46 714	48,1
Trier-Saarburg	12	32 686	135 066	20 164	12 523	51 748	38,3
RB Trier	97	151 061	74 050	74 360	76 703	37 600	50,8
Kreisfreie Städte							
Frankenthal (Pfalz)	6	13 857	112 659	6 913	6 944	56 455	50,1
Kaiserslautern	22	29 795	65 197	11 640	18 155	39 726	60,9
Landau i.d.Pfalz	15	21 286	58 801	9 928	11 358	31 376	53,4
Ludwigshafen a.Rhein	50	110 720	47 972	25 894	84 826	36 753	76,6
Mainz	60	146 525	70 513	56 664	89 861	43 244	61,3
Neustadt a.d.Weinstr.	14	11 447	56 113	4 652	6 795	33 309	59,4
Pirmasens	15	18 769	73 316	8 832	9 936	38 813	52,9
Speyer	9	13 849	77 369	6 248	7 601	42 464	54,9
Worms	26	47 126	67 227	15 605	31 522	44 967	66,9
Zweibrücken	11	17 710	66 579	8 382	9 328	35 068	52,7
Landkreise							
Alzey-Worms	12	22 286	76 584	10 330	11 956	41 086	53,6
Bad Dürkheim	17	22 235	65 784	7 744	14 491	42 873	65,2
Donnersbergkreis	16	19 331	64 869	8 546	10 785	36 191	55,8
Germersheim	16	36 360	79 562	16 739	19 622	42 937	54,0
Kaiserslautern	14	42 546	91 694	18 080	24 466	52 728	57,5
Kusel	10	8 931	57 250	3 906	5 025	32 212	56,3
Südliche Weinstraße	14	19 180	63 510	7 868	11 312	37 457	59,0
Ludwigshafen	13	17 654	49 730	6 778	10 876	30 637	61,6
Mainz-Bingen	25	26 277	66 356	11 385	14 892	37 606	56,7
Pirmasens	13	15 972	66 828	6 748	9 225	38 598	57,8
RB Rheinhessen-Pfalz	378	661 856	64 698	252 882	408 976	39 978	61,8
Kammerbezirke							
Rheinhessen	123	242 214	69 883	93 984	148 231	42 767	61,2
Pfalz	255	419 642	62 041	158 898	260 745	38 549	62,1
Rheinland-Pfalz	745	1 244 375	67 504	511 437	732 941	39 760	58,9
Kreisfreie Städte	302	549 910	62 490	204 828	345 082	39 214	62,8
Landkreise	443	694 465	72 085	306 609	387 859	40 259	55,9

1) Ohne Umsatzsteuer.



Umsätze des Bauhauptgewerbes nach Wirtschaftszweigen 1979  
(Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten)

Wirtschaftszweig	Unter- nehmen	Gesamtumsatz 1)				Anteil am Gesamtumsatz	
		ins- gesamt	je Beschäf- tigten	aus produ- zierender Tätigkeit	aus Handelsware und sonstigen nicht- industriellen/ nicht- handwerklichen Tätigkeiten	aus produ- zierender Tätigkeit	aus Handelsware und sonstigen nicht- industriellen/ nicht- handwerklichen Tätigkeiten
	Anzahl	1 000 DM	DM	1 000 DM		%	
Hoch- und Tiefbau	763	3 704 359	84 322	3 670 832	33 526	99,1	0,9
Hochbau	555	2 480 683	80 793	2 459 352	21 329	99,1	0,9
Hoch- und Tiefbau (ohne ausgeprägten Schwerpunkt)	191	1 065 579	79 509	1 054 184	11 395	98,9	1,1
Hoch- und Gerüstbau (ohne Fertigteilbau)	346	987 021	70 291	979 783	7 238	99,3	0,7
Herstellung und Montage von Fertigteilbauten	18	428 082	131 313	425 385	2 698	99,4	0,6
Tiefbau	208	1 223 676	92 513	1 211 480	12 197	99,0	1,0
Straßenbau	114	783 720	93 367	774 554	9 166	98,8	1,2
Sonstiger Tiefbau	94	439 956	91 032	436 926	3 031	99,3	0,7
Spezialbau	13	.	.	.	6 250	.	.
Stukkateurgewerbe, Gipserei und Verputzerei	34	.	.	.	226	.	.
Zimmerei und Dachdeckerei	40	124 969	85 129	123 716	1 253	99,0	1,0
Zimmerei	16	57 817	80 190	56 729	1 088	98,1	1,9
Dachdeckerei	24	67 152	89 896	66 987	164	99,8	0,2
Insgesamt	850	4 496 231	86 859	4 454 976	41 255	99,1	0,9

1) Ohne Umsatzsteuer.

der Leistungsfähigkeit des Baugewerbes aussagefähiger als die Kennziffern Umsatz oder Bruttoproduktionswert je Beschäftigten. Für das Baugewerbe ergab sich 1979 ein Nettoproduktionswert je Beschäftigten von rund 50 300 DM gegenüber 81 500 DM an Umsatz bzw. 84 700 DM an Bruttoproduktionswert je Beschäftigten. Der höchste Nettoproduktionswert je Beschäftigten wurde im sonstigen Tiefbaugewerbe mit 64 600 DM erzielt, gefolgt vom Straßenbau mit 63 500 DM. Der niedrigste Betrag wurde für die Unternehmen der Elektroinstallation mit 35 300 DM ermittelt.

#### Nettoquote betrug 59%

Wie Umsatz oder Bruttoproduktionswert stellt der Nettoproduktionswert eine Geldgröße mit begrenztem Aussagewert dar. In Rheinland-Pfalz betrug im Jahre 1979 der Nettoproduktionswert des Bauhauptgewerbes 2,8 Mrd. DM oder 54 000 DM je Beschäftigten, im Ausbaugewerbe waren es 733 Mill. DM oder rund 40 000 DM je Beschäftigten.

Aufschlußreich ist vor allem die Nettoquote, die sich aus dem Verhältnis zwischen Netto- und Brutto-

produktionswert errechnet. Im Jahre 1979 betrug die Nettoquote im rheinland-pfälzischen Baugewerbe 59%. Von diesem Durchschnittswert wichen einige Wirtschaftszweige deutlich ab. Im Ausbaugewerbe waren es die Maler und Lackierer, die mit 73% die höchste Quote aufzuweisen hatten, während die sonstige Fußbodenlegerei und -kleberei mit knapp 50% unter dem Durchschnitt lagen. Im Bauhauptgewerbe schwankte die Nettoquote zwischen 66% im sonstigen Tiefbau und 44% im Fertigteilbau.

Um zur eigentlichen Wertschöpfung, das heißt zur Entlohnung der Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital zu gelangen, ist der Nettoproduktionswert noch weiter zu vermindern. Die Daten, die hierzu benötigt werden, können allerdings in der Regel nur von größeren Unternehmen mit einem leistungsfähigen Rechnungswesen geliefert werden. Diese Angaben werden folglich nicht aufgrund des Zensus, sondern der repräsentativen Kostenstrukturerhebung, die das Statistische Bundesamt bei knapp 4 000 Unternehmen auf Bundesebene jährlich durchführt, ermittelt.

Diplom-Betriebswirt (FH) F. J. Merz

## Milch- und Fleischproduktion 1982

Die tierische Produktion in Rheinland-Pfalz beschränkt sich im wesentlichen auf die Milch-, Fleisch- und Eierzeugung, wobei zu berücksichtigen bleibt, daß nur Rind- und Schweinefleisch das Gesamtschlachtaufkommen markant beeinflussen. Die Eier-

produktion ist trotz steigender Legeleistung aufgrund einer sinkenden Legehennenzahl rückläufig. Im Jahre 1981 wurden nur noch 54% der 1972 erzeugten Eier produziert.



## Sinkende Schlachtungen

Im Jahre 1982 wurden in Rheinland-Pfalz 1 566 500 landwirtschaftliche Nutztiere inländischer Herkunft (ohne Geflügel) der Schlachtung zugeführt. Das entsprach einer Schlachtmenge von 164 600 t, womit ein Rückgang während Jahresfrist von 1,3% eingetreten ist. Im Vergleich zu 1980, dem Jahr mit dem höchsten Schlachtaufkommen seit 1970, ist eine Abnahme um 2,5% zu registrieren. Von der Gesamtschlachtmenge entfielen 65% auf Schweine und 34% auf Rinder ohne Kälber. Schafe, Pferde und Kälber zusammen bringen knapp 1% aller inländischen Schlachttiere.

## Weniger Schlachtschweine inländischer Herkunft

In Haus- und Gewerbeschachtungen wurden 1982 insgesamt 1 336 000 Schweine geschlachtet. Damit sank die Zahl der Schweineschlachtungen gegenüber 1981 um knapp 9 000 und gegenüber 1980 um 29 000.

Die Schweineschlachtungen verteilen sich relativ gleichmäßig auf die drei Regierungsbezirke (Koblenz 35%, Trier 33%, Rheinhessen-Pfalz 32%). Während im Regierungsbezirk Koblenz in den vergangenen zwölf Jahren konstant 35–39% der Schlachtschweine erfaßt wurden, konnte im Regierungsbezirk Trier der Anteil von 22% auf 33% zu Hauptlasten des Regierungsbezirks Rheinhessen-Pfalz (1971 42%, 1982 32%) gesteigert werden. Die Hauptursache für diese starke Verschiebung während der vergangenen Dekade ist wohl auf eine größere Kapazitätserweiterung der Schlachtunternehmen im Regierungsbezirk Trier zurückzuführen, während in Rheinhessen-Pfalz viele Unternehmen geschlossen haben.

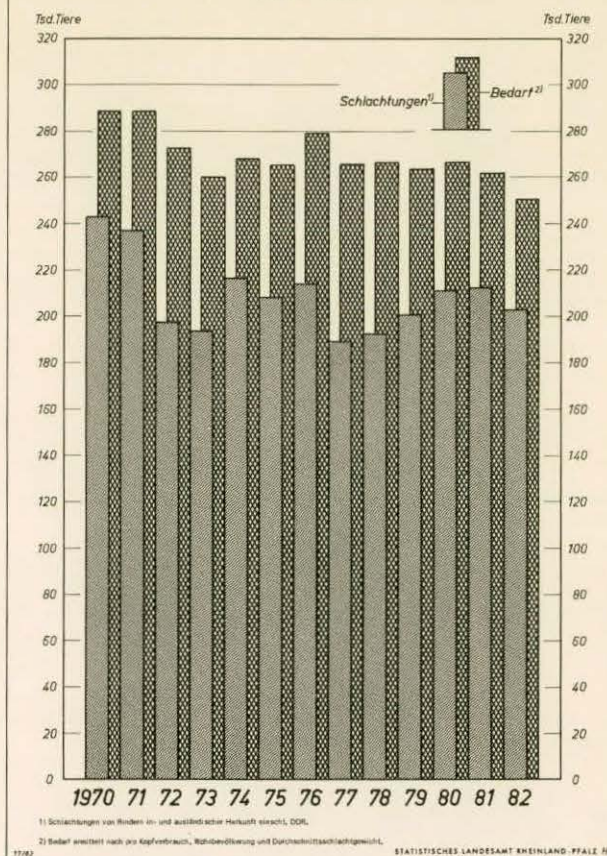
Das durchschnittliche Schlachtgewicht für das Jahr 1982 betrug 81 kg. Solange die verstärkte Nachfrage nach sehr magerem, fettarmen Schweinefleisch anhält, ist auch nicht damit zu rechnen, daß die Schlachtgewichte stark schwanken werden, da mit steigenden Schlachtgewichten bei den heute verwendeten Tieren das Fleisch-Fettverhältnis der Schlachtkörper ungünstiger wird und unter momentanen Vermarktungsbedingungen Mindererlöse hingenommen werden müßten.

## Geringeres Schlachtrinderaufkommen

Ebenso wie bei den Schweineschlachtungen gingen auch die Rinderschlachtungen gegenüber 1981 um 8 500 auf 193 000 zurück. Nur noch 365 Ochsen, 100 000 Jungbullen, 61 700 Kühe und 30 800 weibliche Rinder wurden zur Schlachtung gebracht. Die stärksten Einbußen waren aufgrund innerbetrieblicher Bestandsaufstockung bei den weiblichen Tieren zu verbuchen (– 4 900). Aber es wurden auch 3,3% weniger Jungbullen geschlachtet. Die Ochsen Schlachtungen nahmen den bislang niedrigsten Wert an, was auf die verschwindend geringe Nachfrage des stärker marmorierten Ochsenfleisches zurückzuführen ist.

Wurden von den 193 000 insgesamt zur Schlachtung verbrachten Rinder allein 83 000 im Regierungsbezirk Trier erfaßt, so entspricht dies einer Steigerung von 15 Prozentpunkten gegenüber 1971. Der zwangsläufige Rückgang in den anderen Landesteilen verteilte sich ziemlich gleichmäßig auf den Regierungsbezirk Koblenz und den Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz.

Bedarf und Schlachtungen von Rindern  
1970 - 1982



## Schlachtkörper und Fleisch aus anderen Bundesländern

Entsprechend dem Fleischbedarf und den Schlachtungszahlen für Rinder und Schweine kann abgeschätzt werden, wieviel Rind- und Schweinefleisch noch aus anderen Bundesländern nach Rheinland-Pfalz gebracht werden müssen.

Beim Rindfleisch sank dieser Wert in den letzten Jahren und scheint sich nun bei 20% des Bedarfs einzupendeln. Der Schweinefleischbedarf, der im vergangenen Jahrzehnt von ständig steigenden Pro-Kopf-Verbrauchszahlen geprägt war, mußte zu größeren Teilen durch verstärkte Fleischlieferungen nach Rheinland-Pfalz abgedeckt werden, da der Schweinebestand insgesamt seit 1970 von leichten Schwankungen abgesehen um 20% zurückgegangen war. Im Jahre 1982 mußten 39% des rheinland-pfälzischen Schweinefleischbedarfs in Form von schon geschlachteten Tieren oder als Fleischwaren aus anderen Bundesländern hierher gebracht werden. Der prozentuale Höchststand an Schweinefleischsendungen nach Rheinland-Pfalz war 1976 mit 42% erreicht. In diesem Jahr befanden sich aber auch die Schlachtungen auf dem absoluten Tiefpunkt der letzten zwanzig Jahre. Seit dieser Zeit konnten die einheimischen Schlachtunternehmen Marktanteile zurückgewinnen, zumal der Anteil der Hausschlachtungen ebenfalls ständig gesunken ist.



Jahr	Rheinland-Pfalz	Regierungsbezirk		
		Koblenz	Trier	Rhein-hessen-Pfalz
1971	950 708	396 859	342 911	210 938
1972	956 201	391 480	360 745	203 976
1973	939 520	384 576	357 010	197 934
1974	935 529	378 471	366 887	190 171
1975	919 094	366 373	372 596	180 125
1976	905 624	358 877	368 988	177 759
1977	882 496	348 913	364 156	169 427
1978	918 963	355 655	395 651	167 657
1979	948 182	362 580	417 330	168 272
1980	960 979	363 597	428 703	168 679
1981	931 402	350 348	420 827	160 227
1982	941 638	348 763	433 134	159 741

### Steigende Milcherzeugung

Die Milchkühalter in Rheinland-Pfalz konnten nach einem Rückgang im Jahr 1981 (- 3,1%) wieder eine steigende Milchproduktion verzeichnen. Sie erzielten im Jahre 1982 mit 942 000 t rund 1% mehr als 1981. In den vergangenen zwölf Jahren wurde diese Menge nur viermal knapp übertroffen. So war 1971 und 1972 die erzeugte Milchmenge um 1% bzw. 1,5%

sowie 1979 und 1980 um 0,7% bzw. 2,0% höher als 1982. Es bleibt jedoch zu berücksichtigen, daß 1971/72 mindestens 20 000 und 1979/80 mindestens 5 000 Kühe mehr in den Ställen standen. Hauptursache für den letzten guten Jahresabschluß war ein erneuter Anstieg der durchschnittlichen Milchleistung je Kuh und Jahr auf mittlerweile 4 123 kg. Somit wurde der Vergleichswert von 1971/72 um 11% und der von 1979/80 um 2,4% übertroffen. Die tierbezogene Milchleistungssteigerung der letzten zwölf Jahre ist unter anderem auf züchterische Maßnahmen, wie zum Beispiel die künstliche Besamung mit positiv zuchtwertgeprüften Bullen und der konsequenten Selektion auf Milchleistungsmerkmale bei den in den Bestand aufzustellenden Färsen zurückzuführen. Aber auch verstärkte Bestrebungen zu qualitativ besseren Grundfütterationen über Mais-, Gras- und Preßschnitzelsilagen sowie ein höherer Kraftfuttereinsatz haben ihren Anteil an der Leistungssteigerung getragen. In diesem Zusammenhang dürfen die durch die Aufstockung der Bestände möglichen Verbesserungen der haltungstechnischen Maßnahmen nicht unerwähnt bleiben.

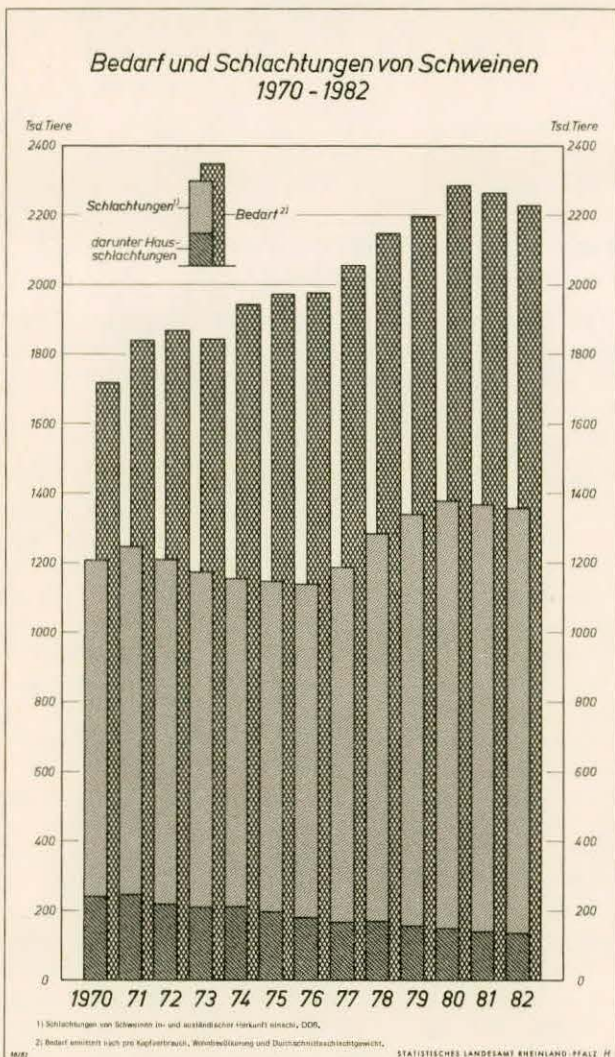
Auch die Milcherzeugung hat in Rheinland-Pfalz eine starke regionale Verschiebung erfahren. Wurden 1971 im Regierungsbezirk Koblenz 42%, im Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz 22% und im flächenmäßig kleinsten Regierungsbezirk Trier 36% des damaligen Milchaufkommens erbracht, so entfielen 1982 auf Rheinhessen-Pfalz nur noch 17%, auf Koblenz noch 37%, während im Regierungsbezirk Trier die Milcherzeugung mit über 433 000 t den bisher höchsten Stand und einen Anteil von 46% der in Rheinland-Pfalz produzierten Milch erreichte. Davon wurden allein 246 000 t im Kreis Bitburg-Prüm erzeugt.

### Milchlieferrung an Molkereien auf hohem Niveau

Von rheinland-pfälzischen Milchkühhöfen wurden im letzten Berichtsjahr 897 000 t Milch an Molkereien geliefert. Diese Menge unterschreitet die bisher höchste Ablieferung aus dem Jahre 1980 nur um 1,8%. Von den zehn hier ansässigen Milchverarbeitungsbetrieben wurden 849 000 t Rohmilch aufgenommen.

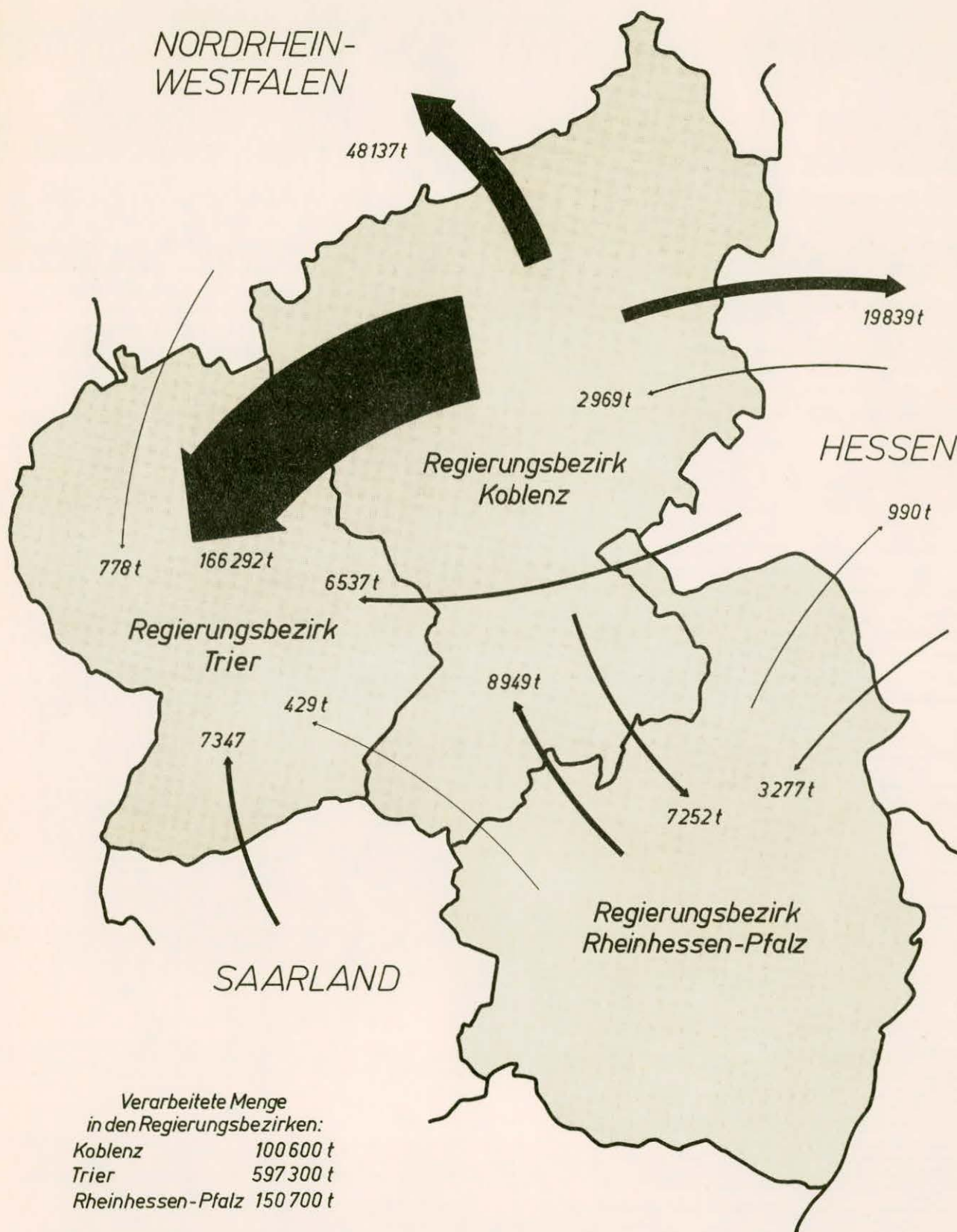
Molkereien aus angrenzenden Bundesländern bekamen von hiesigen Landwirten 69 000 t, umgekehrt verkauften Milchproduzenten aus anderen Bundesländern 21 000 t an rheinland-pfälzische Molkereien.

Die Milchströme innerhalb unseres Landes nahmen ebenfalls erwähnenswerte Größenordnungen an. So gingen von 330 000 t der im Regierungsbezirk Koblenz abgelieferten Milch mehr als 50% an Milchunternehmen im Regierungsbezirk Trier, 2,2% nach Rheinhessen-Pfalz und über 20% wurden in andere Bundesländer verkauft, so daß letztlich trotz Einkäufen in Rheinhessen-Pfalz und Hessen nur 30% der im Regierungsbezirk Koblenz erzeugten Milch hier auch verarbeitet wurden. In den Molkereien des Regierungsbezirks Trier wurden 44% mehr erfaßt als im Verwaltungsgebiet erzeugt wurden; hier waren nur Zukäufe, und zwar aus Nordrhein-Westfalen, Hessen, dem Saarland, dem Regierungsbezirk Koblenz und aus dem Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz zu verzeichnen. In Rheinhessen-Pfalz





# Milchströme in, von und nach Rheinland-Pfalz 1982





gestaltete sich die Bilanz weitgehendst ausgeglichen. Zu- und Verkaufsmengen hielten sich die Waage.

Resultierend bleibt festzustellen, daß sich die Milchverarbeitungskapazitäten trotz der Entfernung zu den

großen Verbrauchermärkten im Regierungsbezirk Trier konzentrieren; hier wurden im letzten Jahr 67% der im Land abgelieferten Milch verarbeitet.

Diplom-Agraringenieur G. Stumm

## Obst- und Gemüseernte 1982

### Neue Berechnungsgrundlage für den Marktoftbau

Die Ermittlung der Obsternte erfolgt auf der Grundlage der Daten aus der Obstanbauerhebung 1982 (Marktanbau) und der Obstbaumzählung 1965 (Anbau in Haus- und Kleingärten). Nach nahezu 20 Jahren dürften die Unterlagen von 1965 sowohl in der Gesamtzahl als auch in struktureller und regionaler Hinsicht wesentlich von den heutigen Verhältnissen abweichen. Der Obstbau in der Feldflur wird seit mehreren Jahren in der Erntestatistik nicht mehr berücksichtigt, weil dieser für die Belieferung der Märkte und auch für den Verbrauch kaum mehr Bedeutung hat.

Die hier nachgewiesenen Gesamterntemengen und auch die Ergebnisse über die Obsternte aus dem Anbau in Haus- und Kleingärten weisen daher Unsicherheiten auf. Lediglich für den eigentlichen Marktoftbau in den Betrieben mit einer Anbaufläche von mindestens 15 Ar kann eine ausreichende Zuverlässigkeit angenommen werden. Die Erntemengen der einzelnen Obstarten aus diesem Bereich sind jedoch wegen der neuen Berechnungsgrundlage mit denen aus den Vorjahren nicht voll vergleichbar. Für die Beurteilung der Ertragsverhältnisse in den einzelnen Jahren können jedoch die Baumerträge uneingeschränkt zu Vergleichen herangezogen werden.

### Günstiger Blüteverlauf

In klimatisch begünstigten Gebieten setzte die Aprikosenblüte Anfang April und die der Birnen, Süßkirschen und Frühpflaumen Mitte des Monats ein. Infolge der zu dieser Zeit vorherrschenden wechselhaften und vielfach auch recht kühlen Witterung traten an den frühblühenden Obstbäumen in einigen Gebieten leichte Verluste ein. Die in Rheinland-Pfalz sehr verbreiteten Sauerkirschen und Äpfel blühten überwiegend vom Ende der ersten Maiwoche an unter günstigen Bedingungen. Ende Mai zeigten vor allem die Äpfel, aber auch Sauerkirschen, Pflaumen und Zwetschen einen reichlichen Fruchtansatz, so daß insbesondere bei diesen Arten mit hohen Erntemengen gerechnet werden mußte.

### Sehr hohe Baumerträge

Die Apfelernte belief sich auf insgesamt etwa 900 000 dt und übertraf damit das vorjährige Ergebnis um nahezu das Vierfache. Im Vergleich zum Sechsjahresdurchschnitt 1976/81 wurde die doppelte Menge erzielt. Von der Gesamternte entfiel etwa die Hälfte auf den eigentlichen Marktoftbau. Die ermittelten Baumerträge von 65,6 kg für Hoch- und Halbstämme und 34,5 kg für Niederstämme übertra-

Anbau und Ernte von Gemüse 1976/81, 1981 und 1982

Gemüseart	Anbaufläche			Hektarertrag			Erntemenge		
	1976/81	1981	1982	1976/81	1981	1982	1976/81	1981	1982
	ha			dt					
Im Freiland									
Weißkohl	232	215	194	403,2	455,3	415,3	93 335	97 710	80 710
Rotkohl	129	109	107	342,2	370,5	347,2	44 098	40 393	37 163
Wirsing	121	111	110	267,5	288,2	272,8	32 353	31 916	30 117
Grünkohl	15	13	11	165,4	171,1	192,9	2 556	2 175	2 205
Rosenkohl	50	49	56	116,8	125,4	128,7	5 806	6 146	7 281
Blumenkohl	603	647	646	259,8	257,8	269,5	156 673	163 835	174 271
Kohlrabi	165	145	150	227,0	253,7	257,9	37 467	36 802	38 599
Kopfsalat	765	759	717	201,0	226,3	211,5	153 813	171 632	151 646
Spinat	531	539	473	167,8	180,0	182,8	89 098	97 070	86 503
Möhren	269	296	348	300,3	300,6	307,1	80 989	88 931	106 931
Karotten	136	167	118	241,8	243,1	249,0	32 985	40 697	29 337
Sellerie	182	160	154	290,2	349,8	338,7	52 830	56 131	52 036
Porree	139	135	134	254,7	282,1	305,6	35 449	38 056	41 074
Speisezwiebeln	349	397	460	256,4	320,6	300,9	89 576	127 134	138 239
Spargel	454	321	311	39,3	38,2	36,4	17 852	12 273	11 319
Frischerbsen	92	117	103	46,6	46,3	52,0	4 277	5 443	5 354
Grüne Pflückbohnen	274	223	178	101,4	104,2	109,2	27 761	23 219	19 467
Dicke Bohnen	5	7	4	113,7	118,4	118,5	556	799	444
Gurken	72	56	65	188,4	229,8	212,3	13 529	12 901	13 736
Tomaten	100	38	35	353,9	364,9	420,7	35 514	13 985	14 686
Unter Glas (kg je m <sup>2</sup> )	41,64	43,27	39,35	5,8	5,3	5,3	2 394	2 276	2 077



fen alle bisher nachgewiesenen Werte beträchtlich. Dennoch ist in Rheinland-Pfalz im Gegensatz zum Bundesgebiet nicht die höchste Apfelernte aller Zeiten eingebracht worden. Im Jahre 1950 betrug die Apfelernte rund 1,5 Mill. dt, obwohl damals die Baumerträge vermutlich unterschätzt wurden, weil es noch keine Erntemessungen gab. Der Rückgang der Apfelernte ist eine Folge der starken Reduzierung der Apfelhochstämme auf Acker und Grünland, die seit annähernd 20 Jahren in weiten Teilen des Landes vorgenommen worden ist.

Bei den Sauerkirschen blieben die frühen Sorten im Ertrag etwas zurück. Insgesamt wurden bei einem Baumertrag von 23 kg rund 280 000 dt ermittelt. Die Ernte erreichte damit reichlich die doppelte Menge des Vorjahres und auch noch deutlich mehr als im sechsjährigen Durchschnitt. Bei der Unterbringung der großen Erntemenge traten zwar gewisse Schwierigkeiten auf, jedoch waren größere Überstände nicht zu verzeichnen.

Die Birnenernte belief sich auf rund 157 000 dt und übertraf das Vorjahresergebnis um über 100%. Auf den Marktanbau, der gegenüber früheren Jahren erheblich eingeschränkt wurde, entfielen davon gut 30 000 dt. Pflaumen und Zwetschen lieferten insgesamt 346 000 dt, wovon etwa ein Viertel für den Markt vorgesehen war. Je Baum wurde ein Spitzenergebnis von 38,4 kg ermittelt gegenüber 13,2 kg im Vorjahr und 20,5 kg im mehrjährigen Durchschnitt.

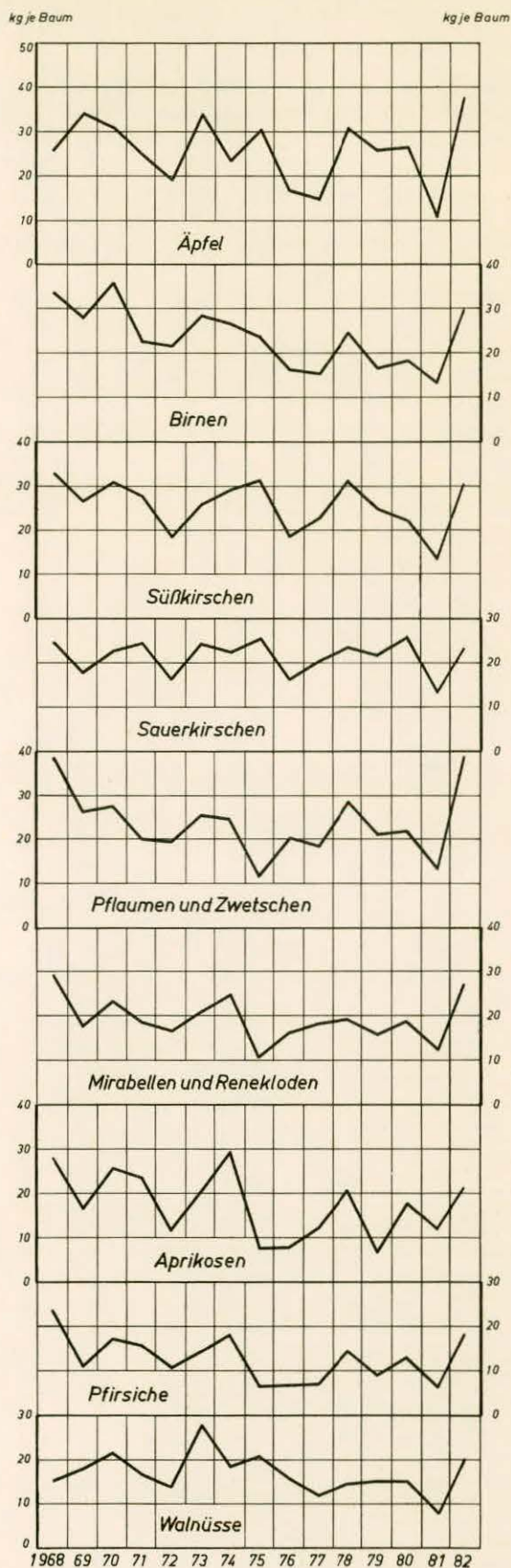
Unter den weniger verbreiteten Obstarten lieferten Mirabellen und Renekloden mit gut 60 000 dt mehr als die doppelte Menge des Vorjahres. Die Pfirsichbäume brachten mit 18,4 kg je Baum etwa den dreifachen Ertrag. Die Gesamtmenge belief sich auf annähernd 50 000 dt, die im Gegensatz zu früher überwiegend für den privaten Verbrauch bestimmt sind. Die gleiche Entwicklung ist bei den Aprikosen zu verzeichnen, deren Anbau für den Markt stark eingeschränkt wurde. Die Erträge lagen mit 20,9 kg je Baum fast doppelt so hoch wie im Jahre 1981. Insgesamt fielen gut 11 000 dt dieser beliebten und vielseitig verwendbaren Früchte an. Die Walnüsse schließlich erbrachten im Durchschnitt 20 kg je Baum und damit ebenfalls reichlich doppelt so viel wie im Vorjahr. Die Gesamtmenge bezifferte sich auf fast 10 000 dt.

Erdbeeren wurden 1982 im Landesdurchschnitt 85 dt je ha geerntet gegenüber 79 dt im Jahre 1981 und 71 dt im Sechsjahresdurchschnitt 1976/81. Bei einer Anbaufläche von 107 ha betrug danach die Gesamternte 9 100 dt und entsprach damit der im Jahre vorher. Johannisbeeren, Stachelbeeren und Himbeeren brachten deutlich höhere Strauch- bzw. Flächenerträge als in den Vergleichsjahren.

#### Gemüseanbau auf dem Freiland geringfügig eingeschränkt

Auf 4 443 ha Freiland wurde 1982 Gemüse zum Verkauf angebaut. Gegenüber dem Vorjahr trat damit ein Rückgang um 103 ha oder 2,3% ein. Die größte Anbaufläche beanspruchte der Kopfsalat mit 717 ha gefolgt von Blumenkohl mit 647 ha, Spinat mit 473 ha, Speisezwiebeln mit 460 ha, Spargel mit 379 ha und Möhren mit 348 ha. Seit vielen Jahren eine etwa

### Baumobsterträge 1968-1982





gleichbleibende Bedeutung haben in Rheinland-Pfalz insbesondere Kohlrabi (150 ha), Sellerie und Porree. Merkwürdig eingeschränkt gegenüber dem Vorjahr wurden die Anbauflächen von Weißkohl, Grünkohl, Spinat, Karotten, Frischerbsen, Grünen Pflückbohnen, Dicken Bohnen und Tomaten.

Der Schwerpunkt des rheinland-pfälzischen Gemüseanbaus liegt seit jeher in der Vorderpfalz. Weitere Anbauggebiete gibt es in den Räumen Mainz, Koblenz und Trier. Die günstigen natürlichen Voraussetzungen und die Nähe der Absatzmärkte hatten zur Folge, daß in der Vorderpfalz im Gegensatz zu west- und norddeutschen Anbaugebieten insbesondere die Feingemüsearten bevorzugt angebaut wurden. Während in anderen Bundesländern mehrere Tausend Hektar mit Weiß- und Rotkohl sowie Späten Möhren bestellt wurden, nehmen diese Arten in Rheinland-Pfalz seit vielen Jahren vergleichsweise geringe Flächen in Anspruch. Seit einiger Zeit werden die Winterarten nicht mehr erfaßt. Bei der Beurteilung der Anbaudaten bleibt daher zu berücksichtigen, daß in der Vorderpfalz sehr wahrscheinlich bei Spinat und Speisezwiebeln noch jeweils 200–300 ha Wintergemüse angebaut werden.

Der Gemüseanbau in Rheinland-Pfalz war im Laufe der Jahre von erheblichen Schwankungen geprägt, die in erster Linie auf marktwirtschaftliche und betriebswirtschaftliche (Aufwand an Handarbeit) Erwägungen zurückzuführen sind. Insgesamt gesehen hatte der Gemüseanbau schon vor 30 Jahren etwa den heutigen Umfang. In der Folgezeit wurde der Anbau dann immer mehr ausgeweitet und erreichte zwischen 1963 und 1967 eine Fläche von rund 6 300 ha. Seitdem ging der Verkaufsanbau allmählich wieder auf den heutigen Umfang zurück. Im Vergleich zu vor etwa 20 Jahren ist insbesondere der Anbau von Spargel, Gurken und Buschbohnen erheblich eingeschränkt worden. Aber auch die heute noch stark verbreiteten Arten Kopfsalat, Spinat und Zwiebeln hatten früher bereits Anbauflächen, die mehrere hundert Hektar größer waren als heute. Lediglich die Anbaufläche des Blumenkohls wurde ständig erweitert und ist gegenüber früheren Jahren deutlich größer. In den letzten Jahren sind insbesondere die Flächen des Spargels, der Gurken und der Tomaten erheblich reduziert worden, während die der Zwiebeln wieder kräftig zugenommen haben.

Unter Glas oder Kunststoff wurden 1982 gut 39 ha Gemüse angebaut. Davon entfielen 37 ha auf Hochglas und 2 ha auf Niederglas. Der Anbau ging gegenüber dem Vorjahr etwas zurück. Unter Hochglas fanden sich hauptsächlich Kohlrabi, Kopfsalat und Tomaten, unter Niederglas Radies und Kopfsalat.

Obsternte 1976/81, 1981 und 1982

Obstart	1976/81	1981	1982
	dt		
Äpfel	454 300	241 284	898 333
Marktobstbau	269 562	131 286	411 134
Übriger Anbau	184 738	109 998	487 199
Birnen	103 074	76 432	156 678
Marktobstbau	35 918	24 331	31 190
Übriger Anbau	67 156	52 101	125 488
Süßkirschen	72 568	43 147	90 098
Marktobstbau	24 178	13 944	23 848
Übriger Anbau	48 390	29 203	66 250
Sauerkirschen	201 688	133 602	281 545
Marktobstbau	174 681	115 816	250 788
Übriger Anbau	27 008	17 786	30 757
Pflaumen und Zwetschen	182 854	117 553	345 608
Marktobstbau	42 143	26 986	82 141
Übriger Anbau	140 711	90 567	263 467
Mirabellen und Renekloden	39 729	28 846	61 205
Aprikosen	9 849	8 827	11 167
Pfirsiche	27 754	19 309	47 866
Walnüsse	6 617	3 978	9 757
Erdbeeren	9 342	8 899	9 098

#### Überdurchschnittliche Gemüseeerträge

Infolge der bis Anfang Mai anhaltenden kühlen Witterung wurde das Wachstum der frühen Gemüsearten zunächst gehemmt. Ab Mitte Mai verlief die Entwicklung dann zunächst sehr zügig. Sie wurde jedoch im Sommer noch zeitweise durch Hitze und Trockenheit behindert. Die Hektarerträge der frühen Gemüsearten blieben daher größtenteils unter denen des Vorjahres. Die gleiche Feststellung läßt sich auch für die mittelfrühen und Sommerarten treffen, während die späten Gemüsearten deutlich bessere Hektarerträge lieferten. Die sehr hohen Ergebnisse des Vorjahres wurden jedoch auch hier vielfach nicht erreicht.

Insgesamt gesehen ist die Gemüseeernte recht gut ausgefallen, da mit Ausnahme des Spargels bei allen Gemüsearten die Hektarerträge im Sechsjahresdurchschnitt 1976/81 wenigstens leicht übertroffen wurden. Auf den Märkten steht seit vielen Monaten ein reichliches Angebot zur Verfügung. Merkwürdig höhere Hektarerträge wurden insbesondere bei Blumenkohl, Kohlrabi, Möhren, Karotten, Porree, Frischerbsen, Grünen Pflückbohnen und Tomaten erzielt, während sie bei den übrigen Kopfkohlarten sowie bei Kopfsalat, Sellerie, Speisezwiebeln, Spargel und Gurken deutlich hinter den Ergebnissen des vergangenen Jahres zurückblieben.

Dr. J. Töniges



# Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (\*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1980	1981		1982				1983	
		Monatsdurchschnitt	November	Dezember	Januar	Oktober	November	Dezember	Januar	
<b>Bevölkerung und Erwerbstätigkeit</b>										
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	3 639	3 642	3 642	3 641	3 641	3 639	3 637	...	...
<b>Natürliche Bevölkerungsbewegung</b>										
* Eheschließungen 1)	Anzahl	1 939	1 893	1 248	1 748	925 <sup>P</sup>	1 821 <sup>P</sup>	1 232 <sup>P</sup>	1 808 <sup>P</sup>	925 <sup>P</sup>
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	6,4	6,2	4,2	5,7	3,0 <sup>P</sup>	5,9 <sup>P</sup>	4,1 <sup>P</sup>	5,8 <sup>P</sup>	3,0 <sup>P</sup>
* Lebendgeborene 2)	Anzahl	3 104	3 117	2 923	2 950	2 756 <sup>P</sup>	3 033 <sup>P</sup>	3 073 <sup>P</sup>	3 064 <sup>P</sup>	2 920 <sup>P</sup>
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	10,2	10,3	9,8	9,5	8,9 <sup>P</sup>	9,8 <sup>P</sup>	10,3 <sup>P</sup>	9,9 <sup>P</sup>	9,4 <sup>P</sup>
* Gestorbene 3) (ohne Totgeborene)	Anzahl	3 631	3 689	3 765	4 000	3 586 <sup>P</sup>	3 362 <sup>P</sup>	3 661 <sup>P</sup>	3 708 <sup>P</sup>	3 831 <sup>P</sup>
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	12,0	12,2	12,6	12,9	11,6 <sup>P</sup>	10,9 <sup>P</sup>	12,2 <sup>P</sup>	12,0 <sup>P</sup>	12,4 <sup>P</sup>
* Im 1. Lebensjahr Gestorbene 3)	Anzahl	40	35	28	40	31 <sup>P</sup>	38 <sup>P</sup>	39 <sup>P</sup>	...	...
* je 1 000 Lebendgeborene 4)	Anzahl	12,9	11,3	9,3	13,1	10,4 <sup>P</sup>	12,1 <sup>P</sup>	12,8 <sup>P</sup>	...	...
* Überschuß der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 527	- 572	- 842	- 1 050	- 830 <sup>P</sup>	- 329 <sup>P</sup>	- 588 <sup>P</sup>	- 644 <sup>P</sup>	- 911 <sup>P</sup>
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 1,7	- 1,9	- 2,8	- 3,4	- 2,7 <sup>P</sup>	- 1,1 <sup>P</sup>	- 2,0 <sup>P</sup>	- 2,1 <sup>P</sup>	- 2,9 <sup>P</sup>
<b>Wanderungen</b>										
über die Landesgrenze										
* Zugezogene	Anzahl	8 551	7 857	7 798	6 873	6 973	9 477	7 297	...	...
Ausländer	Anzahl	2 603	1 935	1 905	1 502	1 888	1 889	1 278	...	...
Erwerbspersonen	Anzahl	4 621	4 257	4 194	3 827	3 964	4 666	3 822	...	...
* Fortgezogene	Anzahl	7 250	7 390	8 086	6 601	6 668	9 423	8 179	...	...
Ausländer	Anzahl	1 586	1 650	1 603	1 585	1 419	1 986	1 862	...	...
Erwerbspersonen	Anzahl	4 208	4 294	4 449	3 846	3 980	4 970	4 290	...	...
* Wanderungssaldo	Anzahl	1 301	467	- 288	272	305	54	- 882	...	...
Ausländer	Anzahl	1 017	285	302	- 83	469	- 97	- 584	...	...
Erwerbspersonen	Anzahl	414	- 37	- 255	- 19	- 16	- 304	- 468	...	...
* innerhalb des Landes Umgezogene 5)	Anzahl	11 176	11 190	11 842	10 055	10 511	12 557	12 022	...	...
<b>Arbeitsmarkt</b>										
* Arbeitslose	Anzahl	50 144	72 334	81 966	97 650	114 113	102 988	110 751	123 930	140 773
* Männer	Anzahl	24 008	37 118	41 601	55 125	69 293	55 795	61 985	72 898	87 157
Ausgewählte Berufsgruppen										
Land- u. forstwirtschaftl. Berufe	Anzahl	1 236	1 886	1 350	4 813	.	.	.	3 625	.
Bauberufe	Anzahl	2 421	4 550	5 583	7 751	.	.	.	10 441	.
Industrielle u. handwerkli. Berufe	Anzahl	17 979	27 184	30 899	36 952	.	.	.	48 641	.
Arbeitslosenquote	%	3,8	5,4	6,2	7,3	8,4	7,3	7,9	8,8	10,0
Offene Stellen	Anzahl	15 683	10 740	7 206	6 666	6 820	4 183	3 564	3 138	3 452
Männer	Anzahl	10 047	6 714	4 540	4 062	4 244	2 446	2 019	1 796	1 947
Ausgewählte Berufsgruppen										
Land- u. forstwirtschaftl. Berufe	Anzahl	485	455	397	349	.	.	.	139	.
Bauberufe	Anzahl	1 029	613	326	233	.	.	.	79	.
Industrielle u. handwerkli. Berufe	Anzahl	6 281	3 713	2 261	2 031	.	.	.	832	.
Kurzarbeiter	Anzahl	8 558	18 520	24 696	26 306	31 047	32 854	36 786	40 117	45 736
Männer	Anzahl	6 245	13 176	18 673	19 913	24 509	23 850	27 774	30 187	35 469
<b>Landwirtschaft</b>										
<b>Viehbestand</b>										
* Rindvieh (einschl. Kälber)	1 000	673	655	.	655	.	.	.	642 <sup>P</sup>	.
* Milchkühe	1 000	235	228	.	228	.	.	.	228 <sup>P</sup>	.
* Schweine	1 000	695	646	.	646	.	.	.	655 <sup>P</sup>	.
Mastschweine	1 000	243	223	.	223	.	.	.	223 <sup>P</sup>	.
* Zuchtsauen	1 000	78	75	.	75	.	.	.	76 <sup>P</sup>	.
* Trächtige Zuchtsauen	1 000	49	48	.	48	.	.	.	47 <sup>P</sup>	.
<b>Schlachtungen von Inlandtieren</b>										
* Rinder	Anzahl	16 413	16 784	18 284	18 098	16 132	18 373	18 358	17 524	15 882
* Kälber	Anzahl	369	327	307	427	238	250	278	409	258
* Schweine	Anzahl	113 707	112 070	121 858	112 678	108 261	111 820	121 747	118 898	115 442
* Hausschlachtungen	Anzahl	12 411	11 622	18 777	18 500	15 628	9 740	18 920	19 541	17 148
<b>Schlachtmengen 6)</b>										
* Rinder	t	14 061	13 893	14 991	14 174	13 536	14 295	15 215	14 805	14 242
* Kälber	t	4 806	4 815	5 097	5 158	4 670	5 193	5 200	5 047	4 601
* Schweine	t	36	31	27	39	24	22	29	38	22
* Geflügel	t	9 134	8 954	9 761	8 868	8 758	8 968	9 874	9 583	9 524
<b>Geflügel</b>										
* Eingelegte Bruteier für Legehennenküken 7)	1 000	59	37	47	46	38	.	37	61	.
<b>Milch</b>										
* Milcherzeugung	1 000 t	80	78	66	69	71	74	70	73	76
* an Molkereien und Händler geliefert	%	95,0	94,8	93,5	94,5	94,9	94,5	94,4	95,2	95,3
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	11,1	11,0	9,4	9,5	10,0	10,5	10,2	10,3	10,8

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. - 5) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. - 6) Einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien. - 7) In Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern. -



# Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1980	1981		1982				1983	
		Monatsdurchschnitt	November	Dezember	Januar	Oktober	November	Dezember	Januar	
Produzierendes Gewerbe										
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe <sup>1)</sup>										
Betriebe	Anzahl	2 899	2 898	2 890	2 890	2 876	2 828	2 823	2 823	2 765
* Beschäftigte	1 000	397	391	391	388	384	376	373	370	365
* Arbeiter 2)	1 000	282	276	275	272	269	262	260	257	253
* Geleistete Arbeiterstunden	1 000	40 135	38 809	40 716	36 289	36 980	38 143	37 795	35 388	35 931
Löhne und Gehälter	Mill. DM	1 082	1 125	1 344	1 436	1 038	1 100	1 351	1 383	1 050
* Löhne	Mill. DM	664	682	800	830	613	671	791	793	611
* Gehälter	Mill. DM	418	443	544	607	425	429	560	590	439
* Kohleverbrauch	1 000 t SKE <sup>3)</sup>	82	88	96	101	97	77	82	92	94
* Gasverbrauch	Mill. cbm	148	175	172	185	169	186	189	202	200
* Heizölverbrauch	1 000 t	173	138	150	157	171	123	116	114	109
* leichtes Heizöl	1 000 t	23	20	22	26	28	15	19	20	21
* schweres Heizöl	1 000 t	150	118	128	131	143	108	97	94	88
* Stromverbrauch	Mill. kWh	992	987	996	947	970	949	903	927	918
* Stromerzeugung	Mill. kWh	258	218	236	249	261	182	182	194	202
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	5 996	6 155	6 461	6 708	5 518	6 346	6 264	6 449	5 899
* Auslandsumsatz	Mill. DM	1 817	2 179	2 332	2 682	1 905	2 277	2 112	2 469	2 193
Produktionsindex (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)										
* Produzierendes Gewerbe insgesamt	1970 = 100	134	135	145	127	118	134	139	124 <sup>P</sup>	...
ohne Bauhauptgewerbe	1970 = 100	138	139	147	136	129	136	141	130 <sup>P</sup>	...
Verarbeitendes Gewerbe	1970 = 100	135	136	144	131	124	133	138	125	...
* Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1970 = 100	129	131	132	113	110	133	131	118	...
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	1970 = 100	105	99	106	60	31	100	99	66	...
Chemische Industrie	1970 = 100	123	126	122	109	113	128	123	118	...
* Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1970 = 100	145	149	168	173	139	136	148	142	...
Maschinenbau: Büromaschinen, ADV-Geräte und -einrichtungen	1970 = 100	144	154	183	230	131	132	151	174	...
* Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1970 = 100	126	122	130	107	121	118	121	100	...
Herstellung von Schuhen	1970 = 100	61	60	62	47	67	60	57	44	...
* Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	1970 = 100	155	155	169	165	156	158	178	169	...
Bauhauptgewerbe	1970 = 100	115	111	130	76	53	119	124	90	...
Handwerk <sup>4)</sup>										
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	1976 = 100	104	103	.	102	.	.	.	99	.
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	VjD 1976 = 100	133	132	.	152	.	.	.	149	.
Öffentliche Energieversorgung										
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	310	309	375	319	270	250	273	...	...
Strombezug <sup>5)</sup>	Mill. kWh	2 123	2 212	2 328	2 507	2 648	2 349	2 349	...	...
Stromlieferungen <sup>5)</sup>	Mill. kWh	870	900	952	953	1 005	920	948	...	...
* Stromverbrauch	Mill. kWh	1 545	1 603	1 728	1 851	1 894	1 678	1 674	...	...
* Gaserzeugung	Mill. cbm	0,1	0,1	0,1	0,2	0,4	0,1	0,1	0,1	...
Gasbezug	Mill. cbm	310	314	353	433	429	298	343	401	...
Gasverbrauch	Mill. cbm	283	295	326	399	392	279	319	370	...
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
* Beschäftigte	Anzahl	75 413	74 226	74 376	72 742	69 681	70 708	69 359	68 084	64 639
Facharbeiter	Anzahl	40 026	39 272	39 306	38 104	36 096	37 585	36 350	35 333	33 520
Fachwerker und Werker	Anzahl	17 596	17 093	16 979	16 767	15 897	15 449	15 448	15 130	13 823
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	9 412	8 749	9 814	6 093	4 052	9 295	9 181	7 317	6 015
Privater Bau	1 000	5 969	5 603	6 150	4 139	3 047	5 858	5 748	4 754	4 045
* Wohnungsbau	1 000	3 932	3 587	3 997	2 644	1 897	3 818	3 731	3 038	2 492
Landwirtschaftlicher Bau	1 000	71	70	86	36	20	69	48	58	46
* Gewerblicher und industrieller Bau	1 000	1 966	1 946	2 067	1 459	1 130	1 971	1 969	1 658	1 507
* Öffentlicher und Verkehrsbau	1 000	3 443	3 146	3 664	1 954	1 005	3 437	3 433	2 563	1 970
Hochbau	1 000	707	679	865	496	323	769	792	623	536
Tiefbau	1 000	2 736	2 467	2 799	1 458	682	2 668	2 641	1 940	1 434
Straßenbau	1 000	1 486	1 347	1 538	812	366	1 461	1 427	1 033	739
Löhne und Gehälter	Mill. DM	178	178	232	162	93	188	237	181	145
* Löhne	Mill. DM	154	152	198	133	67	161	202	150	119
* Gehälter	Mill. DM	24	26	34	29	26	27	35	31	26
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	552	519	641	632	290	569	583	666	376

1) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. - 2) Einschl. gewerblich Auszubildender. - 3) Eine Tonne Steinkohleeinheit (tSKE) = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlkoks = 1,46 t Braunkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle. - 4) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. - 5) Von bzw. an andere Bundesländer bzw. Ausland (einschl. Durchleitungen).



# Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1980	1981			1982				1983
		Monatsdurchschnitt	November	Dezember	Januar	Oktober	November	Dezember	Januar	
Baugenehmigungen										
* Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	1 304	1 044	938	566	963	690	635	613	.
* mit 1 Wohnung	Anzahl	945	686	605	366	631	428	382	350	.
* mit 2 Wohnungen	Anzahl	297	292	244	143	236	200	183	186	.
* mit 3 und mehr Wohnungen	Anzahl	62	66	89	57	96	62	70	77	.
* Umbauter Raum	1 000 cbm	1 311	1 103	1 048	640	1 163	831	833	709	.
* Wohnfläche	1 000 qm	210	180	168	103	194	139	141	118	.
* Wohnräume	Anzahl	9 857	8 431	7 986	4 886	9 184	6 693	6 595	5 667	.
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	340	313	304	187	325	251	258	221	.
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	5	4	3	7	-	2	-	1	.
Unternehmen	Anzahl	200	148	148	100	197	109	120	129	.
Private Haushalte	Anzahl	1 100	892	787	459	766	579	515	483	.
* Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	226	176	196	141	169	191	165	161	.
* Umbauter Raum	1 000 cbm	879	764	879	725	665	861	659	576	.
* Nutzfläche	1 000 qm	157	129	132	143	116	146	111	106	.
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	166	143	140	160	114	137	125	171	.
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	39	29	25	19	22	29	31	36	.
Unternehmen	Anzahl	157	143	169	119	139	155	131	122	.
Private Haushalte	Anzahl	31	4	2	3	8	7	3	3	.
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	2 224	1 968	1 972	1 176	2 288	1 692	1 700	1 555	.
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	1 807	2 177	2 228	2 331	2 028	2 239	2 123	2 186	...
Nach Warengruppen										
* Ernährungswirtschaft	Mill. DM	104	120	132	123	113	150	137	134	...
* Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	1 703	2 056	2 096	2 208	1 915	2 089	1 986	2 053	...
* Rohstoffe	Mill. DM	17	20	20	17	14	20	23	17	...
* Halbwaren	Mill. DM	98	134	142	123	122	150	148	137	...
* Fertigwaren	Mill. DM	1 588	1 902	1 934	2 067	1 779	1 919	1 816	1 899	...
* Vorerzeugnisse	Mill. DM	536	596	605	571	548	624	624	598	...
* Enderzeugnisse	Mill. DM	1 052	1 306	1 328	1 497	1 231	1 295	1 192	1 301	...
Nach ausgewählten Verbrauchsländern										
* EG-Länder	Mill. DM	837	904	959	894	842	970	965	873	...
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	136	153	150	146	141	154	139	121	...
Dänemark	Mill. DM	30	32	37	26	27	37	37	31	...
Frankreich	Mill. DM	250	264	283	264	273	287	289	284	...
Griechenland	Mill. DM	19	23	21	26	13	16	20	17	...
Großbritannien	Mill. DM	115	131	146	145	113	156	156	148	...
Irland	Mill. DM	7	7	9	8	7	8	8	6	...
Italien	Mill. DM	154	157	172	144	154	163	168	131	...
Niederlande	Mill. DM	126	137	140	136	113	150	148	135	...
Österreich	Mill. DM	86	90	98	81	78	113	91	96	...
Schweiz	Mill. DM	85	91	95	78	86	99	94	96	...
USA und Kanada	Mill. DM	80	103	102	122	88	117	100	95	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	395	630	648	736	597	606	541	585	...
Staatshandelsländer	Mill. DM	101	91	68	91	79	74	82	131	...
Einfuhr (Generalhandel)										
Einfuhr insgesamt	Mill. DM	1 412	1 510	1 563	1 443	1 395	1 488	1 459	1 507	...
Nach Warengruppen										
* Ernährungswirtschaft	Mill. DM	168	188	201	207	187	167	195	195	...
* Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	1 244	1 322	1 361	1 236	1 208	1 321	1 264	1 313	...
Aus ausgewählten Ländern										
* EG-Länder	Mill. DM	712	757	828	715	677	760	692	709	...
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	179	181	185	171	162	215	188	178	...
Dänemark	Mill. DM	12	12	13	11	10	20	19	18	...
Frankreich	Mill. DM	199	198	221	203	190	177	175	196	...
Griechenland	Mill. DM	7	7	7	6	3	4	5	7	...
Großbritannien	Mill. DM	54	43	58	42	36	41	40	33	...
Irland	Mill. DM	6	4	3	3	3	2	3	2	...
Italien	Mill. DM	108	131	137	126	112	126	124	110	...
Niederlande	Mill. DM	147	181	205	153	160	176	139	166	...
Österreich	Mill. DM	48	45	39	37	32	39	40	38	...
Schweiz	Mill. DM	23	26	31	25	21	28	32	30	...
USA und Kanada	Mill. DM	100	111	119	116	102	144	129	127	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	393	368	238	311	336	321	372	342	...
Staatshandelsländer	Mill. DM	44	88	153	140	113	67	58	83	...



# Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1980	1981			1982				1983
		Monatsdurchschnitt	November	Dezember	Januar	Oktober	November	Dezember	Januar	
Einzelhandel										
Beschäftigte	1980 = 100	100	99	99	100	94	95	95	...	...
* Umsatz zu jeweiligen Preisen	1980 = 100	100	110	110	137	88	107	111	...	...
Nahrungs- und Genußmittel	1980 = 100	100	116	98	123	91	105	105	...	...
Textilien, Bekleidung, Schuhe	1980 = 100	100	94	135	148	90	119	123	...	...
Einrichtungsgegenstände	1980 = 100	100	103	118	139	71	107	123	...	...
Elektrotechnische Erzeugnisse	1980 = 100	100	98	122	200	89	99	128	...	...
Papierwaren und Druckerzeugnisse	1980 = 100	100	108	101	153	77	97	101	...	...
Pharmazeutische und kosmetische Erzeugnisse	1980 = 100	100	106	109	122	102	107	108	...	...
Tankstellen (Abs.,i.eig.,Namen)	1980 = 100	100	131	130	121	96	146	142	...	...
Fahrzeuge, Fahrzeugteile	1980 = 100	100	105	98	114	77	93	98	...	...
Sonstige Waren	1980 = 100	100	103	106	145	87	107	110	...	...
Umsatz zu Preisen von 1980	1980 = 100	100	104	102	127	81	96	99	...	...
Nahrungs- und Genußmittel	1980 = 100	100	111	92	116	85	94	94	...	...
Textilien, Bekleidung, Schuhe	1980 = 100	100	89	125	138	84	108	111	...	...
Einrichtungsgegenstände	1980 = 100	100	96	108	127	65	94	108	...	...
Elektrotechnische Erzeugnisse	1980 = 100	100	96	117	192	85	94	121	...	...
Papierwaren und Druckerzeugnisse	1980 = 100	100	103	94	142	71	86	89	...	...
Pharmazeutische und kosmetische Erzeugnisse	1980 = 100	100	101	103	115	96	98	98	...	...
Tankstellen (Abs.,i.eig.,Namen)	1980 = 100	100	113	109	103	83	119	116	...	...
Fahrzeuge, Fahrzeugteile	1980 = 100	100	102	94	108	72	84	88	...	...
Sonstige Waren	1980 = 100	100	109	97	133	78	94	97	...	...
Gastgewerbe										
Beschäftigte	1980 = 100	100	92	85	84	83	98	89	...	...
Teilbeschäftigte	1980 = 100	100	89	84	81	81	96	85	...	...
* Umsatz	1980 = 100	100	99	90	89	79	122	95	...	...
Beherbergungsgewerbe	1980 = 100	100	102	82	82	70	152	99	...	...
Gaststättengewerbe	1980 = 100	100	97	94	93	85	103	91	...	...
Fremdenverkehr in allen Berichtsgemeinden										
* Fremdenmeldungen	1 000	420	417	251	199	176	683	242	195	...
* Ausländer	1 000	76	73	23	24	22	86	27	25	...
* Fremdenübernachtungen	1 000	1 566	1 548	806	744	669	2 160	754	669	...
* Ausländer	1 000	242	222	60	74	55	250	66	83	...
Verkehr										
Binnenschifffahrt										
* Gütererpfang	1 000 t	1 613	1 505	1 595	1 296	1 094	1 497	1 467	1 367	1 305
* Güterversand	1 000 t	1 502	1 376	1 288	985	622	1 383	1 358	1 100	957
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	13 420	13 417	10 636	9 048	9 970	11 414	9 503	9 135	10 785
Krafträder	Anzahl	740	1 342	499	409	426	651	538	470	592
* Personen- und Kombinationskraftwagen	Anzahl	11 516	11 125	9 360	7 958	8 965	9 998	8 329	7 935	9 371
* Lastkraftwagen	Anzahl	689	545	437	341	333	436	402	395	437
* Zugmaschinen	Anzahl	367	307	248	266	173	266	196	245	302
Straßenverkehrsunfälle										
* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 931	1 819	1 800	1 383	1 112	1 798	1 689	1 765	1 435
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	7 306	7 440	7 645	10 086	9 345	8 353	7 569	8 468	6 871
Verunglückte Personen	Anzahl	2 676	2 478	2 426	1 910	1 558	2 449	2 265	2 384	1 947
* Getötete	Anzahl	70	62	68	38	33	63	52	66	45
Pkw - Insassen	Anzahl	34	32	34	24	17	41	20	33	23
motorisierte Zweiräder	Anzahl	14	12	10	1	4	5	12	5	4
Fußgänger	Anzahl	15	11	21	9	10	9	13	23	14
* Verletzte	Anzahl	2 606	2 416	2 358	1 872	1 525	2 386	2 213	2 318	1 902
Pkw - Insassen	Anzahl	1 477	1 357	1 439	1 291	1 090	1 327	1 269	1 523	...
motorisierte Zweiräder	Anzahl	581	546	418	170	113	558	405	326	...
Fußgänger	Anzahl	259	236	270	253	181	238	272	313	...
Schwerverletzte	Anzahl	835	761	716	524	431	790	689	727	626
Pkw - Insassen	Anzahl	417	385	400	309	283	414	357	439	...
motorisierte Zweiräder	Anzahl	214	194	139	56	36	185	139	101	...
Fußgänger	Anzahl	118	104	126	119	82	103	118	155	...



# Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1980	1981			1982				1983
		Monatsdurchschnitt	November	Dezember	Januar	Oktober	November	Dezember	Januar	
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen <sup>1)</sup> (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
* Kredite an Nichtbanken insgesamt	Mill. DM	58 422	63 997	63 066	63 997	64 105	67 371	67 447	68 814	68 513
* darunter: Kredite an inländische Nichtbanken	Mill. DM	57 122	62 594	61 632	62 594	62 645	65 786	65 851	67 259	66 960
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	46 964	51 189	50 279	51 189	51 013	53 876	53 839	54 993	54 537
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	10 157	11 405	11 353	11 405	11 632	11 910	12 012	12 266	12 424
* Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	12 527	14 184	13 577	14 184	14 135	14 924	14 719	15 238	14 812
an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	12 163	13 334	12 893	13 334	13 255	13 943	13 674	14 155	13 658
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	364	850	684	850	880	981	1 045	1 083	1 154
* Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	6 955	8 123	7 948	8 123	8 127	8 938	9 016	9 143	9 022
an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	5 918	6 481	6 276	6 481	6 380	7 175	7 207	7 261	7 186
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	1 037	1 642	1 671	1 642	1 747	1 762	1 809	1 882	1 836
* Langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	37 640	40 286	40 108	40 286	40 383	41 925	42 116	42 878	43 127
an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	28 883	31 374	31 110	31 374	31 378	32 758	32 958	33 577	33 693
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	8 756	8 912	8 998	8 912	9 006	9 167	9 158	9 301	9 434
* Einlagen von Nichtbanken	Mill. DM	48 947	52 450	51 203	52 450	52 366	54 227	54 963	56 251	56 264
* Sichteinlagen	Mill. DM	7 299	7 200	7 859	7 200	6 935	7 732	8 534	7 840	7 825
von Unternehmen u. Privatpers.	Mill. DM	6 793	6 755	7 254	6 755	6 448	6 995	7 920	7 350	7 287
von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	506	445	605	445	486	737	615	491	538
Termineinlagen	Mill. DM	15 091	18 840	18 586	18 840	19 008	19 621	19 328	19 487	19 461
von Unternehmen u. Privatpers.	Mill. DM	13 717	17 382	17 177	17 382	17 621	18 123	17 936	17 974	18 000
von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	1 374	1 458	1 409	1 458	1 386	1 497	1 392	1 513	1 461
* Spareinlagen	Mill. DM	26 556	26 410	24 758	26 410	26 424	26 875	27 101	28 923	28 979
* bei Sparkassen	Mill. DM	15 290	15 269	14 298	15 269	15 397	15 809	15 938	17 023	17 095
* Gutschriften auf Sparkonten <sup>2)</sup>	Mill. DM	1 286	1 450	1 335	3 097	2 069	1 455	1 493	3 415	2 429
* Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	1 266	1 476	1 124	1 452	2 060	1 351	1 271	1 593	2 373
Zahlungsschwierigkeiten										
* Konkurse <sup>3)</sup>	Anzahl	37	51	61	54	57	61	85	73	88
Angemeldete Forderungen	1 000 DM	13 883	25 505	18 309	20 933	26 123	16 248	50 480	48 687	19 301
* Vergleichsverfahren	Anzahl	.	.	.	1	.	1	.	3	1
* Wechselproteste (ohne Post)	Anzahl	919	1 043	1 056	1 013	964	1 240	1 216	1 202	1 038
* Wechselsumme	1 000 DM	6 823	8 170	6 582	6 481	6 082	10 029	8 665	7 578	6 893
Steuern										
Steueraufkommen nach Steuerarten										
* Gemeinschaftssteuern	1 000 DM	1 119 293	1 104 967	1 229 194	1 729 262	952 084	830 760	1 189 024	1 889 231	942 301
* Steuern vom Einkommen	1 000 DM	773 282	759 347	807 749	1 390 168	503 173	463 671	807 995	1 456 918	493 610
Lohnsteuer <sup>4)</sup>	1 000 DM	515 079	524 985	726 343	771 291	455 462	444 423	770 913	807 095	483 443
Einnahmen aus der Lohnsteuer-zerlegung	1 000 DM	108 527	102 977	329 917	.	.	.	336 654	.	.
Veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	154 712	135 811	1 547	428 063	23 187	240	21 476	443 530	20 781
Nichtveranlagte Steuern v. Ertrag	1 000 DM	16 351	17 011	4 521	17 739	20 041	8 502	6 849	15 920	21 207
* Körperschaftsteuer <sup>4)</sup>	1 000 DM	87 141	81 540	78 432	173 075	4 483	10 506	51 709	190 373	9 741
Einnahmen aus der Körperschaft-steuerzerlegung	1 000 DM	13 731	12 011	54 084	.	.	.	45 946	.	.
* Steuern vom Umsatz	1 000 DM	346 011	345 619	421 445	339 094	448 911	367 089	381 029	432 313	448 691
Umsatzsteuer	1 000 DM	228 992	213 926	252 199	195 255	330 627	242 820	263 003	264 181	332 706
Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM	117 019	131 693	169 246	143 839	118 284	124 269	118 026	168 132	115 985
* Bundessteuern	1 000 DM	154 241	161 613	155 075	294 458	73 755	144 428	137 254	339 210	44 581
Zölle	1 000 DM	9 232	10 338	14 248	11 157	9 662	8 584	10 120	10 950	9 384
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	1 000 DM	133 812	149 008	137 306	281 004	62 363	131 427	124 243	325 793	32 212
* Landessteuern	1 000 DM	67 563	70 238	89 653	68 875	45 588	56 872	99 021	54 955	53 460
Vermögensteuer	1 000 DM	14 826	16 540	40 476	10 810	1 463	3 695	48 134	4 114	2 831
Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	34 028	33 972	31 075	31 836	29 317	34 498	31 033	25 618	33 740
Biersteuer	1 000 DM	6 387	6 537	6 144	6 151	6 912	7 099	5 553	5 906	6 405
* Gemeindesteuern <sup>5)</sup>	1 000 DM	491 895	456 688	.	443 699	.	.	.	437 700	.
Grundsteuer A	1 000 DM	8 046	7 858	.	6 668	.	.	.	6 255	.
Grundsteuer B	1 000 DM	71 639	73 216	.	64 816	.	.	.	68 999	.
Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	1 000 DM	367 982	336 120	.	332 117	.	.	.	328 430	.
* Lohnsummensteuer <sup>6)</sup>	1 000 DM	5 573	208	.	226	.	.	.	72	.
Grunderwerbsteuer	1 000 DM	27 940	28 627	.	32 354	.	.	.	25 506	.

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute ohne Landeszentralbank, die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31.12.1972 weniger als 10 Mill. DM betrug, sowie die Postscheck- und Postsparkassenämter; ohne durchlaufende Kredite. - 2) Einschl. Zinsgutschriften. - 3) Eröffnete und mangels Masse abgelehnte Konkurse. - 4) Nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung. - 5) Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen. - 6) Ab 1980 nur noch Reste aus der bis 1979 erhobenen Lohnsummensteuer.



# Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1980	1981		1982				1983	
		Monatsdurchschnitt	November	Dezember	Januar	Oktober	November	Dezember	Januar	
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften										
* Steuereinnahmen des Bundes	1 000 DM	728 650	737 589	790 623	1 207 524	505 357	601 090	730 658	1 531 473	529 117
* Anteil an den Steuern v. Einkommen	1 000 DM	335 700	329 329	349 398	605 069	211 422	195 956	348 189	637 962	215 487
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	233 563	233 299	284 888	266 979	250 840	222 563	243 587	516 908	243 508
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	14 145	13 347	1 262	41 018	- 1 586	38 143	1 628	37 393	- 3 633
* Steuereinnahmen des Landes	1 000 DM	565 662	561 110	614 071	878 010	471 924	452 954	624 702	882 420	458 823
* Anteil an den Steuern v. Einkommen	1 000 DM	334 313	327 808	348 108	604 158	211 422	196 671	345 752	633 495	214 103
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	149 640	149 716	175 048	163 959	208 628	161 268	178 301	156 577	202 765
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	14 145	13 347	1 262	41 018	- 1 586	38 143	1 628	37 393	- 3 633
* Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	1 000 DM	705 455	674 522	.	719 192	.	.	.	726 603	.
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto 1)	1 000 DM	281 635	256 714	.	253 075	.	.	.	250 695	.
* Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	1 000 DM	299 907	297 241	.	354 533	.	.	.	366 639	.
Preise										
* Preisindex der Lebenshaltung aller privaten Haushalte im Bundesgebiet	1976 = 100	117,0	123,9	126,4	126,8	127,9	132,0	132,3	132,6	132,9
* Nahrungs- und Genußmittel	1976 = 100	112,7	118,2	119,8	120,3	121,7	125,9	126,2	126,6	127,4
* Preisindex für Wohngebäude im Bundesgebiet, Bauleistungen am Bauwerk 2)	1976 = 100	134,1	142,0	143,7	.	.	.	...	.	.
Löhne und Gehälter										
Arbeiter										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttwochenverdienste	DM	545	575	.	.	581	609	.	.	...
* Männliche Arbeiter	DM	582	611	.	.	619	647	.	.	...
* Facharbeiter	DM	617	648	.	.	656	685	.	.	...
* Angelernte Arbeiter	DM	555	579	.	.	584	610	.	.	...
* Hilfsarbeiter	DM	475	497	.	.	496	514	.	.	...
* Weibliche Arbeiter	DM	388	412	.	.	421	434	.	.	...
* Hilfsarbeiter	DM	373	397	.	.	403	417	.	.	...
Bruttostundenverdienste	DM	13,08	13,86	.	.	14,26	14,83	.	.	...
* Männliche Arbeiter	DM	13,80	14,59	.	.	15,05	15,60	.	.	...
* Facharbeiter	DM	14,54	15,39	.	.	15,87	16,44	.	.	...
* Angelernte Arbeiter	DM	13,22	13,88	.	.	14,27	14,75	.	.	...
* Hilfsarbeiter	DM	11,37	12,05	.	.	12,29	12,72	.	.	...
* Weibliche Arbeiter	DM	9,84	10,46	.	.	10,77	11,11	.	.	...
* Hilfsarbeiter	DM	9,50	10,06	.	.	10,32	10,66	.	.	...
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	41,7	41,3	.	.	40,7	41,0	.	.	...
* Männliche Arbeiter	Std.	42,2	41,8	.	.	41,1	41,5	.	.	...
* Weibliche Arbeiter	Std.	39,5	39,4	.	.	39,1	39,1	.	.	...
Angestellte										
Bruttomonatsverdienste	DM	2 819	2 983	.	.	3 059	3 190	.	.	...
in Industrie und Handel zusammen	DM	2 521	2 657	.	.	2 726	2 842	.	.	...
* Kaufmännische Angestellte	DM	3 085	3 232	.	.	3 313	3 456	.	.	...
männlich	DM	1 987	2 112	.	.	2 172	2 259	.	.	...
weiblich	DM	3 515	3 709	.	.	3 791	3 938	.	.	...
* Technische Angestellte	DM	3 598	3 795	.	.	3 879	4 030	.	.	...
männlich	DM	2 409	2 579	.	.	2 629	2 748	.	.	...
weiblich	DM	3 268	3 454	.	.	3 524	3 669	.	.	...
in Industrie, Hoch- und Tiefbau	DM	2 951	3 119	.	.	3 191	3 327	.	.	...
* Kaufmännische Angestellte	DM	3 490	3 690	.	.	3 785	3 924	.	.	...
männlich	DM	2 313	2 438	.	.	2 485	2 599	.	.	...
weiblich	DM	3 572	3 767	.	.	3 833	3 981	.	.	...
* Technische Angestellte	DM	3 646	3 846	.	.	3 912	4 067	.	.	...
männlich	DM	2 510	2 670	.	.	2 729	2 826	.	.	...
weiblich	DM	2 264	2 373	.	.	2 439	2 536	.	.	...
im Handel, bei Kreditinstituten und Versicherungen	DM	2 249	2 357	.	.	2 417	2 514	.	.	...
* Kaufmännische Angestellte	DM	2 778	2 871	.	.	2 932	3 065	.	.	...
männlich	DM	1 816	1 935	.	.	1 999	2 072	.	.	...
weiblich	DM			.	.			.	.	...

1) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. - 2) Ohne Baunebenleistungen.



# Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1980	1981				1982			
		Monatsdurchschnitt	Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1 000	61 566	61 682	61 723	61 721	61 713	61 604	...	...	...
Eheschließungen 1)	Anzahl	30 201	29 972	32 857	21 429	28 292	34 621 <sup>P</sup>	31 783 <sup>P</sup>	...	...
Lebendgeborene 2)	Anzahl	51 721	52 046	51 101	48 522	50 380	54 807 <sup>P</sup>	51 037 <sup>P</sup>	...	...
Gestorbene 3) (ohne Totgeborene)	Anzahl	59 510	60 183	61 034	60 145	65 158	55 292 <sup>P</sup>	55 697 <sup>P</sup>	...	...
Überschuß der Geborenen bzw. der Gestorbenen (–)	Anzahl	– 7 788	– 8 136	– 9 933	– 11 623	– 14 778	– 485 <sup>P</sup>	– 4 660 <sup>P</sup>	...	...
Arbeitslose	1 000	889	1 272	1 366	1 490	1 704	1 820	1 920	2 038	2 223
Männer	1 000	426	652	679	773	955	983	1 040	1 126	1 281
Offene Stellen	1 000	308	208	155	132	118	81	70	62	58
Männer	1 000	198	127	95	79	70	...	...	...	...
Kurzarbeiter	1 000	137	347	367	436	506	583	828	1 033	1 114
Männer	1 000	98	239	246	298	368	433	625	791	865
Landwirtschaft										
Schweinebestand	1 000	22 553	22 310	...	...	22 310	...	...	...	...
Schlachtmenge 4)	1 000 t	373	366	381	373	355	366	376	394	365
Produzierendes Gewerbe 5)										
Index der Nettoproduktion für das Produzierende Gewerbe (von Kalender- unregelmäßigkeiten bereinigt)										
Produzierendes Gewerbe insgesamt	1970 = 100	123	121	127	131	117	118	120	124	110
ohne Baugewerbe	1970 = 100	125	124	128	134	124	120	122	127	115
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	1970 = 100	122	121	125	131	119	117	118	122	110
Grundstoff- und Produktionsgüter- gewerbe	1970 = 100	122	119	122	124	104	113	111	113	96
Investitionsgüter Produzierendes Gewerbe	1970 = 100	124	123	128	136	131	123	123	128	120
Verbrauchsgüter Produzierendes Gewerbe	1970 = 100	120	114	121	124	106	113	115	118	103
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	1970 = 100	130	134	139	144	132	126	132	139	125
Baugewerbe	1970 = 100	107	98	114	106	63	104	104	100	67
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe										
Beschäftigte	1 000	7 660	7 489	7 473	7 442	7 317	7 236	7 175	7 134	7 072
Geleistete Arbeiterstunden	Mill.	762	726	782	750	683	715	702	697	645
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	99 639	104 661	114 756	110 675	95 494	113 389	108 202	111 218	113 347
Auslandsumsatz	Mill. DM	24 198	27 262	30 191	29 790	25 014	30 207	28 451	29 756	31 926
Öffentliche Energieversorgung										
Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	24 862	25 145	26 583	27 555	29 685	23 127	26 212	...	...
Gaserzeugung 6)	Mill. cbm	3 569	3 380	3 555	3 768	4 617	2 693	3 312	3 612	...
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
Beschäftigte	1 000	1 263	1 226	1 228	1 206	1 172	1 163 <sup>P</sup>	1 172	1 151	...
Geleistete Arbeitsstunden	Mill.	145	134	163	141	82	154 <sup>P</sup>	148	141	...
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	9 374	9 244	11 184	11 204	12 188	9 980 <sup>P</sup>	10 312	10 825	...
Baugenehmigungen										
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	16 378	13 607	12 389	9 506	9 444	11 436	10 981	9 191	8 715
mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	15 191	12 324	10 977	8 301	8 096	9 959	9 366	7 732	7 311
Wohnfläche	1 000 qm	2 926	2 588	2 499	1 970	2 022	2 331	2 347	2 063	1 937
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	3 239	2 844	3 202	2 551	2 264	2 921	2 916	2 641	2 444
Wohnungen insgesamt (alle Bau- maßnahmen)	Anzahl	31 718	29 669	29 810	23 857	24 615	28 753	29 535	26 446	25 296
Handel										
Ausfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	29 200	33 083	37 736	36 120	35 949	36 154	35 874	36 627	38 009
EG-Länder	Mill. DM	14 019	15 507	17 485	16 538	15 807	17 576	17 483	17 718	17 641
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	2 290	2 410	2 689	2 586	2 367	2 680	2 723	2 668	2 426
Dänemark	Mill. DM	556	627	694	685	628	805	705	743	791
Frankreich	Mill. DM	3 885	4 327	4 847	4 557	4 521	4 998	4 887	5 015	5 282
Griechenland	Mill. DM	315	388	444	365	414	406	384	364	399
Großbritannien	Mill. DM	1 910	2 181	2 570	2 522	2 434	2 715	2 787	2 858	2 741
Irland	Mill. DM	111	140	157	162	134	133	139	141	127
Italien	Mill. DM	2 495	2 609	2 914	2 742	2 533	2 727	2 766	2 810	2 654
Niederlande	Mill. DM	2 773	2 824	3 168	2 919	2 776	3 112	3 093	3 119	3 221
Österreich	Mill. DM	1 605	1 668	1 972	1 765	1 612	1 850	1 850	1 729	1 692
Schweiz	Mill. DM	1 667	1 727	1 878	1 823	1 758	2 003	1 810	1 850	1 825
USA und Kanada	Mill. DM	1 971	2 393	3 016	2 751	2 841	2 598	2 732	2 613	2 711
Entwicklungsländer	Mill. DM	4 315	5 883	7 236	6 759	6 862	5 883	5 809	6 255	6 630
Staatshandelsländer	Mill. DM	1 617	1 629	1 374	1 666	2 034	1 582	1 719	1 823	2 292

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien und Geflügel; ohne Schweinehausschlachtungen. - 5) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; Öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke. - 6) Umgerechnet auf einen Heizwert von 8 400 kcal / Nm<sup>3</sup>.



# Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1980	1981				1982			
		Monatsdurchschnitt	Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember	
Einfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	28 438	30 760	32 458	32 237	30 808	30 973	31 878	31 779	31 621
EG-Länder	Mill. DM	13 117	14 545	15 718	15 529	15 118	14 857	15 092	15 265	15 277
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	2 039	2 056	2 335	2 194	2 028	2 236	2 310	2 141	2 122
Dänemark	Mill. DM	478	494	599	587	500	660	652	640	613
Frankreich	Mill. DM	3 049	3 344	3 421	3 412	3 257	3 382	3 692	3 784	3 497
Griechenland	Mill. DM	230	246	285	255	228	231	239	220	216
Großbritannien	Mill. DM	1 906	2 287	2 413	2 474	2 943	2 338	1 989	2 007	2 299
Irland	Mill. DM	127	144	170	139	161	134	150	177	194
Italien	Mill. DM	2 257	2 297	2 452	2 352	2 093	2 196	2 370	2 363	2 215
Niederlande	Mill. DM	3 261	3 678	4 044	4 116	3 908	3 678	3 692	3 932	4 121
Österreich	Mill. DM	819	859	973	934	835	943	957	966	875
Schweiz	Mill. DM	1 012	1 051	1 228	1 194	1 086	1 117	1 080	1 067	1 077
USA und Kanada	Mill. DM	2 443	2 640	2 901	2 518	2 742	2 347	2 532	2 694	2 590
Entwicklungsländer	Mill. DM	5 794	5 977	5 509	5 729	5 122	6 107	6 233	5 855	5 607
Staatshandelsländer	Mill. DM	1 449	1 608	1 686	1 966	1 863	1 714	1 985	1 650	1 848
Einzelhandel										
Umsatz	1970 = 100	202,3	207,7 <sup>P</sup>	227,4 <sup>P</sup>	224,7 <sup>P</sup>	278,1 <sup>P</sup>	196,0 <sup>P</sup>	219,0 <sup>P</sup>	232,3 <sup>P</sup>	279,2 <sup>P</sup>
Gastgewerbe										
Umsatz	1970 = 100	169,8	162,9 <sup>P</sup>	162,9 <sup>P</sup>	162,9 <sup>P</sup>	...	...	...	...	...
Geld und Kredit										
(Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
Kredite an inländische Nichtbanken <sup>1)</sup>	Mrd. DM	1 428	1 555	1 517	1 533	1 555	1 610	1 623	1 630	1 658 <sup>P</sup>
Unternehmen und Privatpersonen	Mrd. DM	1 098	1 176	1 156	1 159	1 176	1 214	1 220	1 220	1 242 <sup>P</sup>
Öffentliche Haushalte	Mrd. DM	330	379	362	374	379	396	403	410	416 <sup>P</sup>
Einlagen von Nichtbanken <sup>2)</sup>	Mrd. DM	1 011	1 059	1 009	1 026	1 059	1 066	1 073	1 083	1 124 <sup>P</sup>
Spareinlagen	Mrd. DM	486	483	456	454	483	481	484	487	518 <sup>P</sup>
Steuern										
Gemeinschaftssteuern	Mill. DM	22 814	23 193	19 254	18 787	40 257	30 523	19 859	18 757	41 481
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	14 488	14 523	10 196	9 646	29 977	22 980	10 628	9 844	31 280
Lohnsteuer	Mill. DM	9 297	9 713	9 442	9 313	16 122	10 105	9 982	9 704	17 189
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	3 066	2 744	301	95	8 375	7 809	270	- 101	8 294
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	7 787	8 149	7 916	8 741	8 765	7 536	8 072	8 529	8 685
Umsatzsteuer	Mill. DM	4 404	4 525	4 122	4 953	4 972	4 105	4 389	4 848	4 916
Bundessteuern	Mill. DM	3 838	4 006	3 958	3 945	7 584	3 824	4 114	4 237	7 793
Zölle	Mill. DM	384	412	430	413	426	400	408	374	392
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	3 243	3 366	3 333	3 324	6 973	3 220	3 503	3 637	7 193
Preise										
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel <sup>3)</sup>	1976 = 100	112,7	121,9	124,4	124,5	124,8	127,0	127,8	128,3 <sup>P</sup>	128,6 <sup>P</sup>
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte <sup>3)</sup>	1976 = 100	99,3	104,6	108,4	110,3	111,4	109,0	108,1	109,0	110,1 <sup>P</sup>
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte <sup>3)</sup>	1976 = 100	117,1	126,2	129,0	129,5	129,8	134,4	134,9	134,8	134,5
Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen insgesamt	1976 = 100	133,7	141,3	.	142,9	.	.	.	...	.
Bauleistungen am Bauwerk <sup>4)</sup>	1976 = 100	134,1	142,0	.	143,7	.	.	.	...	.
Preisindex für den Straßenbau	1976 = 100	136,2	139,8	.	138,9	.	.	.	...	.
Preisindex der Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1976 = 100	117,0	123,9	125,8	126,4	126,8	131,6	132,0	132,3	132,6
Nahrungs- und Genußmittel	1976 = 100	112,7	118,2	119,0	119,8	120,3	126,2	125,9	126,2	126,6
Kleidung und Schuhe	1976 = 100	120,8	126,8	128,6	129,5	129,7	133,5	133,9	134,5	134,6
Wohnungsmiete	1976 = 100	115,4	120,4	122,2	122,6	123,0	127,6	128,1	128,7	129,2
Elektrizität, Gas und Brennstoffe	1976 = 100	137,6	157,8	163,8	166,0	166,4	172,9	177,4	177,9	174,8
Übriges für die Haushaltsführung	1976 = 100	116,7	123,7	124,8	126,1	126,7	129,3	129,7	130,3	130,9
Waren und Dienstleistungen für Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1976 = 100	116,8	125,2	128,3	127,7	127,8	133,4	134,1	134,0	134,0
Körper- und Gesundheitspflege	1976 = 100	119,1	126,0	127,9	128,3	128,5	132,6	133,2	133,6	133,9
Bildung und Unterhaltung	1976 = 100	108,9	113,0	114,8	115,2	115,4	119,1	119,3	119,3	119,4
Persönliche Ausstattung, Sonstiges	1976 = 100	123,2	131,3	133,7	133,7	134,6	138,8	138,9	139,0	140,6

1) Kredite der Deutschen Bundesbank und der Kreditinstitute. - 2) Einlagen bei der Deutschen Bundesbank und den Kreditinstituten. - 3) Nettopreisindizes (ohne Umsatzsteuer). - 4) Ohne Baunebenleistungen.



**Neue Strukturdaten für das produzierende Gewerbe**

Für das Jahr 1979 wurde im produzierenden Gewerbe nach 1968 erstmals wieder ein Zensus durchgeführt. Das rheinland-pfälzische Bauhauptgewerbe erwirtschaftete 1979 einen Bruttoproduktionswert von 4,7 Mrd. DM. Im Ausbaugewerbe waren es 1,2 Mrd. DM.

Im Bauhauptgewerbe resultieren 4,5 Mrd. DM bzw. 95% des Umsatzes aus der baugewerblichen Leistung. Im Ausbaugewerbe trägt der Umsatz aus dieser Tätigkeit zu 91% (1,1 Mrd. DM) zum Bruttoproduktionswert bei. Nach Abzug des Materialverbrauchs sowie der Kosten für Fremd- und Nachunternehmerleistungen verbleiben im Bauhaupt- und Ausbaugewerbe rund 2,8 Mrd. bzw. 733 Mill. DM als Nettoproduktionswert. me

Mehr über dieses Thema auf Seite 56

**32% mehr Lieferungen in die DDR und Berlin (Ost)**

Im Jahre 1982 lieferte die rheinland-pfälzische Wirtschaft für 229 Mill. DM Güter nach der DDR und Berlin (Ost). Das sind 32% mehr als im Vorjahr. Drei Viertel der Lieferungen waren Grundstoff- und Produktionsgüter, zumeist chemische Erzeugnisse.

Die Einfuhren aus der DDR und Berlin (Ost) verminderten sich um 5% auf 62 Mill. DM. Unter den eingeführten Verbrauchsgütern dominierten Textilien und chemische Erzeugnisse. san

**Rheinland-pfälzischer Weinexport in über 100 Länder**

Rheinland-pfälzischer Wein wird in über 100 Länder exportiert. Die Weinausfuhr erreichte im Jahre 1982 einen Wert von 761 Mill. DM. Das sind 9% mehr als im Vorjahr und sogar 61% mehr als im Jahre 1979. Mehr als die Hälfte der Lieferungen (51%) war für Länder der Europäischen Gemeinschaften bestimmt. Sechs Zehntel davon erhielten die Briten. Sie waren mit einem Drittel an der Gesamtausfuhr beteiligt und erhöhten ihre Abnahme verglichen mit 1981 um 78% und mit 1979 um 74%. An zweiter Stelle liegen die USA mit einem Anteil von 30%. san

**Handwerker verdienen 13,77 DM in der Stunde**

Die rheinland-pfälzischen Handwerker verdienten im November 1982 in der Stunde brutto 13,77 DM. Das sind 3% mehr als im November 1981. Die Stundenverdienste der Vollgesellen stiegen um 2,4% auf 14,32 DM, die der Junggesellen reduzierten sich um 3% auf 10,53 DM.

Den höchsten Stundenlohn erreichten mit 14,88 DM die Vollgesellen im Fleischerhandwerk, den niedrigsten mit 13,75 DM die Kraftfahrzeugmechaniker. Die bezahlten Wochenstunden aller Handwerker gingen innerhalb Jahresfrist um 0,2 Stunden auf 41,1 Stunden zurück. ze

**Alle Weinlager randvoll**

Wie die Weinmosternte 1982 stellt auch die in Rheinland-Pfalz erzeugte Weinmenge mit 10,6 Mill. hl ein Rekordergebnis dar. Die bislang höchste Produktion des Jahres 1973 wurde um 2,9 Mill. hl oder 38% übertroffen. Gegenüber der Vorjahresmenge stieg die Weinerzeugung um 5,2 Mill. hl (+ 96%).

Rund 6% der Gesamtmenge entfielen auf Tafelwein, 68% auf Qualitätswein und 26% auf Qualitätswein mit Prädikat.

Die Anzahl der Wein ausbauenden Betriebe blieb im Vergleich zum vergangenen Jahr nahezu unverändert. Von Weinbaubetrieben wurden 6,8 Mill. hl erzeugt, von Winzergenossenschaften sowie von Handels- und Verarbeitungsbetrieben jeweils 1,9 Mill. hl.

Im Anbaugebiet Mosel-Saar-Ruwer belief sich die Produktion auf 2,6 Mill. hl, in der Rheinpfalz auf 3,7 Mill. hl und in Rheinhessen auf 3,6 Mill. hl. su

**Weniger Schlachtungen, mehr Milch**

Die Anzahl der Schlachtungen ist im letzten Jahr in Rheinland-Pfalz um 18 600 Tiere zurückgegangen. Es wurden rund 8 500 Rinder, 9 000 Schweine und 1 000 Schafe weniger geschlachtet als 1981. Insgesamt kam eine Schlachtmenge inländischer Herkunft von 164 600 t auf den Markt. Das sind 1,3% weniger als im Vorjahr.

Die Milcherzeugung stieg im Jahre 1982 auf 942 000 t und übertraf damit die von 1981 um rund 1%. Die Hauptursache für die Zunahme liegt in einer Steigerung der durchschnittlichen Milchleistung pro Kuh und Jahr.

Innerhalb des Landes traten regionale Verschiebungen der Verarbeitungsschwerpunkte bei den der Landwirtschaft nachgeordneten Unternehmen auf. Es ist festzustellen, daß eine Konzentration der Verarbeitungsbetriebe im Regierungsbezirk Trier stattgefunden hat. su

Mehr über dieses Thema auf Seite 60

**Sehr viel Obst und reichlich Gemüse**

Nach einer geringen Obsternte im Jahre 1981 hatten die Obstgehölze bei allen Arten einen reichlichen Knospenansatz ausgebildet. Die Blüte verlief im April und Anfang Mai ohne größere Störungen. Lediglich die frühen Steinobstarten und Birnen wurden in einigen Gebieten Ende April durch kühles Schauerwetter leicht beeinträchtigt. Ende Mai ließ sich bei allen Fruchtarten ein reichlicher Fruchtansatz erkennen. Die Erntemittlungen ergaben dann im Sommer und Herbst Ergebnisse, die in der Regel mindestens doppelt so hoch ausfielen als im Jahr vorher. Besonders Äpfel, Pflaumen und Zwetschen brachten sehr hohe Baumerträge. tg

Mehr über dieses Thema auf Seite 64



**Beanstandungen bei Schlachttieren rückläufig**

In Rheinland-Pfalz wurde im Jahre 1982 an 1,6 Mill. Schlachttieren die vorgeschriebene Schlachttier- und Fleischschau vorgenommen. Bei 7 500 Schlachtkörpern fand eine zusätzliche Untersuchung auf Rückstände und bei 3 600 eine bakteriologische Fleischuntersuchung statt.

Während 1970 noch 0,7% der Schlachttiere bzw. Schlachtkörper beanstandet wurden, waren es 1982 nur noch 0,4% oder 5 800 Tiere. Hiervon waren 1 700 für den menschlichen Verzehr nicht geeignet. Weitere 800 wurden als bedingt tauglich und 3 300 als minderwertig beurteilt. rō

**Übernachtungen in den Heilbädern bei steigender Besucherzahl rückläufig**

Während im Jahre 1982 die Gästezahl der rheinland-pfälzischen Fremdenverkehrsbetriebe gegenüber 1981 gleich hoch blieb, nahmen die Übernachtungen um 1,4% ab. Dieser Rückgang ist maßgeblich durch die Entwicklung in den Heilbädern beeinflusst, die teils beträchtliche Abnahmen der Kuren verzeichneten.

So gingen im Jahre 1982 in den Heilbädern die Übernachtungszahlen um 6,3% zurück. In den rheinland-pfälzischen Heilstätten, Sanatorien und Kuranstalten, welche weit überwiegend in den Heilbädern ansässig sind, nahmen die Übernachtungen um 9,2% ab. Indessen wurde 1982 für alle Fremdenverkehrsgemeinden des Landes ohne die Heilbäder noch eine leichte Steigerung der Übernachtungszahl von + 0,3% ermittelt.

Bei unveränderter Gästezahl aller rheinland-pfälzischen Fremdenverkehrsgemeinden im Jahre 1982 kamen 2,1% mehr Besucher in die Heilbäder. Dies zeigt eine verstärkte Öffnung der Heilbäder für den Urlaubstourismus. pe

**Annähernd 180 000 Fremdenbetten im Januar 1983 verfügbar**

In Rheinland-Pfalz gab es am 1. Januar 1983 rund 4 360 größere Fremdenverkehrsbetriebe (mit neun und mehr Betten), die zusammen 72 420 Gästezimmer hatten. Einschließlich der Übernachtungsmöglichkeiten in gewerblichen Kleinbetrieben und bei Privatzimmervermietern waren insgesamt 179 250 Fremdenbetten vorhanden. Fast ein Viertel der Beherbergungskapazität entfällt auf Kleinbetriebe und Privatquartiere.

Im Landesmittel wurden 49 Fremdenbetten je 1 000 Einwohner errechnet. Eine überdurchschnittliche Bettendichte ergab sich für die Regierungsbezirke Trier (115) und Koblenz (64). Diese Landesteile verfügen zusammen über nahezu 80% der Übernachtungsmöglichkeiten. Unter den Verwaltungsbezirken führen die Landkreise Bernkastel-Wittlich und Cochem-Zell mit jeweils rund einem Zehntel aller Gästebetten. pe

Mehr über dieses Thema auf Seite 53

**21% mehr Übernachtungen auf den Campingplätzen**

Im Jahre 1982 besuchten 651 000 Gäste die 250 rheinland-pfälzischen Campingplätze. Jeder zweite Besucher war ein Ausländer. Die Übernachtungszahl aller Camper lag um 18%, die der Ausländer um 14% höher als 1981. An den 3,1 Mill. Übernachtungen (+ 21%) waren die Ausländer (+ 16%) zu 40% beteiligt.

Die Hälfte der Campinggäste bevorzugte die Campingplätze der Erholungsgebiete Eifel/Ahr und Mosel/Saar. Ein Drittel kam ins Rheintal bzw. in die Pfalz.

An den 1,3 Mill. Ausländerübernachtungen waren die Niederländer zu vier Fünfteln beteiligt, Belgier und Briten zu je 7%. Die durchschnittliche Verweildauer lag bei 4,8 Tagen. san

**Fremdenverkehr 1982**

Im Jahre 1982 haben 5 Mill. Gäste die rheinland-pfälzischen Fremdenverkehrsbetriebe aufgesucht. Das sind 0,1% mehr als 1981. Die Zahl der Übernachtungen ist auf 18,3 Mill. DM zurückgegangen (– 1,4%). Der Rückgang ist auf die Entwicklung in den Heilbädern (– 6,3%) zurückzuführen, die insbesondere infolge des Kostendämpfungs- und des Haushaltsstrukturgesetzes von teils beträchtlichen Kureinschränkungen betroffen waren. Die steigende Gästezahl (+ 2,1%) läßt eine verstärkte Öffnung der Heilbäder für den Urlaubstourismus erkennen.

An den Gesamtübernachtungen waren Ausländer zu 14% beteiligt. Je ein Fünftel der Inländerübernachtungen meldeten die Gebiete Eifel/Ahr und Mosel/Saar. Die Pfalz verzeichnete ein Sechstel, das Rheintal, Hunsrück/Nahe/Glan sowie Westerwald/Lahn/Taunus jeweils ein Achtel.

Von den 2,5 Mill. Übernachtungen von Ausländern entfiel knapp die Hälfte auf Niederländer. Großbritannien und die USA folgten mit 14 bzw. 12%. Sieben von zehn Niederländern hielten sich in den Regionen Eifel/Ahr und Mosel/Saar auf. Die Briten bevorzugten das Rheintal (57%), die Amerikaner mit 41% die Pfalz. san

**Salmonellose rückläufig**

1982 wurden von den rheinland-pfälzischen Gesundheitsämtern rund 3 500 Fälle von Enteritis infectiosa (übertragbare Dünndarmentzündung) registriert. Das sind 908 Fälle oder 21% weniger als 1981. Während sich die Zahl der durch Salmonellen bewirkten Enteritisfälle um 1 101 oder 28,6% auf 2 751 verminderte, war bei den übrigen Formen ein deutlicher Anstieg auf 754 Fälle zu verzeichnen (+ 34%).

Zurückgegangen ist die Zahl der an Virushepatitis Erkrankten. 790 Fälle wurden bekannt, 17% weniger als 1981. vo



#### Zeichenerklärungen

— = nichts vorhanden	$\phi$ = Durchschnitt
0 = Zahl ist vorhanden, aber kleiner als die Hälfte der kleinsten in der betreffenden Tabelle gewählten Stelleneinheit	p = vorläufige Angabe
. = kein Nachweis vorhanden/Angabe nicht möglich	r = berichtigte Angabe
... = Angabe fällt später an	s = geschätzte Angabe
( ) = Angabe, deren Aussagewert infolge geringer Feldbesetzung gemindert ist	

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50 - 100“ verwendet. Differenzen in den Summen sind durch Runden der Zahlen bedingt.